

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großherzoglich bestimzte Blatt

Besuchspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postleitzettel Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Abonnementpreise: Die 10gepa. Kolonialzeile 35 Pf., bei Platzvorlese 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf. Kolonialzeile 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die 10 Pf. Kolonialzeile mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.:
die 10 Pf. Kolonialzeile 40 Pf. bei Platzvorlese, 60 Pf. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Behrenminister Gröner!

Der Schluß Hindenburghs

Gestern nachmittag, zu spät, um noch in der Gesamtauslage unserer Zeitung Aufnahme zu finden, funkte WTB:

Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichsaußenministers Dr. Gehler auf seinen Antrag vom 1. Mai des Reichsbehrenministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichsbehrenminister ernannt.

*

Die Deutsche Volkspartei nimmt ein wenig Verärgerung, weil nicht ihr Allerweltsadmiral Brüninghaus die Ministerhöhe erklommen konnte. Im Grunde ihres Herzens wird sie nicht weniger zufrieden mit Gröner sein. Sie darf von ihm sogar hoffen, daß er nicht jene Tropfenschlacht beweist, die zu dem Admiral der Tabakproben gehört. Für die Einschätzung des Generals Gröner ist beachtenswert, daß nach seiner Ernennung sogar die Deutschnationalen ihre vorher gedankten Bedenken zurückgestellt haben. Sie können das mit ruhigem Gewissen tun; denn schließlich hat dieser General seine Ministerlaufbahn in der Republik in dem ersten sozialistischen Kabinett beendet, dann war er verantwortlicher Minister in dem Katastrophenkabinett Cuno, das Deutschland in den Ruhrkrieg, die Wissensinflation hinein- und an den Abgrund des faschistischen Bürgerkrieges heranführte, und zuletzt hat er ja sein „Verständnis“ für die sozialen Nöte der Arbeiterklasse mit jenem berüchtigt gewordenen Auspruch dokumentiert, den er als Verteiler des Kriegsamt 1917 freikämpfenden Proletarien entgegenstrebte: Ein Hundssott, wer streift!

Das ist der neue Wehrminister!

Gröner und Röhler

Die Eröffnungssitzung des Reichstages

Berlin, 10. Januar.

Der Reichstag hat seine Pforten aufgetan. Noch wußte man nicht, ob der erste Sitzungstag gleichzeitig auch das Signum eines „großen Tages“ tragen würde. Die Entscheidung darüber war dem Verteilerrat zugewiesen, der vor Beginn der Plenarsitzung zusammenkam. Er beschloß, zunächst nur die Erörterung des Finanzministers entgegenzunehmen, um dann die Sitzung abzubrechen. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion ist Genosse Seeling vorgelesen, und auf diesen konzentriert sich die gesamte politische Aufmerksamkeit. Durch den Beschluss des Verteilerrates kommt er am Freitag als erster zum Wort, und damit hatte die heutige Sitzung jedes Interesse verloren.

Die Rede des Finanzministers dauerte zwei Stunden lang, ohne daß er wesentlich neue Gesichtspunkte entwidelt hätte. Kein Wunder, daß die Zahl seiner Hörer immer kleiner wurde, um so mehr, als während seiner Rede die Ernennung des Generals Gröner zum Reichsbehrenminister offiziell verkündet wurde.

Die Republik hat also einen neuen Kopf. Einen General an der Spitze der Reichswehr, dem eigentlich die Aufgabe zugewiesen wäre, diesen Augia statt auszuräumen. Die Volkspartei hat ihren Anspruch auf diesen Posten unter dem Zwang der Verhältnisse aufgegeben, obwohl noch in den letzten Stunden der Name Kordorff genannt worden war. Jedenfalls war bereits am Mittwochabend die Entscheidung gefallen. Herr Hindenburg hatte sich jedem Provisorium abhold gezeigt. Am Donnerstag wurden die Parteiführer über den endgültigen Vorschlag befragt, wonach um die Mittagsstunde die Ernennung Gröners amtlich getätigten worden ist.

Herr Gröner ist kein Neuling auf den Ministerstühlen der Republik. Er hat bereits den beiden Kabinetten Wirth angehört, dann ist er in die Widerstandsgouvernance des unseligen Cuno übernommen worden. Der neue Minister kennt also den Betrieb und er kennt auch die Republik, die ihn jetzt an die Spitze ihrer Wehr berufen hat. Seine Aufgabe mußte darin bestehen, den unglaublichen Zuständen in dem Heer der Hunderttausend Einheit zu gebieten. Nicht nur den dunklen Treibereien unter der Firma der neuen „Wehrmachtpolitik“, den geheimnisvollen Rüstungen aller Art. In erster Linie vor allem der geradezu unglaublichen Geldwirtschaft, die unter Gehler — ob mit seinem Vorwissen oder nicht — dahingestellt — im Wehrministerium getrieben worden ist. Wir erinnern an den Phobusfall.

Gerade in diesen Tagen wurden in der Weltbühne erneut bemerkenswerte Andeutungen gemacht. Danach ist über dieser Wirtschaft das Wehrministerium völlig auseinandergestossen. In der Weltbühne wird mitgeteilt, daß zuletzt nur noch die Marinetrecks hinter Dr. Gehler gestanden hätten, womit die Entscheidung im Falle Kolde ohne weiteres zu verstehen wäre. Die Offiziere der Landstreitkräfte hätten sich ob dieser unfauligen Geldwirtschaft offen gegen den Minister aufgelehnt, und erst dadurch sei dessen Position völlig unhalbar geworden. Man habe Herrn Gehler offen die Gesellschaft versagt, wodurch der „Gesundheitszustand“ des Dauerministers entscheidend beeinflusst worden sei.

Nun tritt ein General an die Stelle des Zivilisten, ein Fachmann, der den Betrieb aus eigener Anschauung kennt. Man sagt ihm nach, daß er schon unter Wilhelms Zeiten demokratische Anschauungen vertreten habe. Damit ist nicht gesagt, daß er sie heute noch haben müsse. Zunächst wird er dies zu beweisen haben. Wie dieser Beweis aussfallen wird, läuft kaum zweifelhaft sein. Die Haltung Hindenburghs, des Bürgerblods und der Deutschnationalen sind Beweis genug dafür. Und ausgerechnet die Germania schreibt, daß Gröner an der Niederwerfung des Munitionsarbeiterkreises von 1917 entscheidenden Anteil hatte. Diese Feststellungen des führenden Zentrumsorgans sind vieldeutig genug.

Stresemanns „Bilanzverschleierung“

Scharfe Kritik am Etat des Auswärtigen Amtes

SPD Der Reichsausßenminister hat den Präsidenten des Reichstages gebeten, mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wegen seines bevorstehenden Urlaubs schon in der nächsten Woche zu beginnen. Da die Ausschüsse über den Etat in einigen Tagen abgeschlossen sein dürften, wird dem Antrag Dr. Stresemanns entsprochen und voraussichtlich am kommenden Donnerstag mit der auswärtigen Debatte begonnen werden.

Im Verlaufe der am Donnerstag im Haushaltsausschuß des Reichstages geführten Debatte über die Kosten des Auswärtigen Amtes nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid Gelegenheit, zunächst die Unzulänglichkeiten des Etats unter Ausführung zahlreicher Einzelheiten auf das Schärfste zu tadeln. Man könne diese Unzulänglichkeiten schon fast als Bilanzverschleierung bezeichnen. Die vorgebrachten Daten erschienen auch dem Ausländer schwerlegend; daß ein Untersuchungskomitee beantragt wurde, sich des genaueren mit dem Etat des Auswärtigen Amtes zu befassen. Breitscheid tabelliert weiter die Ausbreitung des pluto-kapitalistischen Systems im Auswärtigen Amt und stellt fest, daß die Leitung des Amtes der Weisheit in den Kreisen der Attaches vorherrschenden republikeindlichen Einstellung nicht scharf genug entgegentrete. Auch die Regelung der Frage der Sozialattache sei gänzlich unzureichend. Das Kölner Deputationsreferat müsse weiter ausgebaut werden. Die deutschen Delegationen zum Völkerbund seien viel zu groß und kostspielig.

Der Militarismus in Frankreich

WTB Paris, 19. Januar.

Die Kammer hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung die Beratung des Rekrutierungsgesetzes soweit gefordert, daß nachmittags das Kompromiß genehmigt werden konnte, das gestern im Heeresausschuß über die Bedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit zustandegekommen ist. Dieses Kompromiß steht als Voraussetzung vor:

1. Die Rekrutierung eines weiteren Kontingents von Berufssoldaten, so daß der Gesamtetat von 72 000 auf 106 000, davon 30 000 für die Kolonialarmee, gebracht werden kann.
2. Rekrutierung von 15 000 Militärbeamten.
3. Rekrutierung eines ständigen Zusatzkontingents von Civilbeamten, so daß der Gesamtstand auf 30 000 Mann erhöht wird.
4. Rekrutierung weiterer Mannschaften für die republikeinische Garde, um den Gesamtbestand auf 15 000 heraufzulegen.

Der Artikel wurde in dem Wortlaut, den der Heeresausschuß gestellt festgelegt hatte, angenommen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. Der folgende Paragraph bestimmt, daß alle Maßnahmen, die im vorangegangenen Artikel ausgeführt werden, bis 1. November 1930 durchgeführt werden müssen und daß dann die einjährige Dienstzeit obligatorisch wird. Auch hierüber entpannt sich eine längere Debatte. Gegen einen Antrag des Abg. Renaud, die einjährige Dienstzeit am 1. Mai 1930 einzuführen, stellte der Kriegsminister die Vertrauensfrage, worauf der Antrag mit 330 gegen 188 Stimmen abgelehnt wurde.

SPD Paris, 20. Januar. (Radio)

Die Kammer hat noch am Donnerstagabend das gesamte Rekrutierungsgesetz mit 410 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung.

General Sandino gefallen?

New York, 19. Januar.

Nach hier aus Nicaragua vorliegenden lehr unklaren Meldeangriff auf seine Stellungen bei El Chipote am Sonnabend vorher angeblich mit 40 Anhängern gesallt oder schwer verwundet worden sein. Die Stellungen sollen vollkommen geräumt worden und die Anhänger Sandinos in die Slums an der Grenze von Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras geflüchtet sein. Eine Besetzung dieser Meldung bleibt abzuwarten. Die amerikanischen Marinetruppen sollen in den nächsten Tagen das ganze Gelände abrücken.

Angültige Wahlen!

Die Urteile des Staatsgerichtshofes

Die mit Spannung erwarteten Urteile des Staatsgerichtshofes, die die Unvereinbarkeit von Wahlvorschriften der Länder Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz mit der Reichsverfassung aussprechen und diese Vorschriften deshalb als ungültig hinstellen, sind endlich auch der Deutlichkeit zugänglich gemacht worden. Ihr Inhalt ist entscheidend für die Frage, ob auch Bestimmungen des jüdischen Wahlgesetzes vom 6. Oktober 1926 als ungültig zu erachten sind. Da es zu weit führen würde, die Urteile in ihrem ganzen Wortlaut zu veröffentlichen, sollen hier nur die Sachen besonders berührenden Streitfragen berücksichtigt werden.

Da Sachsen keinen Staatsgerichtshof hat, würde ein Streit über die Gültigkeit des jüdischen Landtagswahlgesetzes vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auszufechten sein. Zu der Klage berechtigt ist nach den Urteilen jede politische Partei. Es heißt:

„Wollte man in solchen Fällen nur den Fraktionen die Parteilöslichkeit zuwenden, so würde es gerade dann, wenn die Wahl des Landtags und damit die Bildung der Fraktionen auf dem in seiner Rechtsfähigkeit bestreiteten Wahlrecht beruht, leicht möglich sein, daß eine Fraktion, die an der Klärung der Wahlrechtsstreitfrage ein Interesse nähme, überhaupt nicht vorhanden wäre. Den benachteiligten Wählern würde dann der verfassungsmäßige Rechtsschutz überhaupt fehlen, da man nicht so weit gehen kann, ihm den einzelnen Staatsbürger zu gewähren. Es erweist sich deshalb als notwendig, ihn den politischen Parteien nicht vorzuhalten.“

Über die Frage der Gültigkeit von Unterschriften unter den Wahlvorschlägen stellt der Staatsgerichtshof den Grundsatz auf, daß Unterschriften unter den Wahlvorschlägen nur gefordert werden dürfen, um sicherzustellen, daß allein ernstgemeinte Vorschläge eingereicht werden. In dieser Beziehung heißt es über die Begrenzung der Zahl der Unterschriften:

„Einen Unhaltspunkt für die benötigte Unterschriftenzahl gibt das Reichstagswahlgesetz, das für die Kreiswahlvorschläge 500 Unterschriften verlangt. Wenn sich das Reich auch für die größten Wahlkreise hiermit begnügt, so kann man daraus entnehmen, daß 500 Unterschriften die für die ordnungsmäßige Durchführung der Verhältniswahl notwendige Sicherheit gegen überflüssige Wahlvorschläge bieten. Die Vorschrift des Reichs-wahlgesetzes ist für die Länder natürlich nicht unmittelbar hin-

dend. Sie beweist aber, daß die Verhältniswahl als solche eine höhere Unterschriftenzahl nicht erfordert. Die Zahl von 500 Unterschriften muß deshalb überhaupt als die höchste genommen werden. In kleineren Wahlkreisen muß unter sie sogar noch entsprechend heruntergegangen werden.“

Als Schlussanwendung für Sachsen ergibt sich, daß die im sächsischen Wahlrecht erforderliche Zahl von 500 Unterschriften nicht zu beanspruchen ist, worauf wir übrigens früher schon hingewiesen haben. Unvereinbar mit der Reichsverfassung ist nach dem Urteil die Forderung auf Stellung von Kavillonen bei Einreichung von Wahlvorschlägen bisher im Landtag nicht vertretener Parteien. Es heißt hierüber:

„Nicht angängig ist es, die Forderung einer Geldzahlung bei Einreichung von Wahlvorschlägen damit zu begründen, daß sonst ein Mißbrauch mit der Wahlen zu befürchten sei. Dieser Anschauung gegenüber muß vielmehr betont werden, daß es den Grundgedanken des Verfassungsgesetzes der Deutschen Republik widerspricht, die Ausübung des Wahlrechts, des höchsten staatsbürgerschaftlichen Rechts, irgendwie von einer vermögensrechtlichen Beziehung abhängig zu machen. Jeder Versuch in dieser Richtung muß gründlich zurückgewiesen werden. Um ernsthaften Unzulässigkeiten, die sich an die Verhältniswahl knüpfen könnten, zu steuern, müssen andere Wege gefunden werden. Daß dies möglich ist, zeigt das Reichswahlrecht, das die Einreichung von Wahlvorschlägen vermögensrechtlich nicht belastet.“

Mit diesem Urteil fällt eine wichtige Bestimmung des jüdischen Landtagswahlgesetzes. Da sie also ungültig ist, müssen auch die letzten Wahlen ungültig sein.

In der Streitache Mecklenburg-Strelitz hatte das verklagte Land eingewendet, die beanstandeten Wahlvorschriften, die es nach seiner Verfassung durch Notverordnung erlassen habe, seien durch den (neugewählten) Landtag nachträglich genehmigt worden. Diesen Einwand tut der Staatsgerichtshof mit folgenden Erwagungen ab:

„Das Land überblickt dabei, daß der Landtag, der diesen Beschluß gefaßt hat, bereits auf Grund der beanstandeten Verordnung gewählt worden ist. Daraus folgt, daß er, selbst wenn er zu Recht bestehen sollte, nicht befugt ist, die Zweifel, die gegen die Rechtmäßigkeit der Wahlrechtsänderung erhoben sind, zu befechten, ihre Prüfung dem Staatsgerichtshof zu entziehen.“

Auch in Sachsen hat sich der Landtag für die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen. Aber er hat nur die formale Gültigkeit

der Wahl geprüft und diese Gültigkeit ausgesprochen. Der Schluss, daß damit die Verfassungsmöglichkeit des sächsischen Landtagswohlgehegtes mit festgestellt sei, ist unzutreffend.

In der Streitache Mecklenburg-Strelitz war, abgesehen von dem Antrag auf Ungültigkeit der Wahlvorschlägen, weiter beantragt worden, die vorgenommenen Landtagswahlen für ungültig zu erklären und festzustellen, daß der gewählte Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu Unrecht besteht und die von ihm gesetzten Beschlüsse der Wirklichkeit entbehre. Gegenüber diesem Antrag weicht der Staatsgerichtshof einer Entscheidung aus, indem er ausführt, daß solche Folgerungen zu ziehen zunächst nicht seine Sache sei,

sondern der dazu berufenen Landesstellen. Erst wenn sie an ihren Maßnahmen erneut Streit anknüpfen sollte, könne ein weiteres Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Frage kommen.

Das würde auch für Sachsen gelten, wenn auf die Klage der Zentrumspartei die Unvereinbarkeit der angesuchten Bestimmungen des sächsischen Gesetzes vom 6. Oktober 1926 mit der Reichsverfassung festgestellt werden sollte, und der Landtag die dann gebenen Folgerungen nicht ziehen sollte.

Von der sächsischen Regierung ist zu fordern, daß sie, da nun auch wegen der sächsischen Wahlen eine Klage eingerichtet ist, umgehend zu den Urteilen dem Landtag gegenüber klar Stellung nimmt.

Marg auf dem Rückzug

SPD Berlin, 20. Januar. (Radio.)

Der persönliche Konflikt zwischen dem Reichskanzler Marg und dem Zentrumsabgeordneten Siegerwald hat vorläufig nach außen hin seine Beilegung erfahren. Er ist so gekommen, wie es zu erwarten war: in einer längeren Erklärung beweist Marg seine Unschuld. Alles war nicht so schlimm gemeint, es handelt sich nur um „Mißverständnisse“. Der Brief über die Haltung Siegerwalds zur Beamtenbefördlung sei nur eine private Auseinandersetzung bestimmt gewesen. Außerdem habe sich die Kritik des Parteivorsitzenden auf den Siegerwald referierend wiedergegeben. Er erwidert einen Driller über einen Teil der Wartungsbeamten bezogen und leidenschaftlich gegen die Stellungnahme Siegerwalds zur Beförderungsfrage gerichtet. Schließlich stehen auch die Worte Dr. Siegerwalds und einiger Gewerkschaftssekretäre keineswegs im geringfügigen Sinne gedacht gewesen. Also ein Rückzug des Herrn Marg auf der ganzen Linie. Er wird vollendet mit einem persönlichen Brief an Siegerwald, in dem Marg auch noch seine soziale Bekennung beteuert.

Der Konflikt ist u. E. damit zwar äußerlich aus der Welt geschafft, aber die inneren Gegenkräfte bestehen nach wie vor fort und das wird sich bei den Verhandlungen der Zentrumstraktion des Reichstags immer und immer wieder zeigen. Die Meinungen über die Handlungswelle des Herrn Marg sind in den letzten Tagen so stark auseinandergeprallt, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Auswirkungen von heute auf morgen zu beobachten. Man wird sich noch aufrufen wieder als Freunde geben, aber innerlich als bittende Feinde gegenüberstehen.

Der Konflikt Marg - Imbusch dürfte in den nächsten Tagen an die Reihe kommen. Es wird sich wahrscheinlich schon dann zeigen, daß es mit der Versöhnung in Wirklichkeit nicht sehr weit her ist.

Grober Anfang

17 Wahlvorschläge für 70 000 Wähler!

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, sind für die bevorstehenden Landtagswahlen in Mähre u. Pomm.-Strelitz von 17 Parteien und Gruppen Kandidatenlisten aufgestellt worden. Wahlvorschläge haben eingereicht: die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschsozialistische Freiheitsbewegung und die Kommunistische Partei. Daneben sind aber noch Listen zu verzeichnen vom Verband der Haus- und Grundbesitzervereine, vom Verband für Handwerk und Gewerbe, von der Auswertungs- und Vollzugsparthei, von den Verzögerten Erzbächen, Büdnern und Häuslern sowie vom Bund der Kleinlandwirte, vom Dorfbund und von einer sogenannten Deutschen Reformpartei. Dazu kommen noch weitere fünf Listen aus dem Lande Schönberg; das sind also insgesamt 17 Listen in einem Lande mit 112 000 Einwohnern und bei noch nicht 70 000 Wahlberechtigten. Sicher ein Beweis dafür, daß die Jesplittierung bei den Wahlen zu Zuständen führt, die für die Dauer nicht zu ertragen sind.

*
Die Landtagswahlen in Württemberg finden, wie verlautet, am 29. April statt. Zum leichtenmal wurde in Württemberg zum Landtag am 4. Mai 1924 gewählt.

Zusammensetzung des Achtzehner-Ausschusses

Berlin, 19. Januar.

Nachdem die Vänderkonferenz zu Ende gegangen ist, wurden heute bereits die ersten Schritte zur Durchführung der Beschlüsse getan, die in der bekannten Verlautbarung der Konferenz niedergelegt worden sind. Die Reichsregierung hat die Länder aufgefordert, ihre Vertreter für den Achtzehner-Ausschuß zu benennen. Die Reichsregierung wird die Mitglieder des Ausschusses, die sie zu entsenden beabsichtigt, ebenfalls in den nächsten Tagen nominieren. Voraussichtlich werden außer dem Reichslandrat, dessen Stellvertreter der Bismarck und Reichsjustizminister sein wird, noch drei Reichsminister dem Ausschuß angehören, darunter voraussichtlich der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister. Dazu kommt weiter der Reichspräsident. Außerdem wird an die Zuliehung eines Historikers und eines Staatsrechters gedacht, so daß dann noch zwei Posten offenbleiben, die wahrscheinlich mit Sachverständigen für wichtige Spezialfragen besetzt werden. In Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß vielleicht schon Ende nächster Woche die Einladungen zu der ersten Sitzung der Kommission erfolgen können.

Der Sachseuerungsbetrag

Am 11.1. wird mitgeteilt: Die Para-Gesellschaft in Berlin hat durch die Presse mitteilen lassen, eine amtliche Prüfung durch das Finanzamt Tiergarten habe gezeigt, daß die Reparationsleistungen der Para-Gesellschaft ordnungsmäßig geleistet seien. Zu dieser Mitteilung ist zu bemerken, daß die bei der Para-Gesellschaft vorgenommene Buchprüfung lediglich im Rahmen der geltenden neuerrichtlichen Vorschriften erfolgte und sich nicht darauf erfreut hat, ob die Handlungswelle der Para-Gesellschaft durch die Verfahrensvorschrift für Reparationsleistungen gedeckt ist.

Mit anderen Worten: So unbeschuldigt, wie die Para-Gesellschaft tut, ist sie nicht. Es ist überhaupt eine Unverhältnismäßigkeit sondergleicher, die Offenheitlichkeit so irregulär führen, wie es von der Para-Gesellschaft seit Tagen versucht wird.

SPD Unterzeichnet. Der französische Außenminister Briand und der spanische Botschafter in Paris haben am Donnerstag einen Schiedsgerichts- und Rechtsmittelvertrag zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet.

„Weitermachen!“

Gehler

Von Paul Levi.

Der versessene Reichswehrminister Dr. Gehler hat im Reichstag manchmal, vielfach, Positionen gehalten, die unhalbar waren. Der Einmarsch in Sachsen, der deutsch-russische Freundschaftsvertrag, die Geheimfonds, die Staatsansäße überhaupt, die Schwarze Reichswehr, die Hememorde; gab es in den sieben Jahren seiner Reichswehrbürgertum ein Jahr, in dem er nicht seinen Standpunkt hatte, der so groß war, daß normalerweise ein Minister hätte fallen müssen? Gehler aber stand und blieb. Wenn der lange schwane Mann da oben stand und auf barisch seine Harmlosigkeit erzählte, wenn er da mit dem Mund redete und mit den Augenreden dazu lächelte, hatte er damit den Reichstag schon immer halb gewonnen. Er war schlau, war gerissen, vielleicht nicht überwältigend an Verstandsfähigkeit, aber hinzuschlagen intelligent, nur zu handeln nach dem Grundsatz: si facisti, nega; hast du's getan, dann leugne. Er gab nur zu, was schon bewiesen war; was nicht bewiesen war, das kann er nicht. Was er zugab, das war „anders gemeint“, falsch ausgefaßt, war die natürlichste Sache von der Welt. Was er leugnete, das war unmöglich; denn sonst hätte er, der Minister, es doch wissen müssen. Er hat nur politisch gesündigt und nicht kriminiert, und das ist Schade; er hätte, als ständiger Kunde im Moabit-Kriminalgericht, einen für Deutschland neuen Typus geschaffen, den des intelligenten Spitzbüben. Er hätte alle Landgerichtsdirektoren mätscheln müssen; denn die sind — oft — alle miteinander nur eingestellt auf den in Deutschland üblichen Topos des dummen Teufels. War aber bei allem Talent, aller Schlaue, aller Gewandt-, Gerieben- und Geirissenheit der Weg verbaut, war keine Tür mehr offen, schienen alle Auswege genommen, dann hatte er noch einen Triumph auszuspielen, er berief sich sozusagen auf seinen § 51; dieser Strafauslöschungsgrund war — sein Vorgänger. Schien alles verloren, dann pflegte er zu sagen: „Aber, meine Herren, denken Sie doch daran, wie ich die Reichswehr übernommen habe! Wer will leugnen, daß es seitdem besser geworden ist?“ Auf diese Einwendung war schwerlich etwas zu sagen; mehr als einmal ist mit ihr Herr Dr. Gehler der Schlinge entwischt, die schon sich auszuzeichnen schien.

Vor dem Deutschen Reichstag also hat Herr Dr. Gehler recht behalten, in sieben Jahren. Der Deutsche Reichstag aber ist nicht — kein Freund und kein Feind wird es behaupten — das Weltgericht. Es gibt noch andere Instanzen, von denen Recht zu bekommen, vielleicht noch mehr wert ist und wir möchten versuchen, von diesem Gesichtspunkt aus das Wirken des Herrn Dr. Gehler zu werten. Dabei täte man ihm natürlich unrecht, würde man von ihm verlangen, er hätte sollen ein sozialistischer Wehrminister sein. Unsere Interessen und Wünsche, die Reichswehr anlangen, sind solche, daß wir deren Erfüllung von einem bürgerlichen Wehrminister gar nicht verlangen können. Von seinem bürgerlichen Standpunkt aus aber hat ein Wehrminister in Deutschland eine konkrete Aufgabe, die ist: zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung ein Verhältnis herzustellen, das eine Kriegsführung überhaupt möglich macht. Diese Armee ist klein, ist eine Armee von Berufsoffizieren, von Unteroffizieren und Offizieren. Sie ist eine Kaderarmee; die Massen können ihr erst zufallen, wenn es ernst wird, eben aus der Zivilbevölkerung. Ein Wehrminister oder Soldat, der glaubt, diese Massen seien zu finden im Stahlhelm oder so wo, ist ein Narr. Die Zivilbevölkerung, ohne deren tätige Mitwirkung eine Kriegsführung überhaupt unmöglich ist, ist die Arbeiterschaft. Sie zu gewinnen, das Vertrauen zu ihr herzustellen, müßte die erste Aufgabe eines Wehrministers sein. Herr Gehler hat recht: sein Vorgänger hat diese Aufgabe nicht ge-

löst. Das Verhältnis von Wehrmacht und Zivilbevölkerung war nie schlechter als damals, der Soldat war damals der „Bluthund“ schlechthin; der Kapp-Putsch brachte die Krönung des Ganzen.

Herr Dr. Gehler hat die Aufgabe wohl gesehen. Wie in Deutschland überhaupt die Republik die Form ist, in der man die Arbeiter mit ihren zwiderlaufenden bürgerlichen Interessen verbinden will, so begann er sich der republikanischen Form zu bedienen. Damals — vielleicht noch heute — „überzeugter Republikaner“, fand er ein Offizierskorps, monarchisch nicht nur, reaktionär, horniert nationalistisch, und dieses Gefüge zog nun los. Herr Dr. Gehler spendet das republikanische Weihwasser, seine Offiziere aber liefern das kompakte Material. In einer wunderlichen Vorrede zu dem Buche von Cartillier, eine Vorrede, die wohl keinen Abschied an den Liberalismus bedeuten soll, hat Herr Dr. Gehler den Ruf nach Synthese erhoben. „Diese aber (die Synthese) kann nur möchte annehmen, daß Herr Dr. Gehler in seiner Reichswehr dieses synthetische Ideal zu erreichen unternommen hat. Ob er es mit äußerer oder innerer Autorität versucht, wissen wir nicht. Er hatte weber die eine noch die andere, aber er mag sich trösten: nicht nur daran ist er gescheitert.“

Daher mit dieser Synthese zwischen seinem Republikanismus und der Reaktion der Offiziersklasse gescheitert ist, kann gar kein Zweifel sein. Vielleicht beweist es Herr Dr. Gehler heute selber nicht mehr — nachdem er über einen simplem Kapitän Kosse gestolpert ist. Selbst wenn er aber es beweist, würde es an dem Ergebnis nichts ändern.

Mag sein: der Reichswehrsoldat ist heute nicht mehr der Bluthund, aber daß er der reaktionär verbohrte Feind der Arbeiterschaft ist; die Überzeugung ist heute in der deutschen Arbeiterschaft stärker verwurzelt als damals, als der Hass und die Empörung über die Taten der Reichswehr von 1919 und 1920 alles überwucherte. Damals war der Hass im Gefühl begründet, heute die bestimmte Ablehnung im Verstand. Das haben die Gehörigen Offiziere mit ihren schwarzen Radern, mit ihrem Rekrutierungssystem, mit ihren Geheimverträgen, mit ihrem sächsischen Einmarsch, mit ihrer Geldverschwendungen, mit ihren Landesverratsprozessen gründlich fertiggebracht. Wir müssen gestehen: wir sehen in diesem Zustand sogar gegenwärtig eine der sichersten Friedensbürgerschaften, um sicherer, als wir überzeugt sind, daß der Nachfolger des Herrn Gehler seine Sache nicht besser, sondern schlechter — vom Standpunkt seiner Auftraggeber — machen wird.

Vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus können wir mit der Leistung des Herrn Dr. Gehler zufrieden sein. Unter seinem Regime ist gezeigt worden, was die Reichswehr ist und unter der Arbeiterschaft kann man die Freunde der Reichswehr zählen. Kommt sein Nachfolger, so kann man ihm nur zutrauen: „Weitermachen.“ Uns nicht das mehr als einer, dem die „Synthese“ glückt. Das ist nun einmal in der Politik erlaubt, auf die Tollpatschigkeit des Gegners zu bauen. Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Dank an den Gridolin

Was das so läßt ist: Herr Gehler hat zu seinem Abschied ein besonderes Dankeschreiben des Reichspräsidenten erhalten. Danach war Gehler „nur von dem einen Ziel geleitet, die uns verbliebene Wehrmacht zu einem über dem Streit der Parteien stehenden pflichttreuen und tüchtigen Instrument des Reiches auszugestalten. Hierfür Ihnen im Namen des Reiches wie persönlich tiefsinnigsten, herzlichen Dank zu sagen, ist mir in dieser Stunde aufs höchste Bedürfnis“. — „Über dem Streit der Parteien stehend...“ heißt richtig: bei den rechtsreaktionären Parteien stehend! Dafür gebührt ihm Hindenburgs und der hinter ihm stehenden Kreise Dank.

Betrug am Staate

SPD Berlin, 19. Januar.

Die Kammerkommission zur Kontrolle der Staatsverträge ist groben Schiebungen bei der Verwaltung des ehemaligen deutschen Besitzes in Elsaß-Lothringen auf die Spur gekommen. Die Liquidation der lothringischen Metallindustrie hätte nach den damals abgeschlossenen Kaufverträgen 480 Millionen ergeben müssen. Es sind aber tatsächlich nur 100 Millionen Litren übriggeblieben. Die Kommission beschloß, die Regierung aufzufordern, die Liquidation des Besitzes der ehemaligen feindlichen Staatsbürger zu überprüfen und insbesondere die Annulation der Liquidation der lothringischen Hüttenwerke mit allen Mitteln zu betreiben. — Am Donnerstag kam es in dieser Kammerkommission zu einem neuen Zwischenfall hinsichtlich des parlamentarischen Untersuchungsaufsichts. Die Kommission hatte einen Marineoffizier zur Auslage über einen in der Kriegsschlacht verwendeten Brennstoff vorgelesen, der jedoch nicht erschien. Der Marineminister ließ der Kommission mitteilen, daß er selbst am Erkennen verhindert war. Er habe daher dem vorgeladenen Offizier Auftrag gegeben, der Vorladung nicht Folge zu leisten. Die Kommission beschloß, sich wegen dieser neuen Brüderung schwerde führend an den Ministerpräsidenten Poincaré zu wenden.

Gaskrieg und Zivilbevölkerung

SPD Brüssel, 19. Januar.

Die Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen den chemischen Krieg hat ihre Arbeiten beendet, nachdem drei Unterkommissionen lange Berichte über zum Teil recht verwiderte technische Fragen ausgearbeitet hatten. Das Mitglied der Konferenz, der sozialistische Abgeordnete der belgischen Kammer, de Brouxere, äußerte sich dem Vertreter des Sozialdienstes gegenüber dahin, die Brüsseler Beratungen hätten ihn in der Ansicht bestärkt, daß ein wirklicher Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Gaskrieg so gut wie ausgeschlossen ist und die einzige Lösung darin liegt, alle Energie auf die gängliche Abwehrung des Gasangriffes zu konzentrieren. De Brouxere nahm im Auftrage des Völkerbundsrats an der Konferenz teil.

Zunächst auf drei Jahre...

Das in Suhl erscheinende Reichsorgan der Linkskommunisten meldet, daß die russischen Oppositionsführer zunächst auf drei Jahre verhängt worden sind. Der Haupttransport erfolgte nach der gleichen Quelle unter schwerer Bedeutung durch Gendarme.

Die Labour Party gegen Chamberlain

SPD London, 19. Januar.

Während die bisher vorliegenden bürgerlichen Kommentare zu Chamberlains Memorandum sich durchaus in zustimmendem Sinne aussprechen, wird auf Seiten der Arbeiterpartei mit großem Nachdruck unterstrichen, daß die Stellungnahme Chamberlains eine große Gefahr für den weiteren Gang der Sicherheits- und Abrüstungsfrage darstellt. Der Daily Herald spricht die Auffassung der Partei aus, wenn er sagt, daß das dreifache Nein Großbritanniens, das im Memorandum zu finden sei, es ist das Völkerbundesmittee, das im hohen Maße, wenn nicht völlig unmöglich mache, irgend einen Weg zu finden, der den Bedürfnissen einer ganzen Reihe europäischer Regierungen entgegenkomme. Die Vorfälle in den vergangenen Jahren seien eine Warnung gewesen, daß alle auf eine weitere Abrüstung abstrebenden Pläne verworfen werden würden, weil auf diese Bedürfnisse nicht Rücksicht genommen werde. Die Aufforderungen auf Entmilitarisierung und auf Durchführung der im Verfallen Vertrag gegebenen sozialen Justizschriften würden im nächsten Nachkriegsjahr durch die neuesten Erklärungen der konserватiven Regierung nicht gefährdet werden.

Besicherungen, die niemand glaubt

SPB Washington, 19. Januar.

Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg sind heute früh aus Havanna hierher zurückgekehrt. Im Staatsdepartement wurde angekündigt, daß die Konferenz einen normalen Verlauf nehmen und nicht zu Zwistigkeiten führen werde. Jedenfalls seien die Republikaner Amerikas besser als manche Länder Europas über die Politik der Vereinigten Staaten orientiert, die weder auf die Schaffung einer panamerikanischen Union, noch auf eine Gegenbewegung gegen den Völkerbund hinziele, sondern lediglich im Interesse der Sicherung des Panamakanals für Ruhe und Ordnung in Zentralamerika arbeite.

Persisch-türkische Verhandlungen

SPB London, 18. Januar.

Nach einer Meldung der Times aus Konstantinopel sind die seit einiger Zeit in Angora im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Persien und dem Türkischen zum Stillstand gekommen. Die Hauptfrage bei den Verhandlungen bildete die Frage einer Grenzveränderung und des Status, der in der Nähe der Grenzgebenden Kurdenkümmere. Für den ungünstigen Ausgang der Verhandlungen dürften im wesentlichen die verschiedenen persisch-türkischen Grenzwünsche im Herbst 1927 mit anschließendem Austausch schwerer Noten mitbestimmend gewesen sein.

Sozialdemokratie und Minderheiten Der sozialistische Wahlblock in Polen

Von unserem Warschauer Th.-L.-Korrespondenten wird uns geschrieben:

Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Polen haben angesichts der innerpolitischen Lage, die durch ein fast diktatorisches Regierungssystem ohne parlamentarische Verantwortung charakterisiert wird, eine besondere Bedeutung. Sie werden darüber entscheiden, ob die Machstellung Piłsudski's sich durch konsequente Ausschaltung des Parlaments zu einer offenen Diktatur entwickeln, oder ob es einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform weichen wird. Die Wahlen haben aber für uns Sozialisten noch ein besonderes Interesse. Für den bevorstehenden Wahlkampf haben sich die deutschen und polnischen Sozialisten in Polen, also Angehörige des sogenannten „Wirtschafts“ und einer nationalen Minderheit, zu einem Wahlblock zusammengeschlossen und damit gezeigt, daß selbst die scheinstarken nationalen Gegenseite durch die gemeinsame sozialistische Gesinnung übertrumpft werden können. Bei den vorangegangenen Wahlen gingen die deutschen Sozialisten mit dem sogenannten Minderheitenblock zusammen, der damals sämtliche nationalen Minderheiten ohne Rücksicht auf ihre sozialen Interessen wählte. Die sozialen Gegenseite innerhalb des Blocks haben sich jedoch stärker erwiesen als die gemeinsame Zugehörigkeit zu den Minderheiten.erner hat sich während der bisherigen Tätigkeit dieses Blocks gezeigt, daß er nicht nur den Minderheitenschutz nicht verwirkt, sondern die nationalen Gegenstände zu dem politischen Kriege noch stärker betont hat. Da diese Mauer der nationalen Gegenstände steht, der Wahlblock der deutschen und polnischen Sozialisten eine Breche, die zu erweiterten Hauptaufgaben der nächsten parlamentarischen Zusammenarbeit führt.

Genosse Niedzialkowski, Chefredakteur des Warschauer Robotnik, äußerte sich hierüber auf Bitte des Korrespondenten der Leipziger Volkszeitung wie folgt:

Das Zustandekommen des Wahlbündnisses der Polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens ist als politisches Ereignis allererster Bedeutung zu bewerten. Das Minderheitenproblem spielt im innerpolitischen Leben des polnischen Staates eine gewaltige Rolle. Die Lösung dieses Problems auf dem Wege der „Gnade“ zugedrängter Regierung herbeizuführen, ist ebenso unmöglich wie auf dem Wege eines Kampfes der betreffenden Minderheitsgruppe. Der einzige mögliche Weg zu seiner Lösung ist eine Zusammenarbeit der nationalen Minderheit mit den Minderheitswählern, da sonst das gesamte politische Leben im Zeichen des Nationalitätenkampfes steht, das reale Klassenehrenamt verhindert, die normale Entwicklung der sozialen Kämpfe verhindert wird. Bei dieser Zusammenarbeit handelt es sich vor allem um eine lohne der sozialistischen Parteien, und das Wahlbündnis der polnischen und deutschen Sozialisten hat in dieser Beziehung das erste Etat gebrochen. Der Kampf um die Rechte für die deutsche Minderheit in Polen beginnt von jetzt ab gemeinsamer Kampf des polnischen und deutschen Sozialismus zu sein, un trennbar mit der Gesamtheit des Kampfes um die Demokratie und die Befreiung der Arbeiterklasse verbunden. Gleichzeitig wird damit ein zweites und weit wichtigeres Ziel erreicht: die Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung als einer Klassenbewegung. Der tägliche Kampf des Proletariats um die Lebenshaltung, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse wird durch die Zusammenarbeit ebenfalls gestärkt, erhält neue Schlagkraft und neue Energie. Was das Problem der deutschen Minderheit in Polen als solches betrifft, so sind zwei Punkte festzustellen: 1. die Verwirklichung der Verfassungsvorschriften, die der deutschen Minderheit genau festgelegte Rechte garantieren, sowie 2. die Organisierung des inneren Lebens der deutschen Minderheit im Rahmen des polnischen Staates. Der erste Punkt umfaßt die rechtliche und tatsächliche Gleicherachtung, die Freiheit, Entwicklung der Sprache und des Schulwesens und der nationalen Kultur. Der zweite Punkt betrifft die national-kulturelle Autonomie, der noch einer genauen und präzisen Formulierung bedarf. Ich bin sicher, so schloß Genosse Niedzialkowski, daß unserem gemeinsamen Kampf und unserer gemeinsamen Arbeit ein günstiges Resultat beschieden sein wird."

Zu den kommenden Sejmwahlen haben u. a. auch die Ziogauer Polens eine eigene Liste aufgestellt, an deren Spitze der bekannte Bandenführer Michaelescu steht. Da es in Polen über 12 000 Ziogauer gibt, so anzunehmen, daß dieser Bandenführer tatsächlich gewählt werden wird. Eine der Forderungen der Ziogauer bezieht sich auf die Zuteilung von Land.

Die schwankende Volkspartei

II Berlin, 18. Januar.

Im Interfraktionellen Ausschuß des Reichstages erklärte heute die Deutsche Volkspartei, daß sie ihre Unterschrift unter den Paragraphen 16a des Schulgesetzes zugesetzt. Da dieser Paragraph keinen wesentlichen Verband mit dem Gelehrtenstand, erläutern sich die übrigen Regierungsparteien damit einverstanden, daß der Paragraph 16a fortfällt. Der Antrag betreffend Paragraph 16a wird daher in der Donnerstag-Sitzung von den Regierungsparteien zurückgezogen werden. Damit gilt diese Schwierigkeit als behoben.

Der § 16a besagt bekanntlich, daß in solchen Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsbehörden hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichtes (Konkordat) durch Gesetz oder Vereinbarung bereits festgelegt ist, es bei dieser Regelung verbleiben kann.

Nochmalige Verhandlung gegen Temeimörder?

Berlin, 19. Januar.

Im Feuerprozeß Wilm's ist das Urteil des Reichsgerichts, durch das die Revision der zum Tode verurteilten Oberleutnant Schulz und Fuhrmann und Feldwebel Klapproth und Umhofer verworfen wird, jetzt ausgestellt worden. Es umfaßt einige zwanzig Seiten. Gleichzeitig ist von der Verteidigung ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei der zuständigen Strafkammer in Berlin eingegangen.

Die Auslandspolitik der Woche

Herr Coolidge redet in Havanna — Die Debatte über Sicherheit und Abrüstung

Die Rede, die der Präsident der Vereinigten Staaten zur Eröffnung der panamericanschen Konferenz in Havanna gehalten hat, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man als wachsender Imperialist doch noch demokratische Schmälerungen kann, indem man immer das Gegenteil von dem sagt, was in Wirklichkeit ist. Die Entschlossenheit, Streitigkeiten unter und nicht durch Gewalt, sondern durch Anwendung der Grundätze der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit zu entscheiden, ist eine unserer hervorragendsten Eigenschaften. Die Souveränität kleiner Völker wird geachtet... Unter bestarker Glaube war und ist die Ausbreitung des Geistes der Demokratie." Nach einer amüsanen Mitteilung des nordamerikanischen Statthalterdepartements haben zur gleichen Zeit, als Coolidge in Havanna die schöne Rede hielt, vier amerikanische Flugzeuge die Stellung des nikaraguanschen Rebells Sandino mit Bomben beworfen und so den trefflichsten Kommentar zu Herrn Coolidges Friedensworten gesprochen. Der nordamerikanische Präsident hat, so wurde gemeldet, in seiner Rede einen ziemlichen Eindruck auf die Teilnehmer der Konferenz gemacht. Das wundert niemanden, der beachtet, daß das Gros der lateinamerikanischen Konferenzteilnehmer Delegierte faschistischer Diktaturenregierungen sind: in Kuba, dem Land, in dem der Kongreß tagt, herrscht der amerikafreundliche Diktator Machado, in Peru der Diktator Leguia, in Venezuela der Diktator Juan Vicente Gomez, in Chile der Diktator Ibáñez, in Nikaragua befinden amerikanische Truppen den konservativen Präsidenten Diaz. Von den allen haben die nordamerikanischen Vertreter keine Kritik an den Methoden des nordamerikanischen Imperialismus zu erwarten, und ob Brasiliens oder Argentiniens einen Vorstoß auf der Konferenz gegen die USA wagen wird (was durchaus möglich ist), wird man abwarten müssen.

In Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Schieds- und Sicherheitskomitees des Völkerbundes gewinnt vor allem das englische Exposé, das „dreißig Seiten stark“, am Mittwoch veröffentlicht worden ist, besonderes Interesse. Es handelt sich um das erste ausführliche Dokument, das den bislang nur in vereinzelten Stellungnahmen und einigen Ministerreden vertretenen Standpunkt der britischen Regierung systematisch zusammenfaßt. Der Anlaß zu dem britischen Memorandum verpflichtet zu folgender Erinnerung: Die augenblickliche Schieds- und Sicherheitsdebatte nimmt ihren Ausgang von dem Zusammenbruch des Genfer Protocols. Die englische konservative Regierung weigerte sich, irgendein Dokument zu unterschreiben, das in allgemeiner Tragweite eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit vorsah. Diese im Genfer Protokoll von 1924 angestrebte Lösung wurde natürlich nicht eine Umwandlung der mit einer permanenten Kriegsgefahr ausgestatteten kapitalistischen Produktionsordnung in einen antikapitalistischen, „friedlichen“ Kapitalismus herbeiführen, eine Illusion, die das Genfer Protokoll in manchen Teilen der sozialistischen Welt hervorrief. Aber das Genfer Protokoll war der bis dahin beste Versuch, im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise unter Ausübung politischer und juristischer Mittel die Kriegsgefahr herabzumindern. Der durch das Genfer Protokoll beschlossene Talbestand wäre somit im Rahmen des Kapitalismus auch ein günstiger Boden für die kriegsverhindernde Aktivität geworden, die mit Aussicht auf Erfolg ausschließlich von den Organen des internationalen Proletariats entfaltet werden kann. Die englische Regierung hat vom Standpunkt ihrer imperialistischen Bedürfnisse nicht nur die Fessel des Genfer Protokolls, sondern auch die Versuche in ähnlicher Richtung (siehe Septembertagung des Völkerbundes) abgeworfen. An die Stelle des Genfer Protokolls trat der Locarnoertrag, trat ein heimisches Rez von loren, Schiedsgerichts-, Sicherheits- oder Friedensstaatsverträgen, an die Stelle eines generellen Protokolls mit der Verpflichtung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit trat das System der Sonderverträge. Zu der gleichen Zeit mührten sich die Instanzen des Völkerbundes mit allen möglichen Projekten ab, ohne zu einem handgreiflichen Ergebnis zu gelangen.

Denn die Arbeit der sogenannten Kommission zur Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz konnte nicht einen Schritt weiter kommen, sofern nicht erst eine Verständigung zwischen England und Frankreich über die wichtigsten „Theesen“ erzielt war. Die Männer des Genfer Protokolls waren Macdonald und Herricot. Nach dem Sturz der englischen Arbeiterrégierung hat die französische Regierung die grundlegenden Gedanken des Genfer Protokolls nur noch benutzt, um mit einer kontinentalen Front Englands Vormachtstellung zu beseitigen. Das ist auf der letzten Septembertagung des Völkerbundes gründlich vorbei gegangen. In der Abrüstungskommission konnte sich Frankreich freilich gegen England die Führung sichern: der englisch-französische Gegensatz führt zur Pleite dieser vorbereitenden Konferenz. Englands „Thesen“ wollten eine Verminderung der französischen Rüstung herbeiführen, Abrüstung des französischen Panzers, trotz Hand im englischen Flottendienst. Frankreich versucht die Theorie von der „potentiellen Kriegskraft“, die begrenzungsfähige Rüstung wird nicht nur durch das „Militär“, sondern in noch stärkerem Maße durch die industriellen Kriegsmittelkeiten, „potentiell de guerre“, durch die Kriegskraft eines Landes im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Bedingungen angegeben. Und im Hinblick auf seine strategische Sicherheit! Gegen die Richtigkeit der französischen Theorie an sich läßt sich schwerlich etwas sagen. Das wenige, was bisher über die Möglichkeiten der chemischen Industrie zum Kriegsführung bekanntgeworden ist, genügt. Aber es kommt darauf an, wo zu einer solchen Theorie verwendet wird: ob zum Abrüsten oder zum Aufstellen! Und Paul Goncourt hat sie verschärft, um den Nachweis zu erbringen, daß „die andern“ deren „potentiell de guerre“ „größer“ seien (englische und deutsche chemische Industrie), als die Frankreichs, abzurüsten und Frankreich von wegen der man gelnden potentiell und seiner „Unsicherheit“ nachzurüsten hätten! Dahin innerhalb der vorhandenen Welt eine Abrüstung, die die Theorie von der potentiellen Kriegskraft restlos durchdringt, unmöglich ist, weil die französische Generalstab sehr gut und gibt es auch zu, wenn er diese These mit der Sicherheitsfrage verknüpft läßt. Deshalb können auch die Beweisungen um geringfügige Teilsergebnisse einer Abrüstung, die innerhalb der kapitalistischen Welt möglich sind, nicht durch das Gericht zu überzeugen geworden. Regierungsmänner, sondern nur dann erfolgreich sein, wenn sie eingerichtet sind dem allgemeinen proletarischen Kampf um die Aufhebung der ökonomischen Bedingungen der Kriege, ganz gleich ob es sich um die Begrenzung „militärischer“ oder „industrieller“

Rüstungspotenzen handelt. Die Abrüstung von Heer und Flotte ist für das Proletariat vornehmlich ein Kampf gegen die rüstungsstreubige Bourgeoisie im eigenen Lande. Der Kampf um die Abrüstung der „potentiels de guerre“, das ist der international organisierte und im gegebenen Moment durchzuführende Generalsstreit des Proletariats für den Fall eines Kriegsausbruchs; ein solcher Generalsstreit würde auch die Abrüstung der potentiellen Kriegskräfte begleiten, indem er den Betrieb der chemischen Industrie, der Gasfabriken usw. und den „Vertrieb“ ihrer Produkte verhinderte, und — er ist, wie gesagt, im gegebenen Moment durchzuführen — nicht erst 15 Minuten nach der ersten Kriegserklärung, wenn der Staat bereit die Mittel und die Kriegsphrasen die Völker ergriffen hat. Hier zeigt sich also, daß auch für eine proletarische, um Todesfolge bemühte Friedenspolitik eine Trennung von aktueller „Realpolitik“ und einer auf das Endziel, die Herbeiführung des Sozialismus gerichteter Politik unmöglich ist.

Die Pleite der Genfer Abrüstungskommission war Unschauung unterricht genug. Nach der ersten Pleite verlor man, den Abrüstungsgau nicht mehr an dem Kopf der Abrüstung, sondern am Schwange der Sicherheit auszugären. Dieserhalb wurde von der Septembertagung des Völkerbundes beschlossen, daß von den Abrüstungskonferenzmächten ein besonderes „Sicherheitskomitee“ gebildet werde, das, bevor man wieder an die „Abrüstung“ gehe, erst einmal den Grad der vorhandenen, notwendigen und sonstwie gearteten Sicherheit feststellen und Vorschläge zur Begebung der vorhandenen Überstände sammeln solle. Der wichtigste der bisher vorliegenden ist das britische Memorandum. *

Als „Idealtypus“ von Sicherheitsverträgen empfiehlt es den Vertrag von Locarno, der „nicht ein einfaches Bündnis unter bestehenden Staaten“ sei. Mit einer deutlichen Spalte gegen Frankreich heißt es: „Deutartige Bündnisse sind im allgemeinen gegen einen anderen Staat oder gegen eine andere Staatengruppe gerichtet und haben in der Vergangenheit nicht immer der Sache des Friedens gedient. Sogar, wenn sie ursprünglich zu Vertragssachen verwendet wurden, sind sie manchmal zu Angreifungsabsichten abgeschlossen worden.“ Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden. Das Memorandum verzögert nur zu sagen, daß auch die ihm empfohlenen Garantieverträge auf genau das Gleiche hinauslaufen können wie die Verträge französischen Musters. In beiden Fällen sind es Sonderverträge. Der englische Imperialismus lehnt die Verträge ab, die ihm Verpflichtungen auferlegen und die seine Bewegungsfreiheit in der Gleichgewichtspolitik hemmen, und er sucht solche, wo er als der Garant für andere auftritt. Das System der lokalen Sicherheitsverträge „ist demnach viel wirksamer, als es ein allgemeines Garantiesystem sein könnte, bei dem sich die Verpflichtung auf eine viel größere Anzahl von Staaten ausdehnen würde“. Mit diesen Worten ist die Ablehnung der Grundzüge des Genfer Protokolls noch einmal in krasser Form angegeben. Der Völkerbund ist bislang für England immer dann gut gewesen, wenn er in den Dienst der britischen Machtpolitik gestellt werden konnte, und er wurde jedesmal dann zur Ohnmacht verurteilt, wenn irgendwelche Ereignisse von den Organen des Völkerbundes eine nach der Satzung verpflichtete Handlung forderte. Siehe China, Albanien, Nikaragua, Abessinien usw. Deshalb erklärt das britische Exposé: „Die britische Regierung spricht sich gegen eine zu strenge Auslegung gewisser Artikel der Völkerbundsatzung aus.“ Man wird jetzt ungefähr wissen, wieviel aus der Arbeit der Sicherheitsorgane des Völkerbundes herauspringen dürfte. K. L.

Was will Poincaré damit?

SPD Paris, 18. Januar. (Radio)

Wie der nationalistische Avenir zu melden weiß, hat die Regierung Poincaré in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebbracht, der allen Unternehmen, gleichgültig welcher Art, die den Bestand Frankreichs gefährden könnten, mit einer Geldstrafe von ein bis fünf Jahren und mit einer Geldstrafe von 400 000 bis 500 000 Franken bedroht. Außerdem soll die Überzeugung der bürgerlichen Ehrenrechte verlangt werden können.

Notizen

Aus Belgrad wird gemeldet: Durch eine Militärpatrouille wurden heute die Attentäter auf das Militärdepot von Mladenovac in der Nähe von Palanka festgenommen. Die Attentäter, vier an der Zahl, sind bulgarischer Nationalität. Sie wurden heute dem die Untersuchung leitenden Polizeikommissar übergeben.

Nach Meldungen aus New York sind im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines revolutionären Komplotts in Bolivien bisher 16 Personen verhaftet worden. In La Paz sind zwei Regimenter Infanterie und zwei Batterien Artillerie zur Sicherung der Ordnung stationiert worden.

Von Kreta wird berichtet, daß Steuerbeamte, die sich zur Einziehung der Steuern nach Morea in der Landschaft Melara begeben hatten, von den dortigen Bauern überwältigt wurden. 500 Bauern, von denen einige bewaffnet waren, überfielen die Steuerbüros und vernichteten sämtliche Akten.

Das Parlament des Irak wurde aufgelöst. Die Neuwahlen sollen sofort stattfinden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Hettner in Leipzig

Verantwortlich für den Innenpolitischen: Hugo Eckendorf in Leipzig

Druck u. Verlag Verlagsbuchdruckerei Auerbachsche Verlags- und Universalgeschäft Leipzig.

Unserer heutigen Gesamtausgabe liegt ein Flugblatt des Zentralverbands der Unzufriedenen bei, das wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Für die Abonnenten von Alt-Leipzig liegt ein Handzettel des Ortsvereins Alt-Leipzig der SPD, sowie für die Leser des Westbezirks ein Projekt der Firma Schuh & Baer, Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 55, bei.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.

Landesverratsprozeß Schreck u. Genossen Der Untersuchungsrichter als Zeuge

Der achte Verhandlungstag wurde durch die Vernehmung des Untersuchungsrichters **Töpflig** ausgefüllt. Ihm hat der Angeklagte Koch kurz nach der Verhaftung erklär, daß er das Schreckliche Material für echt gehalten habe. Koch mache einen sehr schweren Eindruck. Nach fünf Monaten Untersuchungshaft habe Koch keine Angaben plötzlich widerrufen. Dann hat Koch erklärt, daß der französische Spionagehauptmann **Hartmann** in Mainz bei seinem ersten Besuch das Versprechen abgelegt, ihm zu helfen, wenn es in Deutschland einmal schief ginge, denn Frankreich sei dankbar. Außerdem hatte Koch behauptet, daß er einen Teil des Schrecklichen Materials einem Kommunisten gezeigt hätte, der ihm für die Auslieferung der Dokumente eine größere Summe geboten habe. Aber gerade aus pazifistischen Erwägungen hätte er das Material nicht Russland in die Hände fallen lassen wollen. In einer Beschwerdeschrift Kochs gegen seine Verhaftung und gegen Verschleppung der Voruntersuchung charakterisierte Koch seinen Chef Schreck als unruhig, der Spieldelbsthaft und zweifelhaften Frauen verfallen. Im übrigen betonte er darin seine pazifistische Überzeugung, die religiösen Motiven entspringe.

Der Maabtier Gefängnisarzt **Büttner** hat Koch während der Untersuchungshaft beobachtet und untersucht. Zweifellos leide Koch unter den Folgen seines Autounfalls. Koch habe während der ersten Monate der Haft einen geistig klareren Eindruck gemacht als später, so daß seine ersten Aussagen als glaubwürdiger anzusehen wären als die späteren, durch die er sein Geständnis widerrief. Im übrigen sei Koch zurechnungsfähig, so daß der § 81 nicht einschlage. Diesem Gutachten schloß sich der Leipziger Gefängnisarzt an.

Der Untersuchungsrichter bekundete ferner, daß Schulz ihm sofort nach der Verhaftung gestand, daß er sich des geleiteten Meinungs bewußt sei. Er gab zu, den Aufenthalt Kochs gewußt zu haben, obwohl er das Gegenteil beschwore. Heute bestreitet das der Angeklagte. Ferner gab der Zeuge an, daß Schreck ihm einmal erzählte, Polen wäre im August 1925 an ihn herangetreten und habe ihm seine Dokumente abholen wollen. Der Beweis dafür, daß er dieses Angebot ablehnte, sei in dem Versatz mehrerer Kleidungsstücke Anfang September 1925 zu erblicken.

Die "Königliche" Reichsbahndirektion

1. Trotz aller Anweisungen von Regierungsstellen, die Höhezeichen der Monarchie an öffentlichen Gebäuden zu entfernen, werden immer wieder Fälle gemeldet, aus denen hervorgeht, daß man versucht, die Anordnungen der Regierung zu sabotieren. Bei reaktionären Amts- und Gemeindevorstehern ist ein derartiges Verhalten zur Not noch verständlich; was soll man aber sagen, wenn selbst die Reichsbahndirektion gegen die Anordnungen der Regierung Widerstand leistet. Ein derartiger Fall wird aus Land in Oberschlesien gemeldet. Dort befindet sich noch heute am Bahnhofsgebäude das "königliche" Höhezeichen. Auf eine Beschwerde der Republikanischen Beschwerdestelle in Berlin ging am 26. Januar 1927 folgender Bescheid ein:

"Bei dem Wappenschild in Lubau handelt es sich nicht um ein Höhezeichen im eigentlichen Sinne, sondern um ein Bildwerk, das als Schmuckstück in das Gebäude eingefügt ist und mit diesem eine geschlossene Einheit bildet. Dem Wunsche auf Entfernung des Wappens stehen somit nicht nur wirtschaftliche Gründe entgegen, sondern vornehmlich architektonische Bedenken." ges. Scheunemann.

2. Damit gab sich die Republikanische Beschwerdestelle jedoch nicht zufrieden, sondern stellte nach einiger Zeit bei der Reichsbahndirektion erneut den Antrag, die Entfernung des "königlichen" Höhezeichens anzuordnen. Darauf ging am 26. Dezember 1927 folgende Antwort ein:

"Unsere Auffassung ist der Beschwerdestelle mit Schreiben vom 26. Januar 1927 41 Tha. 7/201 bekanntgegeben. Wir haben diesem Schreiben nichts hinzuzusehen." ges. Hoffmann."

Nach sachmännischem Urteil sollen der Entfernung weder wirtschaftliche noch architektonische Bedenken entgegenstehen. Wenn man aber bedenkt, daß die Harten der Reichsbahnräte zum Stabscheftag nach Berlin stillschweigend geduldet wurden, braucht man sich über das Verhalten der Reichsbahndirektion nicht zu wundern.

Statrede Dr. Röhlers

In Leid und in Gelingen

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

Präsident **Öde** eröffnet die erste Sitzung nach der Pause und gedenkt des Ablebens des kommunistischen Abgeordneten **Bohla**. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltplanes für 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

warf in seinen Ausführungen zur Begründung des Etats zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands mit großer Sorge erfüllen. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Ich war daher, so sährt der Minister fort, angesichts dieser Gesamtlage berechtigt und verpflichtet, meinen Bevölkerung offen Ausdruck zu geben, und ich befand mich mit dieser Aussicht im Einklang mit der Meinung vieler namhafter Wirtschaftsführer und Politiker. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht voraussehbaren Aufschwung, den das Wirtschaftsleben genommen hat. Ich habe also recht behalten, als ich im Oktober das vorausichtliche Gewinnaukommen in vorstichtiger Schätzung auf 300 bis 350 Millionen angab. Damals wurde ich aber wegen angeblicher leichtfertiger Schätzung stark angegriffen.

Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawesplans. Bei dem neuen Etat gilt es, die mehrfachen Anklamungen parlamentarischer Wirtschaft in die Tat umzusetzen, man kann ihn mit Recht als Etat der Sparfamilie bezeichnen. Trotz neuer zwangsmaßiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Nettobedarf des Reiches für seine geläufigen Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist erreicht, daß keine neue Anleiheermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9½ Milliarden in Einnahmen und Ausgabe ab.

Die Schätzung des Steuerauflommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Aufschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungsspitze wäre die grösste Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zur Zeit finden Bemühungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zweck statt. In dieses Gebiet fällt auch die Zollaffidungskampagne. Ihr Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaukommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingesetzt worden ist.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Ergebnis des Jahres 1927 geschöpft worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Sanktionsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pflegliche Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerlässliche Pflicht. Die Voraussetzung eines Erfolges des jetzt vorzubereitenden endgültigen Haushaltsgleichs sei eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft.

Der Minister wies dann darauf hin, daß 1928 in bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 liefern den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unsere Ausfuhr die Wege öffnet, die noch verschlossen sind. Die immer noch vorhandenen Handelshemmnisse müßten verschwinden.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Bedeutung des Reparationsagenten, daß erwogen werden müsse, die deutschen

Reparationsverpflichtungen endgültig zu regulieren auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: der Sachverständigenplan zielte selbst die Notwendigkeit vor, eine endgültige Lösung zu suchen, und es heißt nicht, ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird.

Der Minister erörtert dann als eine der zwangsläufigen Ausgaben die Aufwendungen für die Sozialpolitik. Das Gesamtprogramm an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3½ Milliarden erreicht gegen annähernd 1,4 Milliarden im Jahre 1913. Wir müssen fortsetzen auf dem Wege unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Wir dürfen ob all der politischen Fragen und Diskussionen die soziale Frage nicht vergessen.

Die Neuordnung der Staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marche. Hüten wir uns dabei vor öden Uniformierungoprogrammen und einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise ebenso wie vor dem starken Festhalten an überlebten Formen! Außerordentlich wichtig scheint mir die Übereinstimmung zwischen Reich und Ländern, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamer Finanzierung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Auf das Rechteck des Reichsfinanzministers oder einer andern Instanz gegenüber Ausgabeerhöhungen legt ich nicht entscheidenden Wert. Richtiger und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlaments durch seine Geschäftsführung, wie sie etwa in England besteht. Grundsätzlich wird für Reich, Länder und Gemeinden die gemeinsame Einordnung in das Gesamtproblem der aus den wachsenden Kriegsverpflichtungen entstehenden erdrückenden Belastung die Hauptfäche sein.

Möge die Geschichte einst über das deutsche Volk und sein Schaffen in diesen schweren Jahren das Dichterwort Goethes von Straßburgs seien: Ihm war ein volles Maß und Ziel verliehen in zwei Dingen: In Leid und in Gelingen! Weißt du bei den Rechtssprechsparteien.) Danach verlässt sich das Haus auf Freitag, 14 Uhr.

Für Erhöhung der Getränkesteuer

Der Deutsche Städtetag hat an die Oberbürgermeister, Kämmerer und Wohlfahrtsdezernenten der ihm angehörenden Städte ein Rundschreiben versandt, in der er darauf eintritt, daß zur Besteitung bzw. Besserung der Finanznot der Gemeinden die Getränkesteuer erhöht werden müsse. In der sehr interessanten Denkschrift heißt es u. a., daß im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Heranziehung aller Steuerquellen und zur Unterstützung der in ihrer Leistungsfähigkeit insbesondere in der Wohlfahrtspflege schwer beteiligten Gemeinden die Wiedereinführung der Weinbrandwein- und Weinsteuer und die ganz erhebliche Steigerung ihrer bis zum 31. März 1927 in Geltung gewesenen Säge zu fordern sei. Die Besteigung der Weinbrandweinsteuer und die Senkung der Biersteuer sei ganz besonders unbillig deshalb, weil gerade die steigenden Schadenswirkungen des Alkoholmissbrauchs die öffentlichen Finanzen mit Ausgaben belasteten, zu denen der Betrag, der aus den Getränkesteuern zur Abwölbung der öffentlichen Kosten geleistet werde, in gar keinem Verhältnis stehe.

Der Nachfolger Bohlas

Als Nachfolger des unlängst verstorbene Kommunistischen Abgeordneten **Bohla** wird linkskommunistischen Blättern zufolge nicht der Volksschulärzte **Hofmann** - Schmargendorf, sondern **Otto Weber** - Rathenow in den Reichstag einziehen. Der linkskommunistische Abgeordnete Schlecht, der sowohl in Potsdam I wie auf der Reichsliste gewählt war, hat jedoch sein Mandat in Potsdam I niedergelegt und auf der Reichsliste angenommen. Die Folge davon ist, daß nicht der nächste auf der Reichsliste, sondern der nächste auf der Liste von Potsdam I in den Reichstag kommt. Und das ist eben Schlechts engerer Gesinnungsgenosse Weber. Die Zahl der Oppositionellen im Reichstag sinkt auf 20, die der Oppositionellen steigt auf 16.

Mein UNVENTUR AUSVERKAUF

mit den stark herabgesetzten Preisen für gute und beste Qualitätswaren ist

die günstigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres

Spezialhaus

Franz Eber

Thomasgasse.

Bitte beachten Sie meine 8 Schaukästen.

Bitte beachten Sie meine 8 Schaukästen.

Der Landtag zum Hüttenarbeiterkampf

Schwierige Lage der Siedler — Die Nebenregierung der Industrie

Landtagssitzung Donnerstag, 19. Januar 1928

Vor Eintreten in die Tagesordnung kam ein Schreiben des Finanzministeriums zur Verteilung, wonach trotz dem erneuten Entschluss des Landtags die Gewährung von Notstandsbeihilfen an die staatlichen Waldarbeiter abermals abgelehnt wird. Die alte Gesichter! Für die Arbeiter hat die Held-Regierung nichts übrig. In der Angelegenheit ist aber noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Hilfe für Kleinwohnhausbesitzer

Dann begründete

Genosse Müller, Mittweida,

einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in dem die Landesregierung um Übernahme der vom Reich zu zulässt verlangten Bauvorlehen zur Herstellung billiger Wohnungsbauteile auf das Land ersucht wird. Die gewünschten Reichshausdarlehen sind, wie unser Genosse ausführte, hauptsächlich an minderbemittelte Kreise zu leihen. Jinsjuhe gegeben werden, um tragbare Mieten zu ermöglichen. Das Vorgehen der Reichsregierung bringt nämlich viele Siedler in große Schwierigkeiten, weil es ihnen unmöglich ist, anderweitig Hypothekendarlehen zu erhalten oder doch mindestens nur zu äußerst ungünstigen Bedingungen. Das würde natürlich die Mieten wesentlich verteuern. Deshalb bleibt gar nichts andres übrig, als die Reichsdarlehen auf die Staatskasse zu übernehmen. Müller vertritt mit Recht auf das müstergerichtliche Vorgehen von Wien gegen die Wohnungsnutz und betonte die Verpflichtung des Reichs, die Gelder nicht nur steuern zu lassen, sondern darüber hinaus auch Maßnahmen zu ergreifen, um den Wohnungsbau auf gemeinschaftliche Grundlage zu stellen.

Nach einer Erklärung der Regierung sind auf die Rückschlüsse hin rund ½ Millionen Mark zurückerfordert worden. Mit einer großen Anzahl von Fällen, bei denen die Aufrechterhaltung der Rücksicht eine Härte bedeutet hätte, wurde Stundung gewährt. Alle weiteren Bemühungen beim Reich und eine nochmalige Verlängerung der Rückzahlungsfrist waren erfolglos. Auf Vorschlag der sächsischen Regierung hat der Verteilungsausschuss des staatlichen Wohnungsbauamtes seine Genehmigung dazu erteilt, daß bei der Verteilung für das Jahr 1928 ein Betrag eingesezt wird, um die Rückzahlung dem Reich gegenüber in solchen Fällen vorzunehmen, in denen durch die Aufrechterhaltung der Rücksicht die Darlehnsnehmer in eine schwierige Lage gebracht werden würden.

Genosse Nebris

machte darauf aufmerksam, daß das Gesetz über die Steuer- und Gebührentreue für Wohnungsbauten zwar dem Kleinwohnungsbau entgegenkommt, daß aber bei Schaffung dieses Gesetzes ein Fehler unterlaufen ist, infsofern die 1924/25 erbauten Kleinwohnhäuser besonders schlecht wegkommen sind. Deshalb werde in einem weiteren sozialdemokratischen Antrage eine Änderung des Gesetzes in der Richtung verlangt, daß, soweit für diese Wohnungsbauteile Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1927/28 bereits entrichtet wurde, die Steuer zu erstatten und die Veranlagung niederschlagen ist. In der Richtung des sozialdemokratischen Antrags bewegt sich auch eine Einigung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Nebenbei vertrat weiter einen Entschließungsantrag, wonach die Regierung dafür sorgen soll, daß Anträge auf Stundung der Grundsteuer berücksichtigt werden, die von Bewohnern von Kleinwohnungsbauten, soweit solche in den Jahren 1924 und 1925 errichtet worden sind, gestellt wurden. Mit Recht sprach unser Genosse seit Bedauern darüber aus, daß es nötig geworden ist, einen solchen Antrag überhaupt erst einzubringen, weil das Finanzministerium, das sonst zu großen Steuererleichterungen bei der Landwirtschaft und anderen Kreisen immer sehr schnell bereit ist, in diesem Falle bisher unverständlicherweise die Gestundung abgelehnt hat, obgleich die Leute zweifellos schwer geschädigt sind. Mit der finanziellen Notlage könne die Ablehnung gewiß nicht begründet werden, außerdem handle es sich um verhältnismäßig kleine Steuerbeträäge. Nebris verlangt erneut, daß die Regierung einen Wehrblick über die Steuererleichterungen in Sachsen gibt.

Ministerialrat v. Polenz stellte eine Novelle zur Änderung des Gesetzes vom 27. Mai 1926 in Aussicht. Ein Vertreter des Finanzministeriums versicherte, daß bei Behandlung der Steuererleichterungsabsicht ohne Ansehen der Person und nach bestem Wissen und Gewissen verfahren werde.

Alle drei sozialdemokratischen Anträge wurden zur Weiterbehandlung dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das "Notprogramm" der Spartenverbände

Die wirtschaftlichen Spartenverbände der deutschen Industrie haben bekanntlich ein sogenanntes "Notprogramm" veröffentlicht, mit dessen Durchführung den Ländern und Gemeinden jede selbständige und fortgeschrittliche Tätigkeit unmöglich gemacht werden würde.

Es ist bezeichnend für die Zustände im Sächsischen Landtage, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vom 20. Dezember, der die Regierung erachtet, ihre Vertreter auf der Ministerkonferenz zu beauftragen, gegen dieses Notprogramm der Spartenverbände zu stimmen, erst jetzt nach Beendigung der Ministerkonferenz zur Verhandlung gelangte.

Genosse Gerets

betonte die enge Verbundenheit von diesem Notprogramm und der geplanten Verwaltungsreform, so daß man auch annehmen könnte, daß die seitigen Verfasser ein und dieselben seien. Der Befehl der Industrie war anscheinend für den Präsidenten des Staatsgerichtshofs maßgebend. Man erkennt damit auch die innen Zusammenhänge zwischen Kapitalisten und Regierungen und vor allem die Abhängigkeit der Regierungen vom Kapitalismus. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als um eine Nebenregierung der Industriellen. Gewiß fordern auch wir eine Verwaltungsreform, sie muß freilich anders aussiehen wie der Vorschlag Schles. Die privatkapitalistischen Interessen haben die Ministerkonferenz zum Scheitern gebracht. Unter Wirtschaft verstehen eben die Kapitalisten ihre Profitinteressen. Man hält eine Sparaktion für nötig, um die Preise zu senken. So sagt man wenigstens,

die wirtschaftliche Absicht ist jedoch, die Wöhne zu bremsen.

Nachdem die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks sich bemerkbar machen, versucht man es mit einem Scheinmanöver. Die Verwaltungsreform soll den Volksunwillen ablenken. Nach dem Notprogramm soll Reich, Ländern und Gemeinden das Einsturzrecht genommen werden. Wie lehnen solche Pläne selbstverständlich ab. Wir wenden uns besonders gegen die Erdrosselung der Gemeinden. Bei Durchführung einer wirklichen Verwaltungsreform müssen die politischen Landesgrenzen verschwinden.

Ministerpräsident hebt erklärte, daß das "Notprogramm" auf der Ministerkonferenz überhaupt nicht zur Besprechung gelangt sei. Es besteht aber Eingang darüber, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamer Haushaltsgewahrung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden sollen.

Dann hielt Paul Böttcher (SPD) wieder einmal eine seiner artroten politischen Reden, wobei er es besonders auf die Politik der Sozialdemokratie abzielte, die ihm begeisterterweise ganz und gar nicht gefällt.

Darauf ging auch dieser Antrag an den Rechtsausschuß.

Kritik an der Lohnsteuer-„Senkung“

Ein kommunistischer Antrag vom 21. Oktober, der durch die Reichstagsabgeordnete als überholt zu gelten hat, erforderte eine Änderung des Gesetzes über die Senkung der Lohnsteuer.

Genosse Ebelt:

Der Ausbauungsunterricht, den die Reichsregierung und die Bürgerblockparteien den Massen der Lohnsteuerzahler mit der Aenderung des Einkommensteuergesetzes ertheilt haben, dürfte für jeden sehr lehrreich sein. Die Aenderungen bedeuten eine vollkommenen Schwenkung in der Lohnsteuerpolitik. Trotz der steigenden Massenbelägrung wird eine gesetzliche Verpflichtung, die die Senkung der Lohnsteuer fordert, nicht erfüllt. In dem Augenblick, wo das Gesetz zum ersten Male zugunsten der Lohnsteuerpraktisch praktisch werden sollte, wird es aufgehoben und für die Arbeiter verloren gemacht. Tatsächlich sind die Nominallöhne und damit die Lebenshaltung hunderttausender weiter gesunken. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gegen diese Neuordnung der Lohnsteuer gestimmt. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn draußen im Lande der Einbruch entsteht, daß die sauer verdienten und bitter abgepreßten Pfennige der Lohn- und Gehaltsempfänger zur Milderung des Steuerlast des übrigen Bevölkerungsschichten dienen sollen. Der Tag wird kommen, an dem die Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger der bürgerlichen Parteien das Handwerk endgültig legen wird. (Werkstatt bei den Soj.)

Zum Schluß kam noch

die Hüttenarbeiterausprägung in Mitteldeutschland

zur Sprache. Der Antrag dazu bot ein kommunistischer Antrag, der unter Bezugnahme darauf, daß die Direktion der Dauerschmiede weich in diesem Kampf an das Arbeitsamt Alsfeld gewendet und die Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgeßerten verlangt hat, die Regierung beauftragten will, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, sofort Anweisung zu geben, daß die Erwerbslosenunterstützung an die Ausgeßerten restlos zur Auszahlung gelangt.

Genosse Dobbert

erbrachte den Nachweis, daß der Kampf der Hüttenarbeiter, von der politischen, der wirtschaftlichen und der rechtlichen Seite ganz abgeschnitten,

auch moralisch in jeder Beziehung seine volle Berechtigung

hat. Eine Unternehmergruppe, die vier Milliarden in ihren Betrieben investiert hat, ist durchaus in der Lage, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Weil die Arbeiter zu Unrecht entlassen worden sind, müssen sie auch nach Absolvierung der Karentzeit in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung gezeigt werden. Auch eine kapitalistische Regierung hat die Pflicht, alles zu tun, damit der Boden der Geschäftswelt respektiert wird, den die Arbeiter niemals verlassen haben. Dobbert rief an das Arbeitsministerium die Anfrage, ob nicht ein Eingreifen der amtlichen Schnellhilfesstellen in diesem Kampfe beabsichtigt ist, wie dies auch bei anderen Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen gewesen ist. Es müßte dies aus allgemein-rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen tun.

Der Kampf in der Hüttenindustrie ist symptomatisch für die Bestrebungen auf Rückeroberung des Achtstundentages, durch die Arbeiterschaft im allgemeinen.

Deshalb haben die Hüttenarbeiter auch unter wärmste Sympathie. Wir wünschen, daß sie diesen Kampf erfolgreich bestehen mögen. Die beauftragte sofortige Schlussberatung wurde durch den Widerspruch der rechten Seite des Hauses vereitelt, so daß der Antrag zunächst an den Haushaltshaushalt B geht und dadurch natürlich eine Verschiebung der ganzen Angelegenheit eintrete. Nächste Sitzung: Dienstag, 24. Januar.

Schach

Beobachter vom Arbeiter-Schachverein Leipzig

Züge: 1. Weiß: e4, Zieg. S. 26. Versetze. 2. Blau: d5

3. Weiß: c3, Zieg. S. 26. Versetze. 4. Blau: d4, Zieg. S. 27. Versetze.

5. Weiß: e5, Zieg. S. 27. Versetze. 6. Blau: f5, Zieg. S. 27. Versetze.

7. Weiß: g5, Zieg. S. 27. Versetze. 8. Blau: e6, Zieg. S. 27. Versetze.

9. Weiß: f6, Zieg. S. 27. Versetze. 10. Blau: d6, Zieg. S. 27. Versetze.

11. Weiß: e7, Zieg. S. 27. Versetze. 12. Blau: c5, Zieg. S. 27. Versetze.

13. Weiß: d7, Zieg. S. 27. Versetze. 14. Blau: b5, Zieg. S. 27. Versetze.

15. Weiß: c6, Zieg. S. 27. Versetze. 16. Blau: a5, Zieg. S. 27. Versetze.

17. Weiß: b6, Zieg. S. 27. Versetze. 18. Blau: a4, Zieg. S. 27. Versetze.

19. Weiß: a5, Zieg. S. 27. Versetze. 20. Blau: b4, Zieg. S. 27. Versetze.

21. Weiß: c4, Zieg. S. 27. Versetze. 22. Blau: a3, Zieg. S. 27. Versetze.

23. Weiß: b3, Zieg. S. 27. Versetze. 24. Blau: b2, Zieg. S. 27. Versetze.

25. Weiß: a2, Zieg. S. 27. Versetze. 26. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

27. Weiß: b1, Zieg. S. 27. Versetze. 28. Blau: a2, Zieg. S. 27. Versetze.

29. Weiß: c1, Zieg. S. 27. Versetze. 30. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

31. Weiß: d1, Zieg. S. 27. Versetze. 32. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

33. Weiß: e1, Zieg. S. 27. Versetze. 34. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

35. Weiß: f1, Zieg. S. 27. Versetze. 36. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

37. Weiß: g1, Zieg. S. 27. Versetze. 38. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

39. Weiß: h1, Zieg. S. 27. Versetze. 40. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

41. Weiß: i1, Zieg. S. 27. Versetze. 42. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

43. Weiß: j1, Zieg. S. 27. Versetze. 44. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

45. Weiß: k1, Zieg. S. 27. Versetze. 46. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

47. Weiß: l1, Zieg. S. 27. Versetze. 48. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

49. Weiß: m1, Zieg. S. 27. Versetze. 50. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

51. Weiß: n1, Zieg. S. 27. Versetze. 52. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

53. Weiß: o1, Zieg. S. 27. Versetze. 54. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

55. Weiß: p1, Zieg. S. 27. Versetze. 56. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

57. Weiß: q1, Zieg. S. 27. Versetze. 58. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

59. Weiß: r1, Zieg. S. 27. Versetze. 60. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

61. Weiß: s1, Zieg. S. 27. Versetze. 62. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

63. Weiß: t1, Zieg. S. 27. Versetze. 64. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

65. Weiß: u1, Zieg. S. 27. Versetze. 66. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

67. Weiß: v1, Zieg. S. 27. Versetze. 68. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

69. Weiß: w1, Zieg. S. 27. Versetze. 70. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

71. Weiß: x1, Zieg. S. 27. Versetze. 72. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

73. Weiß: y1, Zieg. S. 27. Versetze. 74. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

75. Weiß: z1, Zieg. S. 27. Versetze. 76. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

77. Weiß: aa1, Zieg. S. 27. Versetze. 78. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

79. Weiß: bb1, Zieg. S. 27. Versetze. 80. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

81. Weiß: cc1, Zieg. S. 27. Versetze. 82. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

83. Weiß: dd1, Zieg. S. 27. Versetze. 84. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

85. Weiß: ee1, Zieg. S. 27. Versetze. 86. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

87. Weiß: ff1, Zieg. S. 27. Versetze. 88. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

89. Weiß: gg1, Zieg. S. 27. Versetze. 90. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

91. Weiß: hh1, Zieg. S. 27. Versetze. 92. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

93. Weiß: ii1, Zieg. S. 27. Versetze. 94. Blau: a1, Zieg. S. 27. Versetze.

Morgen 50 000 Mann im Streik

Der mitteldeutsche Metallkampf

Ergebnislose Verhandlungen

SPD Der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter um menschenwürdige Löhne geht weiter. Die Eingangsverhandlungen zwischen den Parteien, die im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen scheiterten am Donnerstagabend, weil die Vertreter der mitteldeutschen Metallindustriellen seinerlei Entgegenkommen zeigten.

U.S. Das mitteldeutsche Industrieproletariat beginnt sich wieder seiner guten Tradition. Dem Streik der mitteldeutschen Grubenslaven folgt ebenso wütig und geschlossen der Streik der Metallarbeiter.

Zehn Monate war der gegen den Widerspruch der Gewerkschaften durch Schiedsspruch gefallene Tarif für die mitteldeutsche Metallindustrie in Kraft.

Jede in dieser Zeit geforderte zwölftägige Verhandlung lehnten die Unternehmer brutal ab. Sie spekulierten auf die Zerrissenheit der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Endlich, am 14. Januar, lief der Tarif ab. In letzter Stunde hatte der Magdeburger Schlüssler die Vertragsparteien nach Magdeburg zu Verhandlungen geladen. Dort erklärte der Wortführer der mitteldeutschen Metallindustriellen, Dr. Vogt von den Kruppwerken in Magdeburg, daß sie nicht einen Pfennig Lohnzähmung bewilligen würden. Schließlich fassste der Schlüssler „eininstimmig“, d. h. auch gegen die Vertreter der Gewerkschaften, die auf ihren Forderungen von 15 Pfennigen bestanden, einen Spruch, nach dem die Stundenlöhne in der Spalte um 3 Pf. (1) erhöht werden sollten.

Dieser Schiedsspruch, der in seiner Weise den Teuerungsverhältnissen in Mitteldeutschland aber auch der wirtschaftlichen Lage der Metallbetriebe nicht entsprach, schlug dem Tarif den Boden aus.

Bereits am Montag, dem 16. Januar, traten 17 000 Metallarbeiter der Bezirke Magdeburg, Halle, Anhalt in den Streik. Am gleichen Tage wurde in den Betrieben, in denen Kündigungsfrist besteht, die Kündigung eingereicht, so daß voraussichtlich am Sonnabend annähernd 50 000 Metallarbeiter im Kampf stehen werden. Nachdem die Industriellen sahen, daß die Arbeiterschaft Ernst mache, riefen sie die Hilfe des Reichsarbeitsministers an, der als gehorsamer Diener sofort Schlichtungsverhandlungen in Berlin anberaumte.

Einsig und geschlossen stehen die Metallarbeiter im Kampf. Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik hat seine große erzieherische und moralische Wirkung auch auf die anderen Arbeiterklassen und nicht zuletzt auf die Metallarbeiter ausgeübt. Vergebens bemühen sich die Kommunisten, in diesem Streik ihre parteipolitischen Geschäfte zu treiben. Witten im Kampf fordern sie die Fortführung ihrer kommunistischen Berücksichtigungspolitik zur Vernichtung des Einflusses der revisionistischen Führer. Stellen sie als Altkämpfer die Partei der Arbeiters- und Bauernregierung auf. Sie treiben sie die Geschäfte der Bourgeoisie, deren Presse der Wahrheit gegenüber den Streik als einen „wilden“ bezeichnet.

Doch alle Versuche der bürgerlichen Presse, die östliche Meinung ihrer Zuhörer, daß die Kommunisten die Bewegung in eine kommunistische Radikalisierung münden, an dem gesunden sozialistischen Geiste der mitteldeutschen Metallarbeiterkraft zu unterdrücken,

Die Leidenschaften des erfolgreichen Bergarbeiterkampfes werden von diesen nicht in den Wind geschlagen werden und deshalb ist der

liegreiche Ausgang des Kampfes ihnen gewiß. Von diesem aber wird in entscheidendem Maße ebenso sehr wie damals die weitere Gesundung der mitteldeutschen Arbeiterschaft abhängen. Die Lage der mitteldeutschen Metallindustrie ist zur Zeit nicht ungünstig. Es handelt sich bei den betroffenen Betrieben vor allem um Fabriken, die stark mit Austrägen der Braunkohlen-, chemischen und Zuder-Industrie beschäftigt sind. Nach blitzerischen Pressemeldungen droht das Unternehmertum mit der Aussperrung der nicht am Streik beteiligten Betriebe.

Der IGB in Berlin

SPD Am Mittwoch trat im Zusammenhang mit der Ausschaltung des IGB in Berlin eine Konferenz der internationalen Berufsssekretariate zusammen. Diese Konferenz ist eine Folge der Beschlüsse des Pariser Gewerkschaftskongresses vom vergangenen Jahre. In Paris war aus organisatorischen und tatsächlichen Gründen beschlossen worden, das Mandat der drei aus der Mitte der internationalen Berufsssekretariate in den Ausschuß gewählten stimmberechtigten Vertreter der Berufsinternationale verfallen zu lassen und dafür in einer besseren Weise die Berufsssekretariate zu den Ausschüssen des IGB heranzuziehen, sowie gleichzeitig eine Konferenz der internationalen Berufsssekretariate abzuhalten. Den Besprechungen wohnen jetzt Vertreter folgender Berufsssekretariate bei: Bauarbeiter, Beamte, Beleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Feuergebläse, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotelangestellte, Hutarbeiter, Keramikarbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Leberarbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, Post, Telegraphen- und Telefonangestellte, Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Viehger.

Diese Konferenz besaß sich vor allem mit der Frage, auf welche Weise die Beziehungen der internationalen Berufsssekretariate mit dem IGB gestaltet und wie die in Paris gefassten Beschlüsse am zweitmäßigen durchgeführt werden können. Man kam dabei zu der wichtigen prinzipiellen Entscheidung, daß allgemeine, die ganze Arbeitersbewegung interessierende Fragen nicht von der Konferenz, sondern ausschließlich im Rahmen des IGB zu behandeln sind, wobei die internationalen Berufsssekretariate in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Ausschuß Gelegenheit haben, ihre Ansichten und Vorschläge bekanntzugeben. Die besondere Sitzung der Berufsssekretariate wird sich demnach ausschließlich mit speziellen Berufsfragen und organisatorischen Problemen zu befassen haben, und zwar in der Weise, daß der Vorstand des IGB für diese Arbeit Richtlinien aufstellen und das Sekretariat Berichte vorbereiten, resp. Berichterstattungen erinnern wird. Diese Richtlinien sollen der nächsten Konferenz der internationalen Berufsssekretariate unterbreitet werden.

SPD Im Rahmen der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbunds fand am Mittwochabend im Berliner Gewerkschaftshaus eine internationale Kundgebung statt, zu der die bekannten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung erschienen waren. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der große Saal überfüllt. Die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung kamen im Verlauf der Veranstaltung zum Wort.

SPD Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbunds beschäftigte sich am Donnerstagvormittag mit der Frage der Silberkrise. Die Entscheidung über diese Frage fällt erst am Freitag. Im Laufe des Nachmittags beugte der Ausschuß verschiedenen Gewerkschaftern, so das Haus des Buchdruckers, der Holzarbeiter, das Haus des IGB, einer das Museum für Arbeit, und die Ausstellung des Reichsarbeitsministeriums, die einen großen Einfluß in diesem Geschäftsbereich geben soll. Am späten Nachmittag fand dann ein Empfang des IGB Ausschusses im Reichsarbeitsministerium statt.

Konferenz der Kämmereiarbeiter

Die Bezirke Sachsen und Thüringen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter veranstalteten gemeinsam am 22. Januar im Volkshaus Leipzig eine Konferenz der Arbeiter in den gemeindlichen Kämmereibetrieben. Unter diesem Sammelnamen sind zu verstehen die Straßenreinigung, Kanalisation, Abfuhrwesen, Park- und Gartenanlagen, Beleuchtungswesen, Markthallen, Vieh- und Schlachthöfe und dergleichen.

Für die Behandlung der vorgesehenen Tagesordnung: „Die Kämmereibetriebe als Grundlage neuzeitlicher Stadthygienie“ und „Die Einrichtungen der Städte für die Verjüngung der Einwohner“ sind bedeutende Sachmänner auf diesem Gebiete geworden. Die Konferenz wird erneut die Tatsache erörtern, daß die Kämmereibetriebe mit ihrer Jahrzehntelangen Praxis un trennbar mit dem kommunalen Wirtschaftsleben verbunden sind. Die immer zahlreicher werdenden Einwohnerzahlen der Gemeinden, die immer größere Gebietszunahme derselben stellen erhöhte Anforderungen an die Leistungen der Kämmereibetriebe. Alle Neuerungen auf technischem Gebiete müssen die Betriebe anwenden, wenn sie ihren Aufgaben im Interesse der Volksgesundheit gerecht werden wollen. Welchen Umfang diese gemeindlichen Betriebe heute bereits haben, mag daran ermesset werden, daß in den beiden Verbandsbezirken weit über 10 000 Arbeiter beschäftigt sind. Diese gehören fast reitlos dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Wir wünschen der Konferenz vollen Erfolg.

Kürzere Arbeitszeit Erreiches und Erstreites

SPD Der Achtkundentag marschiert! Die Fortschritte, die er in der letzten Zeit in verschiedenen Ländern gemacht hat, gehen deutlich aus einer Übersicht hervor, die das Internationale Arbeitsamt dieser Tage veröffentlicht hat. Diese Übersicht weist zunächst auf das teilweise Inkrafttreten des Achtkundentages in der deutschen Eisenindustrie hin. Aus Australien wird berichtet, daß in den Gaswerken der Städte Tasmanien und Victoria die Kürzung der 48-Stunden-Woche auf 44 Stunden vorgenommen ist. Aus Kanada werden Fortschritte des Achtkundentages in der Holzindustrie gemeldet. Das spanische Direktorat hat eine Arbeitszeitstatistik für die Zeit von 1914 bis 1925 aufgestellt; aus ihr geht eine starke Tendenz zur Durchführung des Achtkundentages hervor: Während sich 1914 nur 13,88 Prozent der spanischen Arbeiter des Achtkundentages erfreuten, waren es 1920 bereits 81 Prozent und 1925 89 Prozent. In Mexiko ist am 1. Oktober vergangenen Jahres der Achtkundentag für Arbeiter und Angestellte im Groß- und Detailhandel in Kraft getreten. Im belgischen Post- und Telegraphenwesen, bei den französischen Eisenbahnen und in den holländischen Gewerken und Hospitäliern sind in der letzten Zeit ebenfalls Arbeitszeitkürzungen in der Richtung zum Achtkundentag durchgeführt worden oder in Vorbereitung.

Um eine einheitliche internationale Regelung der Dienst- und Ruhezeitbestimmungen für das Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal sowie für die Chauffeure auf den Basis der 48-Stunden-Woche herbeizuführen, soll die Transportarbeiter-Internationale beim Generalkongress der Internationale Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals, wird zu diesem Zweck einen entsprechenden Antrag beim Stockholmer Kongress der Transportarbeiter-internationale unterbreiten. Man denkt an eine Konferenz von Regierungsvertretern, Beiräten, Gesellschaftern und Arbeitern, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu sichern.

Neue transatlantische Eisenbahnpläne. Die russische Presse beschreibt neuerdings mit dem Projekt eines Großen Nordweges, einer neuen Eisenbahnverbindung zwischen dem Nördlichen, dem Mittelrussischen (Ostsee) und dem Stillen Ozean. Dieses Eisenbahnnetz, als deutscher Endpunkt Murmansk, Bentgrad und Sowjetbahnen (gegenüber Sachalin) vorgesehen und soll wenig erforschte, an Wald, Pelztiere und Erzen außerordentlich reiche Gebiete Sibiriens erschließen.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaire.

Copyright by Paul Zsolnay Verlag Wien

„Was willst du?“

„Ich weiß nicht.“

„Warum kommst du?“

„Ich weiß nicht... Ich bin gekommen, um... höre“, stammelte sie.

„Schön“, sagte er „bleib!“

Verduft sah sie ihn an.

Was meinte er?...

Er nahm sie zurück... Was bedeutete sein Vertragen? Sie war darauf geachtet gewesen, daß er sich auf sie stützen würde. Ihr Liebhaber hatte ihr gesagt: „Läßt alles mit dir machen, wenn es nicht zu ernst wird. Dann werden wir schon da sein...“ Dann rutschte sie...

Nötigenfalls waren sie draußen. Es warteten ihrer sechs auf der Straße, blauroten das kleinste Geräusch, warteten auf das kleinste Zeichen, um zu Hilfe zu eilen. Aber vielleicht würde man sie nicht brauchen. War vielleicht sie zufrieden, der Buteau, sein Weib wieder zu haben, und wenn der Haushalt wieder zusammengeföhrt wurde, war ja alles gut!

Buleau hatte gesagt: „Bleib!“ Wollte er sie also zurücknehmen...?

Sie wußte nicht, was sie tun sollte. Sosie sie sich vor seine Hände werfen, seine Vergeltung erschrecken?

Er blieb unbedingt, mit hartem Blick.

„Ich weiß nichts von dir“, sagte er endlich.

„Nichts. Weder du noch sonst jemand hat mir irgend etwas gesagt. Ich will nichts wissen. Ich will dir nicht einmal etwas sagen.“

„Ich...“

„Bleib!“ wiederholte er.

Sie sah, daß er in das Nebenzimmer ging.

Sie wartete wohl eine gute Viertelstunde.

Was hörte er wohl? Was tat er oben? Denn jetzt war er in den Zimmern des ersten Stocks. Sie hörte, daß man oben hin und her ging. Man bewegte Schubladen, Türen wurden geöffnet und geschlossen.

In Todesangst fragte sie sich:

Was macht er? Was wird er machen? Als er zurückkam, war er umgekehrt, hatte sich vollständig umgezogen. Nur den Bart hatte er noch, der ihm in den zehn Tagen gewachsen war, hatte keine Lust gehabt, sich zu rasieren.

„Hier erst sah sie ihn genauer an.

Er war sehr verändert, auch sein Bart gab ihm ein verändertes Aussehen, und sein Gesicht war traurig.

„Der Krieg hat ihn sehr mißigenommen, er ist sehr gealtert“ dachte sie.

Er hatte gesagt, sie würde sich dessen bewußt.

Warum auch waren die Männer so lange draußen geblieben und hatten ihre Frauen allein gelassen?

Aber Buteau hatte seinen Koffer bei sich. Was bedeutet das?

Was der für sie? Über ihr? Wollte er fortgehen? Sie war zu Ende, das war zweit. Sie konnte ihren Augen nicht trauen. Und diese Verachtung, die sie auf dem Gesicht ihres Mannes sah, die seinen Mund zusammenpreßte. Lieber wäre es ihr gewesen, wenn er sie geschlagen hätte. Sie warf sich ihm zu Füßen.

„Mein Freund, mein Freund... höre.“

Nichts, ich höre nichts, ich höre nichts. Rieb' dir den Hintern, wo du willst. Ich schaffe hier Ordnung.“

„Bastien...“ Sie nannte ihn Bastien wie in den Zeiten, als sie miteinander verlobt waren. „Bastien, höre...“

„Ich scher' mich fort.“

„Nein, ich geh' fort.“

Er, gebürtiger:

„Bleib, ich las' dir die Parade.“

Dann öffnete er die Tür und schloß sie wieder von außen, ohne einen Blick.

Draußen sah er die Schar Leute, die gekommen waren, um Dinge zu verhindern, die man nicht wieder gutmachen könnte. Neugierige hatten sich zu ihnen gesellt, in der Hoffnung, daß es eine schöne Szene geben würde, ein tröstliches Wortgeschenk und hinterher Schläge.

Man war zahlreich genug, um zur Zeit einzugreifen. Aber nichts hatte sich getragen, und Buleau kam heraus im Sonntagsgewande.

Sie schien enttäuscht.

Buleau blieb sie herausfordernd an, einen nach dem anderen.

Da waren Buvier, Hyacinthe Leon, Cuvelier, Bru und seine Frau, Ricou und fünf oder sechs andere, die er weniger kannte.

Kümmert euch nur weiter um sie“, sagte er.

Und ohne sich umzudrehen, ließ er sie stehen, sprachlos vor Erstaunen, und verließ den schmalen Fußweg, um in die Landschaft einzubiegen. So schritt er dahin, seinen Koffer in der einen Hand sein Paket in der anderen.

Vor ihm breitete sich der Weg, den eine bleiche Sonne gelblich färbte ...

Eine gute Viertelstunde verging, bis er den Blicken entwunden war.

Buvier, Bru, Cuvelier und die anderen standen noch immer an derselben Stelle, sandten keine Worte. Auf alles waren sie gefühlt gewesen, aber nicht darauf, daß Buleau fortging. Sie warteten, bis er weit genug war, verabschiedet, und als sie ihn nicht mehr sehen konnten und er auch sie nicht mehr sah, traten sie in sein Haus.

Auf der Erde, das Gesicht auf den Boden gepreßt, lag die Un glückliche und schluchzte laut.

Als Magneux zurückgekommen war, versiehen mit seinen Er sparissen und kleinen Demobilisierungsprämien (das machte etwa 2000 Franc aus, und damit kommt man nicht weit...), galt sein erster Besuch seinem früheren Arbeitgeber.

Er dachte nicht daran, daß sein Platz für ihn vorhanden sein würde. Er war schon über Jahre dort gewesen, als die Mobilisierung kam. Man war mit ihm aufgetreten. Hatte man ihn nicht sogar im letzten Jahre um 100 Franc monatlich erhöht? Und 100 Franc waren damals eine schöne Summe.

Er jetzt, erst heute begreift er, daß sein Herrscher sich dazu entschlossen hatte, damit er bei ihm blieb; es war damals schwer, gebürtiges Personal zu bekommen, die pharmazeutischen Gehilfen, auf die man sich verlassen konnte, waren selten.

Zu spät wurde Magneux gewohnt, daß er ohne Ueberlegung gehandelt hatte. Er hatte an die Unzufriedenheit seines Arbeitgebers geglaubt. Hatten sie sich nicht in diesem Einvernehmen getrennt, der eine, wie der andere betrübt, der eine, weil er als Soldat fort mußte und ihm das vielleicht den Schädel kosten würde, der andere, weil er einen guten Arbeiter verlor? Vier Jahre waren vergangen. Schon seit Monaten war der Mangel an Kräften in der pharmazeutischen Branche behoben.

(Fortsetzung folgt.)

Weisse Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzutellen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweisse Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbefrag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich. Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiss sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pg. große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk. für Kinder 70 Pg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Die Reichsbahn garantiert Profite

Der „nolleidende“ Waggonbau

Die deutsche Reichsbahngesellschaft beachtigt, ihre Waggonausträge noch Möglichkeit auf einer Normalhöhe von 180 Millionen Mark jährlich zu halten. Wie der Berliner Börsen-Courier ausplaudert, werden „nach dem bisherigen System“ an diesen Aufträgen zehn Prozent verdient. Unter „Verdienst“ ist dabei der Betrag zu verstehen, der nach Deckung aller, auch der sogenannten Handlungs-Umlosten, verbleibt. Welche Dindbendenhöhe damit von der Reichsbahngesellschaft, der „Treuhänderin der Allgemeinheit“ (wie man mehr schön als treffend sagt), der Privatindustrie gesichert wird, ist ein erbauliches Beispiel dafür, in welcher Weise die amtlichen Stellen in Deutschland die kapitalistischen „Belange“ respektieren.

Die Reichsbahnausträge werden nach einem bestimmten Schlüssel auf die zahlreichen Waggonbaufirmen verteilt. 13,5 Prozent davon entfallen auf die Aktiengesellschaft Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken, die höchst durch den Zusammenschluß der Firmen von der Jopen u. Charlier in Köln, Düsseldorf Eisenbahnbetriebs-G.-G. und Kiling u. Sohn in Hagen entstanden ist. Die neue U.-G. ist begründet worden mit einem Aktienkapital von rund 11 Millionen Mark. Ihre Beteiligung an den Reichsbahnausträgen macht jährlich knapp 25 Millionen Mark aus, und wenn dieser Betrag tatsächlich eine Gewinnspanne von 10 Prozent enthält, so ist die Firma in der Lage, aus 2,5 Millionen Mark Profit, den ihr die Reichsbahn lädt, rund und nett etwa 20 Prozent Dividende zu verteilen und außerdem „anständige“ Pauschalen zu zahlen.

Das stimmt sicher nicht zu den fortwährenden Klagen der deutschen Waggonbaufirmen. Eine Reihe von anderen Tatsachen stimmt ebenfalls nicht dazu. Es ist richtig, daß die deutsche Waggonbau-Industrie sehr stark übersegt ist und vielleicht noch ihrem organisatorischen Aufbau und ihrer technischen Einrichtungen große Mängel aufweist. Das hat jedoch bisher nicht dazu geführt, daß in der Waggonbau-Industrie eine Konzentration eingetreten ist, die als Voraussetzung einer Beseitigung dieser Mängel von vielen Interessenten angestrebt wird und eigentlich die größten Fortschritte aufzuweisen müßte, wenn tatsächlich die Klagen berechtigt wären.

Es war erst die Bildung eines einheitlichen Waggonbau-Trusts für ganz Deutschland geplant. Nachdem sich die Hoffnungslosigkeit dieses Planes herausstellte, wurde wenigstens ein regionaler Zusammenschluß etwa in einem westdeutschen, in einem mittel- und ostdeutschen und in einem süddeutschen Konzern angestrebt. In Westdeutschland ist die bereits erwähnte Firmenverbindung zu stande gekommen, und man nimmt an, daß es dieser Verbindung gelingen wird, vor der Aktiengesellschaft Gebrüder Schöndorf in Düsseldorf den Waggonbetrieb zu übernehmen und die Firma Gebrüder Götsch in Mainz sich anzugliedern. Der erweiterte westdeutsche Konzern würde 20 Prozent der Reichsbahnausträge zu erledigen haben.

Für Ost- und Mitteldeutschland bestehen Konzernpläne, hinter denen vor allem die Waggonbaufirma Bölsch, Bauken, stehen soll. Es ist eine Zusammensetzung von Bölsch, Bauken, Linke-Hoffmann und Görlicher Waggonfabrik geplant. Diese drei Firmen versuchen zusammen über einen Reichsbahnanteil von 26,7 Prozent. Am stärksten wäre in dieser Kombination Linke-Hoffmann mit einem solchen Anteil von allein 14 Prozent. Die Konzernierung würde, da Linke-Hoffmann über die Mitteldeutschen Stahlwerke eigentlich nur ein Teilunternehmen des Rhein-Ruhr-Montan-Trusts, der Vereinigten Stahlwerke, ist, bedeuten, daß diese ihre Hände auf einen noch größeren Teil der deutschen Waggonproduktion legen könnten. Da auch noch andere Firmen, u. a. die Wag-

gonfabrik in Werden in Sachsen in diese Firmenvereinigung einzbezogen werden sollen, so käme mehr oder weniger ein Drittel der Reichsbahnausträge unter die Befreiung der Feste.

Wir betonen schon, daß diese Konzentrationspläne durchaus nicht Stoff vorangehen. Die Eigenschaft der Generaldirektoren und ihres Familienkörpers in den Aktiengesellschaften wirkt sich dabei nicht geringer aus, als in den Privatfirmen. Das Bedürfnis des Besitzer nach Aufrechterhaltung ihrer selbständigen Verfügungsgewalt, so lange die Reichsbahnausträge in der Preisbemessung genügend „Spielraum“ für die „Renditabilität“ lassen. Die Verwaltung der geplanten Kombinationen würde für die Arbeiterschaft grobe Veränderungen zur Folge haben. Im Zusammenhang mit den Konzernierungsplänen werden nämlich auch bereits die Pläne für eine eventuelle Neuregelung der Betriebsverhältnisse besprochen. Es käme in Frage, bestehende Betriebe stillzulegen, die Reichsbahnteile auf günstig gelegene und besonders vorteilhaft ausgerüstete Betriebe zusammenzulegen und also einzelste Arbeit zu entlassen, andernteils Arbeit neu einzuteilen. Dabei würden natürlich immer weniger Arbeiter neu eingesetzt werden, als zur Entlassung gelangen.

Der Sinn solcher Zusammenlegungen ist ja, die Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft zu verbilligen. Ihr weiterer Sinn ist der, nicht im Konkurrenzkampf einen Teil der Firmen, nämlich die unvorteilhaft arbeitenden, zum Erliegen zu bringen, sondern deren Besitzern für die Stilllegung eine dauernde Rente zu bezahlen durch entsprechende Beteiligung am Konzernkapital. Die Reichsbahngesellschaft wird sicherlich einen Strich durch solche Rechnungen machen. Wie jetzt, so werden die Dorfmüllers auch zukünftig den Profit gewährleisten. Dafür werden sie die Arbeiter und Beamten der Reichsbahn wie jetzt, so auch künftig in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen möglichst schlecht stellen.

Reparations-Zahlen

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat in seinem jüngsten Bericht die Festlegung der Dauer der Reparationsleistungen als eine dringende Aufgabe bezeichnet. Bekanntlich stehen heute auf Grund des gegenwärtigen Zahlungsplans nur die Jahresleistungen fest, ohne eine Begrenzung der Dauer dieser Leistungen. Nur in Bezug auf die Leistungen der Reichsbahn und der Industrie, für deren Schuldverschreibungen nicht allein die Vergütung, sondern auch die Tilgung vorgesehen ist, ergibt sich die Beendigung der Verpflichtungen für das Jahr 1984. Aus einer beachtenswerten Darstellung des angesehenen amerikanischen Nationalökonom G. P. Hubbard, der in der Reparationskommission seinerzeit eine große Rolle spielte, geht hervor, daß das Davies-Komitee bei Festlegung der Jahresleistungen bereits ein Endjahr der Jahresleistungen in's Auge gesehen habe. Seiner Darstellung zufolge sollten die Reparationsleistungen aus Mitteln des Staatsbudgets im Jahre 1948 aufhören und nur die Beiträge der Reichsbahn und Industrieobligationen bis 1984 weiterlaufen. Der gegenwärtige Wert dieser Jahresleistungen, gerechnet für das Jahr 1928, würde bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent 40,6 Milliarden Mark betragen.

Die Reichsbahngesellschaft vergleicht diese Schuldsumme mit den Lasten, welche die deutschen Reparationsgläubiger auf Grund der interalliierten Kriegsschulden selbst zu tragen haben. Die Kapitalsumme der interalliierten Kriegsschulden, gerechnet per 1928, beträgt bei einer Kapitalisierung mit 1 Prozent 30,1 Milliarden Mark, ist daher erheblich niedriger als die sich nach Wulff ergebende deutsche Reparationschuld. Verblie-

bürgt man die Bevölkerungszahl der beteiligten Länder, so ergibt sich für Deutschland auf Grund der obigen Berechnung per 1928 pro Kopf der Bevölkerung eine Reparationschuld von 651 Mark. Auf die interalliierten Schulden, deren Länder zusammen eine dreimal so hohe Kopfszahl wie Deutschland aufweisen, entfällt eine Schuldentlastung von 178 Mark pro Kopf. Was die einzelnen Schuldnernländer, die gleichzeitig Gläubiger Deutschlands sind, anbelangt, so ist deren Belastung aus den interalliierten Kriegsschulden (bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent) pro Kopf der französischen Bevölkerung 255 Mark; für Großbritannien pro Kopf 192 Mark; für Italien 116 Mark; für Belgien 172 Mark. Das heißt, es würde sich auf Grund dieser Berechnung für sämtliche Gläubigerländer Deutschlands eine viel niedrigere Verhundungsquote nach ihren eigenen Kriegsschulden ergeben als für Deutschland.

Paris 1927

Protokoll des 4. Ordentlichen Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten im Grand Palais, Paris, vom 1. bis 6. August 1927. Nebst Berichten über die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und über die Internationale Arbeiterinnenkonferenz. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam. 226 Seiten.

Der städtische Band enthält nicht nur die eigentlichen Handlungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz, sondern auch im Wortlaut die zu den einzelnen Verhandlungspunkten gehaltenen Referate und gefasste Beschlüsse. Von diesen Verhandlungspunkten geben wie folgende hervor: Die Aktion der Arbeiter gegen Krieg und Militarismus — Der internationale Kampf um den Achtstundentag — Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung — Der organisatorische Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes — Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit — Arbeiterinnenschutz — Heimarbeit. (Preis der deutschen Ausgabe 5 Mark.)

Rundfunkprogramm

Sonnabend, den 21. Januar. Unterhaltung und Lehre. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,40 Uhr: Weiterdienst und Vorausfrage (Deutsch und Esperanto). Schneideberichte und Wetterberichtsmeldungen. 11,50—12,50 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Kindlicher Tanzkunst des Rosotto. 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Warenbericht. 16,30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. Romanzen und Humoresken. 18—18,30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Goldbach, Geschäftsführer der Hausrat U.-G.: „Haushaltstipps in der Arbeiterwohnung.“ 18,30—18,45 Uhr: Funkfeststunde. 18,45—19 Uhr: Steuertundum. 19—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Folksfest.“ 3. Vortag. Prof. Dr. Adolf Spanner, Techn. Hochschule, Dresden: „Märchen.“ 19,30—20 Uhr: Prof. Dr. H. Helm-Jetzluff: „Unter den Befennern des gelben und schwarzen Glaubens am Baffensee.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneeverberichte und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Militärmusik, ausgeführt vom Musikkorps des 3. Bataillons Inf.-Regts. Dresden. Leitung: Musikmeister Hermann Schmidt. 1. Vorhang: Ouvertüre zur Oper „Der Wildschütz“. 2. Radetzky-Marsch. 3. Jeſſel: „Im bunten Hof“, Marsch. 4. Meinebeer: Fasellanz. 5. Verdi: Ouvertüre zur Oper „Republikaner“. 6. Möllendorf: Marsch. 7. Bodenfroh: Alpenglöckchen (Solo für 2 Trompeten). 8. Schmidt: „Fürstin Maria.“ 10. Brill: Marsch aus der Oper „Das goldene Kreuz“. 11. H. v. Platen: Mariana-Tanz.

MAGIN

MUR

ZUM

Gewaltige
Preis-
herabsetzung
für
unser gesamtes
Lager vollwertiger
Qualitätsware

**Herren-
Jünglings-
u.Knaben-
Kleidung**

Beginn 16. Januar

GEBR

INVENTUR- AUSVERKAUF von dem man spricht!

Einige Beispiele unserer Preise!

Herren-Sakko-Anzüge

aus tragfähigen Stoffen
23.— 29.— 36.— 43.— 56.— 63.—
69.— 76.— 83.— 89.— 96.— u. höher

Herren-Winter-Ulster

moderne Muster und Formen
23.— 29.— 36.— 43.— 56.— 63.—
69.— 73.— 79.— 83.— 89.— u. höher

Gummi- u. Loden-Mäntel

viele Formen, schöne Muster
9,25 11,50 13,75 15,90
18,75 21,— 24,— 29,—

Herren-Breeches und Knickerbocker

schöne Sportmuster, gute Qualität,

5,75 6,90 7,50 8,75

9,90 11,— 12,90

14,— und höher

Herren-Sport-Anzüge

verschiedene Formen, 3- und 4-teilig

26.— 32.— 39.— 46.— 53.— 65.—

73.— 79.— 83.— 89.— 96.— u. höher

Herren-Winter-Paletots

1- und 2-reihige und Rock-Paletots

33.— 39.— 46.— 53.— 59.— 65.—

69.— 73.— 79.— 86.— 93.— u. höher

Knaben-, Jünglings-, Berufs- und Hochsommer-Kleidung

bis 50% Preiserhöhung

**Leipzig, Reichstr. 11
Ecke Salzgänschen**

Französische Religions-US

Märkte der Mietpreise

Ist da ein Ort in der Nähe von Lyon in Südfrankreich mit Namen Baugnezay. In dem Ort war neben vielen andern Einrichtungen des öffentlichen Lebens auch eine katholische Kirche im Betrieb. Das Geschäft ging: dank der gütigen Nachfrage! Man war zufrieden und froh im Pfarrhaus. Seine Hofsäulen predigten, sprachen Gebete, nahmen Weihgesandnisse entgegen. Kurzum, der Herr Pfarrer hatte zwar nicht übermäßig zu tun, aber er war verträglich vor Gott, seinem Herzen und auch mit den Bewohnern des Städtchens. Eines schönen Tages jog nun in den Gemeinderat von Baugnezay eine sozialdemokratisch-radikale Mehrheit ein. Und neben verschiedenen andern Dingen begann sich der Gemeinderat auch mit dem Herrn Pfarrer und seinen näheren Lebensumständen zu beschäftigen. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Mehrheit des überfranzösischen Ortes vom Herrgott oder Betreibern nicht allzu viel wissen wollte. Die Gemeinderäte machten nun keine gewalttätige Rebellion gegen ihren Pfarrherrn, sie ließen auch keinen Tempel der "Gleichheit" in Anlehnung an die Erinnerungen der großen französischen Revolution errichten, sie erhöhten nur vor einigen Wochen die Miete für das Pfarrhaus. Und was passierte? Die Antwort gibt eine Meldung der Frankfurter Zeitung:

"Um Protest gegen die Erhöhung der Miete des Pfarrhauses, welche durch den sozialdemokratischen Gemeinderat von Baugnezay in der Nähe von Lyon verfügt wor-

den war, hat der Kardinal Maurin beschlossen, die Paroisslichkeit einzuziehen und die Kirche zu schließen. Nach Verlesung einer Erklärung durch den Generalvikar verließ der Pfarrer Kirche und Pfarrhaus."

Wies man diese ergötzliche Meldung, für deren Richtigkeit die Frankfurter Zeitung ja bürgt, so wird man sich vor allem herzlich darüber freuen, wie prompt und wirkungsvoll das Mittel der radikalen Gemeinderäte einschlug! Doch die biederer Gemeinderäte erkannt haben, daß das heiligste Sakrileg der Kirche der Geldbeutel ist, kann einen schon wegen der gesunken persönlichen Erkenntnis freuen. Etwas Bedeutssameres zeigte aber auch noch dies kleine überfranzösische Abenteuer, das fast ein Bildchen an Eulenpiegel erinnern würde, wenn es nicht wahr wäre. Die Kirche bzw. ihre von Gott eingesetzten Beamten sind ausgezogen, weil die Miete für die Pfarrerwohnung zu teuer wurde. Die Möglichkeit, irgendwo als Untermieter oder Schafshörse zu gehen, hat der Pfarrer nicht ausgenutzt. Er blinzelte sich besser als die Schar seiner Frommen. Das Jesuskleinlein ist zwar in einem Stalle zur Welt gekommen, der Wetter von Baugnezay muß aber in einer luxuriösen, standesgemäßen Wohnung haufen. Wichtig ist jedoch, daß dieser Auszug der alleinstigmachenden Kirche aus dem Orte nicht auf einen Entschluß des vielleicht etwas erregten Ortsgeistlichen beruhe, sondern ausdrücklich auf Geheiß des Kardinals Maurin erfolgt ist. Dieser Kardinal, der zu den einschüchtrischsten katholischen Kirchen Frankreichs gehört, hat mit diesem Entschluß offiziell die katholische Kirche als ein zumindest gemischtwirtschaftliches Erwerbsunternehmen deklariert. Sind die „Produktionskosten“ von Messe, Sakrament und liturgischen Segen zu hoch, steigen die Betriebsausgaben über das übliche Maß, wird dadurch der Profitt und

die Rente unter den Durchschnitt gedrückt, macht die katholische Kirche — siehe in Baugnezay — ihren Laden zu. „Stilllegung“ nennt man das in der kapitalistischen Wirtschaft.

Das südfranzösische Beispiel mag aber auch als Vorbild dienen: hängt den Herrschäften den Brötchor höher! Dann wird ihnen auch bald „die Freude am Geschäft“ vergeben und sie werden dorthisch ziehen, wo die Menschen noch unverdorben, gabefreudiger und blümmer sind. Jesus lebt sich für seinen Glauben freuzigen, seine Jünger lehren und wirken nur dort, wo die Betriebsausgaben und Speisen einen anständigen Verdienst ermöglichen.

Freiwillig in den Tod

SPD Berlin, 18. Januar.

Im Grünauer Forst bei Berlin wurden am Mittwoch früh in der Nähe eines Bahndamms die Leichen des 20jährigen Arbeiters Wilhelm Hagerer und der um zwei Monate älteren Frau Elisabeth Schröder, die beide in der Kolonie Josen bei Königs Wusterhausen gewohnt haben, mit Kopfschüssen aufgefunden. Neben ihnen lag ein Revolver und ein Brief. Wie festgestellt wurde, waren Hagerer und Frau Schröder seit mehreren Jahren miteinander befreundet. Hagerer hatte seinerzeit seine Freundin heiraten wollen, war aber von deren Eltern abgewiesen worden, weil man ihn für zu jung hielte. Vor etwa zwei Monaten verheiratete sich dann das Mädchen mit einem anderen Manne, kam aber bald zu der Erkenntnis, daß sie doch mehr zu Hagerer hingezogen fühlte. Beide beschlossen nun, gemeinsam in den Tod zu gehen. Allem Anschein nach hat der junge Mann erst die Frau durch einen Kopfschuß getötet und sich dann selbst das Leben genommen.

Felix Lehmann



Erstaunliche Leistung

Woll-Jacquard	wunderbare Mantelware, Übergangsmantel, 130 cm breit, für 6 ⁴⁰	Damen-Gummi-Mäntel	Covercoatbezug 7 ⁵⁰
Reste	in Wolle, Seide und Samt für die Hälften des regulären Wertes 32 ⁴⁰	Damen-Mäntel	aus modernen Noppenstoffen, Abseite 27 ⁵⁰
Wischtücher	Halbleinen, rot kariert 100	Herren-Sakko-Anzüge	in soliden strapazierfähigen Qualitäten 25 ⁰⁰
1 Posten Hauskleider	aus bestem Zephyr, moderne Form 125	Herren-Manschester-Anzüge	von 23 ⁰⁰
Ein Posten Hemdhosen u. Prinzeßröcke	mit reicher Stickerei 150	Herren-Sakko-Anzüge	in modern, Ausmusterung, tragfähige Ware 45 ⁰⁰
Herren-Unterhosen	wollgemischt, Größe 4 150	Herren-Loden-Mäntel	Strichloden, in verschieden Farben 30 ⁰⁰
Damen-Schlupfhosen	Baumwolle, geraut 5 ⁰⁰	Herren-Winter-Ulster	in schönen, modernen Qualitäten, zweireihig 48 ⁰⁰
Damen-Lumber-Jacks	Wolle mit Seide 87 ⁵⁰		
Damen-Kleider	aus sparten Wolbstoffen, Composé		

Più
Gleich

JNVENTUR-AUSVERKAUF

Sächsische Angelegenheiten Hinter den Kulissen der Heldt-Regierung

Wir brachten gestern bereits kurz die Nachricht, daß das Zentrum des Staatsgerichtshofes angerufen hat. Im folgenden geben wir einem unserer Mitarbeiter Gelegenheit, ausführlich zu dem Vorgang Stellung zu nehmen. Die Red.

Als der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich durch die Urteile vom 17. Dezember 1927 die Wahlvorschriften in den Ländern Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz für ungültig erklärt hatte, nahm die Staatsanwaltschaft bereits am 20. Dezember 1927 Stellung zu den Urteilen. In weitgehend übereinstimmenden Ausführungen legte sie dar, daß die Urteile keine Auswirkung für den im Oktober 1926 in Sachsen gewählten Landtag hätten, der auf Grund ähnlicher Vorschriften wie in den genannten Ländern gewählt worden war. Die Frage hat die sächsische Regierung seitdem vielfach beschäftigt. Auch in unserer Zeitung ist die Frage der Ungültigkeit der sächsischen Landtagswahlgesetzes vom 6. Oktober 1926 akut geworden: die sächsische Zentrumspartei, der bei den letzten Landtagswahlen nur wenige Stimmen zu einem Mandat schaffte, und die deshalb ausgeschlossen, hat Klage beim Staatsgerichtshof gegen den Freistaat Sachsen erhoben, in der sie die Ungültigkeit der Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes über die Zahl der Unterschriften und die Forderung der Einhaltung einer Kautionsstelle als verfassungswidrig festgestellt haben will. Obwohl die Klage der sächsischen Regierung bereits Anfang Januar 1928 eingestellt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft von dieser für das sächsische Verfassungsschutz außerordentlich wichtigen Tatsache bisher nichts verlauten lassen. Dagegen, die sonst so geschwächliche ist und zu jedem Quaer Stellung nimmt, die Sprache verloren hat, geht daraus zurück, daß Herr Ministerpräsident Heldt Anweisung gegeben hat, die Klage einstweilen loszuwerden. Nachdem er eben erst im "Jahrbuch für Sachsen 1928" in eifriger Überheblichkeit verlunden hat, seine Regierung "des Bürgertums und der Volksgemeinschaft" werde von langer Dauer sein, ist

der Bestand dieser Regierung ernstlich bedroht,

durch die Ungewissheit der Lage, die die Klage der Zentrumspartei im Gefolge hat. Gibt der Staatsgerichtshof der Klage statt, woren, wenn der Staatsgerichtshof an seinem in den eingeschlagenen Urteilen eingenommenen Standpunkt festhält, nicht zu zweifeln ist, so ist

das Schicksal des Landtages besiegelt.

Ist das Wahlgesetz vom 6. Oktober 1926 verfassungswidrig in seinen grundlegenden Bestimmungen, so sind die nach ihm vorgenommenen Wahlen ungültig. Neuwahlen müssen dann noch dem Wahlgesetz vom Jahre 1920 vorgenommen werden. Daß der neue Landtag ein vom alten grundverschiedenes Gesicht haben wird, ist nach den Taten des bisherigen Landtages, die unverkennbar den Profitinteressen des Unternehmertums und der Hausbesitzer zum Schaden der Arbeiter, Mieter und kleinen Gewerbetreibenden dienen, auch Herrn Heldt nicht zweifelhaft. Seine Stunde hat dann geschlagen. Wie die drohende Gefahr abwenden?

Herr Heldt möchte nicht der Held sein, dessen Grundsatzfähigkeit sich noch jeder Lage anpassen könnte, wenn er keinen Ausweg versuchen sollte. Da die Aussichten des Prozesses für die Regierung faul sind, heißt es, die Ausnahme der Klage im Wege von Verhandlungen zu suchen. So hat Herr Heldt die Fühlung mit den führenden Zentrumsmachern aufgenommen, um die Rücknahme der Klage zu erreichen. Nachdem sich die sächsische Regierung vor kurzem erst auf Verlangen des Bischofs von Bamberg schließlich vor die Jungfernreiche der Reise von Konnersreuth gesellt hat, berichtet bei den führenden Zentrumsparteien eine recht freundliche Stimmung für die Heldtregierung. Herr Heldt ist wohl guter Hoffnung. Darin liegt seine gewinnbringende die politische Lage des Volksbildungsmittels besonders gefährlich. Man braucht nur die Geschichte der sächsischen Konservativen über das Reichschulgesetz zu erinnern, in dem die Deutsche Volkspartei in einen Flügel um Dr. Ratzen und in einen anderen um Dr. Heine zerfällt, während die Demokraten gegen die konservative Politik der Deutschen Volkspartei protestieren. Man braucht nur auf den Kampf in der Koalition um die Mieterräume hinzuweisen, in dem die Wirtschaftspartei mit Demokraten Aufwärtern und "Altkonservativen" in schärfstem Widerstreit stehen. Dazu, der Kampf der Deutschnationalen gegen das Arbeitsministerium, dessen Beseitigung Heldt den Deutschnationalen versprochen hat. Daneben gibt es noch eine Menge widerstreitender Interessen in der Koalition.

Welche von den Parteien soll denn die Belastung in den verschiedenen Fragen auf sich nehmen, wenn keine Partei weiß, ob der Staatsgerichtshof mit seiner Entscheidung den Landtag zur Auflösung zwingt? Selbst wenn nämlich der Landtag die Fest-

Koalitionsregierung so verschiedenartiger Regierungspartheien über das Land gebracht hat, heraus. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, endlich einen Tisch zu machen.

Cœn.

stellung des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit des sächsischen Wahlgesetzes in den Wind schlagen wollte, so könnte jede Partei beim Staatsgerichtshof erneut Klage einreichen, und zwar auf Ungültigkeit der Wahlen. Diese Klage müßte unbedingt Erfolg haben.

Zu der Meldung von der Klage der Unabhängigen schreibt der Dresdner Anzeiger:

Man darf wohl aber annehmen, daß die sozialdemokratische Meldung richtig ist. Es ist auch weiter anzunehmen, daß diese Klage sich gegen die Landtagswahlen unmittelbar richtet, weil ja die Unabhängigen sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligten. Sie haben zwar gar keinen entsprechenden Antrag gestellt; es ist aber möglich, daß sie nur deshalb darauf verzichtet haben, weil es von vornherein klar war, daß sie den Bestimmungen des Wahlgesetzes nicht gerecht werden könnten. Im übrigen darf es als ausgeschlossen gelten, daß die unabhängigen Sozialdemokraten auch bei einem anderen Wahlgesetz in den Landtag gelangen würden. Haben sie doch beispielsweise bei den letzten Reichstagsschlüssen in ganz Sachsen nur 11428 Stimmen auf ihren Wahlvorschlag vereinigt können. Und das zu einer Zeit, als die Wiedervereinigung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialdemokraten noch nicht weit vorlieg. Damals war der Name der USPD immerhin noch ziemlich bekannt und konnte eine Anzahl von Wählern verloren, ihre Stimme dieser Partei zu geben. In den seitdem verstrichenen Jahren hat man jedoch von den Unabhängigen so gut wie nichts mehr gehört, und sie gehören wohl auch gänzlich in Vergessenheit geraten, wenn jetzt nicht dieser Antrag beim Staatsgerichtshof auftritt. Die Frage mag dahingestellt bleiben, ob sie diesen Schritt von sich aus getan haben, oder ob sie etwa von einer anderen Seite dazu veranlaßt worden sind.

Auch diese Auslassung verrät deutlich das Bemühen, die Angst vor der Klage zu vertreiben, weil nämlich die Reaktionäre noch immer hoffen, das Zentrum zur Zurücknahme der Klage bewegen zu können, während sie bei der USPD wahrscheinlich keine solche Hilfe erwarten könnten.

Sondervorstellung für die Leser der Leipziger Volkszeitung

Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr
im Varieté Battenberg
Tauchaer Straße 34

10 internat. Attraktionen von Weltreuf

Das beste aller Programme, welches bisher gebracht wurde — Drei Stunden lang anhaltender Beifall

Die Eintrittspreise wurden für diese Sondervorstellung bedeutend herabgesetzt: Logen 1.50, Parterre Mk 1.00, alle übrigen Plätze 50 Pf. Eintrittskarten zu genannten Ausnahmepreisen sind täglich von 11 bis 1 Uhr und von 6 Uhr abends an der Varietékasse gegen Vorzelpung der Abonnementsquittung zu haben

Die Lockerungsverordnung soll überprüft werden

Die Staatszeitung schreibt:

Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Beschwerden, die auf Grund der sächsischen Verordnung über die Aenderung der Wohnungswangswirtschaft vorgebrachten worden sind, demnächst zu prüfen. Sollten sich diese Beschwerden als berechtigt erweisen, dann soll erwogen werden, inwieweit die Lockerungsverordnung örtlich begrenzt, aufgehoben oder eingezogen werden kann.

Die Regierung will sich also endlich bequemen, die Schwierigkeiten, die durch die Lockerungsverordnung eingebracht sind, zu beseitigen. Diese Verordnung wurde im vergangenen Frühjahr auf Drängen der Wirtschaftspartei erlassen, damit diese Partei mit in die Regierung aufgenommen werden könnte. Was sagt übrigens jetzt die Wirtschaftspartei zu den Bestrebungen der Regierung?

Dresden. Ein gemeinsamer Spaziergang. Am Mittwochabend Stadt Dresden hat dem Direktor Stosch-Sarralani mitgeteilt, daß er bereit ist, dem Circus Erlebniszügen zu schaffen, die das Unternehmen benötigt, um in Dresden und Sachsen lebensfähig zu werden. Es sind Vereinbarungen in Aussicht gestellt, die das große Zirkusgebäude dauernd betriebsmäßig machen sollen.

Wehlen. Volksentscheid. Am 20. Januar wird die heimige Einwohnerchaft in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das heimige Stadtverordnetenkollegium aufgelöst und neu gewählt werden soll.

Chemnitz. Gefährlicher Felszug. Bei der Haltestelle Niederglöcknitz bei Rittergrub stürzte, nachdem wenige Minuten zuvor ein Karrenzug die Stelle passiert hatte, ein Gefäß von der Höhe eines Einfamilienhauses auf den Bahndamm und zerstörte eine Bahnkörperbrücke. Der Zug fuhr über die Gleise geleitet werden mußte.

Chemnitz. Diebstahl im Museum. In Chemnitz wurden am 11. Januar aus dem Museum am Königsplatz folgende altchinesische Kunstwerke entwendet: 1 Rollbild, 25 × 200 Zentimeter groß, auf Seiplgrund: Boot unter Felsen, und 3 Zeichnungen, 20 × 30 Zentimeter groß, auf Goldgrund, Landschaftsszenen darstellend. Die Zeichnungen sind mit chinesischen Schriftzeichen versehen.

Falkenstein. Vom Freund erschossen. Während der Schrankenwärter A. seine Pistole reinigte, nahm in einem unbewachten Augenblick sein anwesender Freund die Waffe in die Hand und feuerte daraus einen Schuß ab, der A. traf und dessen Tod zur Folge hatte.

Borna. Eisenbahner tot. Auf der Linie Chemnitz-Borna entgleisten am Mittwochvormittag zwei Wagen eines rangierenden Güterzuges. Hierbei wurde ein Hilfeschaffner, der zwischen die Wagen geriet, tödlich getötet.

Ein Riesen-Erfolg

waren die ersten Tage unseres Inventur-Ausverkaufes infolge der gewaltigen Preisherabsetzungen!

ca. 3000 Meter Kleider - Crêpe u. Wollimitat	48
1 Posten Frottierwäsche prima Qualitäten Handtücher Stück von	65
1 Posten bestickte Bettwäsche aus pa. Linon, 1 Bezug und 1 Kissen bestickt Garnitur	775

1 großer Posten reinwoll. Kleiderstoffe doppeltweit Mtr.	130
1 großer Posten reinwoll. Foulé-Keros m. passendem und ... Mtr.	175
1 großer Posten Mantel-Rips reine Wolle, 130 cm breit, viele Farben Mtr.	480

ca. 4000 Meter Kleiderselde bestehend aus kunstseidenem Chines, Drucks und Paonnes ... Mtr.	95
1 Posten Sammet - Reste nur prima Qualität, Linden und Mengen, in schwarz und insig Mtr.	295
1 großer Posten Crêpe de Chine reine Selde, ca. 100 cm breit, im größten Farben sortiment ... Mtr.	350

1 großer Posten Kostümstoffe ca. 140 cm breit Mtr.	160
1 großer Posten Sport-Anzug- Stoffe ca. 145 cm breit Mtr.	290
1 Posten Kammgarn- Anzugstoffe ca. 140 cm breit Mtr.	865

Leipziger Textil-Gesellschaft

M. b. H.

BRÜHL 21

Kulturelle Machtpolitik

Die sozialistische Bildungsarbeit im und am Proletariat hat im Laufe der letzten fünf bis zehn Jahre einen — verglichen mit der Kriegszeit — geradezu ungeheuren Ausbau genommen, und Probleme, über die man sich früher kaum den Kopf zerbrach, stehen heute im Mittelpunkt des Interesses und werden allseitig diskutiert. Kulturpolitische Fragen spielen dabei eine besonders große Rolle, weil sie bislang ungewöhnlich arg vernachlässigt wurden, und zumal die der psychologischen Beeinflussung der Massen weit mit die meiste Aufmerksamkeit; sie ist freilich auch für jede Bewegung eine Lebensfrage im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Referat, das die Genossin Anna Siemens in der gestern im Zentraltheater stattgefundenen öffentlichen Versammlung der SPD hielt, behandelte hauptsächlich die kulturpolitischen Waffen und Methoden, die die herrschende Klasse benutzt, um das Proletariat geistig niederzuhalten und von seinen dringendsten Aufgaben abzulenken. Genossin Siemens führte etwa aus:

Einst vor Jahrtausenden, ließen die Herrscher Agyptien und anderer Erdreiche ihre Untertanen durch Wassergewalt zur Arbeit zwängen; große Scharen von Außenseitern, hinter denen verhältnismäßig gewaltige Armeen von Soldaten standen, trieben die Sklavenmassen mit Peitsche und Stock an. Werk und rießige Booten legen noch heute verdotes Zeugnis ab von der Macht der Pharaonen und dem Elend der Untertanen. Doch diese Methode des direkten physischen Zwanges erwies sich gar bald als recht kostspielig und unsicher, weshalb man dazu überging, den König als Gott, als eigentlichen Besitzer allerirdischen Güter, hinzustellen, dem zu dienen und zu gehorchen höchste Ehre und daneben auch Notwendigkeit sei, wenn man sich vor Schaden bewahren wolle. Absonderung des Pharaos vom Volke, geheimnisvolles und umständliches Jeremoniell, ungeheure Tempelbauten und Tausende von wuchtigen Denkmälern zwangen die unwilligen Massen die nötige Achtung ab und brachten ihnen die Überzeugung bei, daß sie diesem Gott gegenüber tatsächlich ein Nichts waren, daß vor solter Macht nur unabdingbare Erfurcht und stille Gehorhm angebracht erschienen könnten. Nicht mehr Knute und Speer veranlaßte sie dazu, sondern ihr Glaube, ihre Religion.

Heute können sich Kaiser und Könige oder gar simple Milliardäre nicht mehr für Götter ausgeben. Das besagt jedoch durchaus nicht, daß sie auf dieses Mittel, die Massen zu beeinflussen, verzichtet hätten; sie haben es nur immer billiger gewollt, suchen mit anderen Methoden den Glauben an das Uebermenschliche und an die Schicksalsbestimmtheit der Menschen aufrechtzuerhalten. Wenn zum Beispiel im ausgehenden achtzehnten Jahrhundert das „Wunder“ von Konnersreuth passiert wäre, würden sich die Gehilfen aller Länder und sämtliche Zeitungen wie ein Mann gegen die Verklärung am Geiste der Aussäumung gewandt haben. Heute aber, im Zeitalter der Elektroität und des Weltverkehrs, entlädt die große Presse selbst der protestantischen Kirche in spaltenslangen Artikeln, daß es doch noch allerhand Rätsel

auf Erden gebe, und doch die Sache gar nicht so ohne wäre... Das führt daher, daß sich die herrschende Klasse jetzt in der Defensive befindet, wobei ihr jedes Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Macht reicht. Noch hat sie zwar auch Tanks, Maschinengewehre und Gasbomben, doch vermag man die leider nicht anzuwenden, ohne gleichzeitig alle Produktion stillzulegen und damit das Profitmachen zu verunmöglichern.

In allen Buchhandlungen sind Biographien von Männern zu haben, die „es zu etwas gebracht haben“ — zum Beispiel: Ford, Reichenbach u. a., und in jedem Volksschullehrbuch finden sich Geschichten, die erzählen, wie Krupp mit fünf Gesellen oder Borsig mit drei Tafeln angefangen haben und trotzdem Großindustrielle und Milliardäre geworden seien. Sie alle sollen in dem sie lebenden Arbeiter, Angestellten und Beamten den Gedanken wecken, daß er auch durch Sparfamilie, Altlernheit usw. etwas Großes werden könne. In gleicher Weise erzeugen die Filme soziale Illusionen und auch die ganzartige Romanliteratur des Courths-Maler und ähnlicher Geistesleute steht ihnen an Wirkung nicht nach.

Die Produktionsmittel sind der heutigen Gesellschaft längst über den Kopf gewachsen, der Zwischenraum zwischen Wirkung und Wirkungsmöglichkeit der Industrie wird tagtäglich größer. Millionen von Menschen hungern, frieren und haben kein Obdach, doch ihr Bedarf kann nicht befriedigt werden; ja, sie haben nicht einmal Zeit, über ihn ernstlich nachzudenken, da andere, drängendere Probleme der Lösung hartnäckig sind: Wer wohl die elegante Frau der Welt oder der lächelnde Boxer Europas sein mag, und dergleichen mehr. Mit lausenderlei Dingen dieser Art lebt die bürgerliche Illustrierte wie nicht illustrierte Presse die Massen des Proletariats von ihren Aufgaben ab, und zwar mit nur zu gutem Erfolg.

Die derzeitige Reichsregierung hat sich auf kulturpolitisches Gebiet ganz besonders energisch betätigt; es sei nur an das Gesetz zum Schuh der Jugend von Schund und Schmutz, an die Errichtung der verschiedenen Filmpräsentationen, an die Zensur der literarischen Produktion usw. erinnert. Zur Zeit ist sie triumphalistisch bemüht, zwei neue Weiler für die Macht der herrschenden Klasse zu errichten, bevor der Reichstag verschwindet: das Schul- und das Strafsech. Der Kampf um die Schule ist, zumal für das Zentrum, aber auch für die übrigen bürgerlichen Parteien eine Lebensfrage, und sogar die Protestantin fühlt geneigt, die Wünsche des Zentrums zu erfüllen; in kulturpolitischen Angelegenheiten sind sie doch trotz aller Gegenseitigkeiten einig, und auch die Frage, ob rechts oder links, spielt dabei, wie der Phoebus-Standart zeigt, keine Rolle.

Noch vor wenigen Jahrzehnten hat die Bourgeoisie den nackten Gewaltstandpunkt vertreten und beispielweise in den neuzeitlichen Jahren im Reichstage erklärt, daß nur „die konfessionelle Schule mit der Pest des Sozialismus fertigwerden könne“. Heute ist sie vorsichtiger, aber nicht weniger bestrebt, ihre Wünsche durchzusetzen; mit allen Mitteln — Presse, Radio, Kino — propagiert sie ihre Klasseninteressen, oft in einer Form, die sie den Massen als durchaus objektive Meinungsäußerung erscheinen läßt. Das Proletariat hat sich jeden Einfluss auf diese wichtigen Reklamemöglichkeiten, die auch den stumpfsten, unpolitischsten Menschen erfassen, entgehen lassen, und muß nun erst sehen, wie es dieses Manövren nachträglich wieder ausgleichen kann. Dass unser Sache so gut und klar

ist, daß sie jeder begreifen müßte, hat nichts zu besagen gegenüber dem Umstand, daß die Massen uns ja nicht hören.

Das Reichschulgesetz wird sicher Wirklichkeit werden und damit zwar die Schule zerstören, gleichzeitig aber die Möglichkeit schaffen, die Arbeiterkinder mehr in unserm Sinne zu erziehen, als das bisher möglich war. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, sind sicher nicht ärger als die, die in den schwierigen Jahren der Propagierung des Sozialismus zu überwinden waren. Die Kinder werden häufig mit allen Mitteln moderner Pädagogik für bestimmte Partizipationsziele beeinflußt werden und die Arbeiterklasse muss mit der gleichen Energie bestrebt sein, ihren eigenen Nachwuchs in ihrem Geiste und für ihre Zwecke zu schulen. Nur durch machtbewußte und machtgewillte Menschen kann dem Gegner die gefährliche Waffe entrissen und er niedergesungen werden; der Grad und die Geschwindigkeit dieses Kampfes hängt in hohem Maße vom organisierten Proletariat selbst ab.

Genossin Siemens schloß mit dem Wunsch, daß auch für die letzteren der Marsch durch die Wüste bereits hinter ihnen liegen und sie das gelobte Land des Sozialismus nicht nur von ferne sehen, sondern auch erreichen möchten. Die Versammelten waren durch die Ausführungen der Rednerin stärklich geschockt. Kein Wunder! Hatte sie doch an Problemen der Bildungsarbeit gerüttelt, die bringend der Lösung bedürfen, zu deren Lösung sich aber auch der Wille des Proletariats immer mehr konzentriert und, was nicht minder wichtig ist, deren Lösungsmöglichkeit immer näher rückt. Klar und eindringlich wurde den Anwesenden ins Bewußtsein gehoben, eine wie starke Förderung dem Klassenkampfe des Proletariats auch von dieser Seite aus gebracht werden kann. R. H.

Der Unternehmer als Brandstifter

Ein schweres Unglück verhindert

WTB Kiel, 19. Januar.

Zu der Maschinenbauanstalt und Automobil-Reparaturwerkstatt der Firma Emil Schulz u. Co. in Kiel, Deliusstraße, brach gestern abend Feuer aus, das durch das talkräftige Eindringen der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Drei Automobile sind trotzdem fast vollständig zerstört. Wie die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergaben, liegt Brandstiftung vor. Unter einem der Automobile waren brennende Weihnachtskerzen aufgestellt worden. Alle Kontore und Arbeitsräume waren mit einer mehrere Zentimeter hohen Öl- und Benzinschicht bedeckt. Mit Benzin getränkte Baumwollwolle sollte das Feuer durch alle Räume leiten. Zwei Fässer mit insgesamt zwei Zentner Kardboden waren angebracht worden, um den Flammen Zutritt zu gewähren. Eine Explosion dieser riesigen Menge hätte genügt, um ein unmittelbar daneben liegendes Wohnhaus vollkommen in Trümmer zu legen. Die vier Inhaber der Firma wurden vorläufig festgenommen, doch scheint für die Tat nur einer von ihnen in Betracht zu kommen. Die dort beschäftigten Arbeiter sind brotlos geworden.

Qualität und Preis

sind ausschlaggebend bei Ihrem Einkauf. Auch Sie sollten sich unsere Qualitäts-Konfektion zu unseren überwältigend billigen Preisen ansehen!

Mäntel

Damen-Mäntel aus Velour de laine, Rücken ganz mit Biesen gestoppt	1475
Damen-Mäntel aus gutem Woll-Eskimo, halbschwer, das ganze Jahr hindurch zu tragen	1875
Damen-Mäntel aus Velour de laine, mit Fellplüscher Schal und Manschetten	2975
Damen-Mäntel aus Velour de laine, mit Elektric-Kanin, Bubi-Kragen und reicher Stepperei	3575

Schotten-Zibeline-Falten-Röcke	350	Velour de laine-Röcke	475
--------------------------------	-----	-----------------------	-----

Kleider

Reinwoll. Kleider Kasak-Form, aus unifarbigem Popeline, mit Tressenblende am Kragen	675
Reinwoll. Kleider teils mit Faltenrock u. Bordüre, teils Jumperformen, offen u. geschl. zu tragen	1175
Kasha-Kleider teils Ton in Ton Schotten, teils Kasak-Formen mit Blenden-Abschluß	1350
Jersey-Trikot-Kleider teils zweiteilig, teils im ganzen geschnitten, modernste Farben, neueste Machart	1975

Reinseid. weiße Crêpe de Chine-Blusen

mit Stülchen u. Hohlsaum	1175	mit Falten-Spitze	1275
--------------------------	------	-------------------	------

Leipziger Textil-Gesellschaft m. b. H. Brühl 21

Frisch-Fleisch

von nur-Schlachtvieh 1. Klasse.

Prima Ochsenfleisch	Schweinefleisch
Kochfleisch Pf. 1.15	Bauch Pf. 85,-
Auerrippe Pf. 1.20	Koepfe Pf. 95,-
Hohne Rippe Pf. 1.25	Kamm Pf. 1.10
Bratenfleisch K.F. . . . Pf. 1.35	Ko. eintaten Pf. 1.20
Rouladen Pf. 1.45	Gehacktes Pf. 1.10
Gulasch Pf. 1.20	Schmeere Pf. 90,-
Lende Pf. 1.80	Rueckenfett Pf. 75,-
Roastbeef Pf. 2.00	Kiebeln Pf. 78,-
Zunge Pf. 1.20	Koepfe Pf. 45,-
Gehacktes Pf. 1.20	Schmeerfett Pf. 1.15
Pa. Kalb- und Lamm-Fleisch	
Pfefferfleisch Pfund 1.00	Nierenbraten Pfund 1.35
Brust Pfund 1.20	Wickelbraten Pfund 1.30
Kamm Pfund 1.20	Maxen Pfund 85,-
Xeule Pfund 1.30	Schnitzel Pfund 2.40
Lamm-Keule Pfund 1.30	Lamm-Rücken Pfund 1.20
Lamm-Bauch Pfund 1.10	Lamm-Schulter Pf. 1.15

Jeden Dienstag aus frischen hiesigen Schlachtungen
Rindseleber, Kalbsleber, Flecke, Kalbsgekrose, Kopf-
fleisch, Kalbfüße, Schweinsköpfe, Dickebein zu den
jeweils niedrigsten Marknotierungen.

Vorzügliche Lebensmittel

Butter u. Käse

Allg. Molkerbutter	1 Pf. 66,-
Würfel-Käppchen	1 Pf. 66,-
Allg. Käse, vollfett	1 Pf. 88,-
Holländ. Blockkäse	1 Pf. 88,-
Quadratkäse	1 Pf. nur 65,-
Holländ.-Camembert	1 Pf. nur 65,-
Leipz. Allgäuer Käse, vollfett 1 Pf. nur 1.28	
Allgäuer Stangenkäse	1 Pf. 65,-
Allgäuer Art.	1 Pf. 75,-
Emmenthaler o. Rinde, stetig	Karton 85,-

Qualitäts-Konserven

Würfel-Karotten	1-Pf.-Dose 40,-
dem. Erben	1-Pf.-Dose 65,-
junge Erben	1-Pf.-Dose 65,-
dem. Gemüse	1-Pf.-Dose 65,-
Spätzle, dicht eingekocht	1-Pf.-Dose 95,-
Apfelmus mit Stein	1-Pf.-Dose 75,-
Apfelmus	1-Pf.-Dose 65,-
Birnen, ganze Frucht	2-Pf.-Dose 1.25,-
Stachelbeeren	2-Pf.-Dose 1.20,-

Konfitüren

Pflastersteine	1 Pfund 50,-
Brüder im Schokol.	1 Pfund 60,-
Splätzkekse	1 Pfund 60,-
Nürnberger Allerlei	1 Pfund 60,-
Lebkuchen-Oblaten	1 Pfund 60,-
Nürnberger Oblaten-Kuchen	Dose 2.45 1.75
Friedrichsdorf Zwieback 2 Pf. 25,-	
Vollmilch-Erdnuss-Schokolade	200 gr-Tafel 50,-
Vollmilch-Schok. u. 1 Zusammen-	
setzspiel, 3 Tafeln à 100 gr. . . . 1.00	

Fischwaren

Hochl. Bratheringe	1-Pf.-Dose 40,-
Hochl. Räucherheringe	1-Pf.-Dose 40,-
Hochl. Kronen-Sardinen	1-Pf.-Dose 40,-
Hochl. Salat	1-Pf.-Dose 40,-
Garnelen	1-Pf.-Dose 40,-
Spanner	1-Pf.-Dose 40,-
Mayonnaise	1-Pf.-Dose 40,-
Gehölzhasen	1-Pf.-Dose 40,-
Maischeringe	10 Stück nur 35,-

Bensdorfer Cacao	1 Pf. 95,-
Wiener Liptauer	4 Pfund 48,-

Apfelsinen	10 Stück 55,-
Apfelsinen, Reipiel	1 Pfund 35,-
Aranz.-Felsen	1 Pfund 35,-
Apfel-Felsen	1 Pfund 35,-
Myrrine-Felsen	1 Pfund 35,-
Amaretiner	1 Pfund 35,-
Marhols	1 Pfund 35,-
Frachmandeln	1 Pfund 35,-
Walnuskerne	1 Pfund 35,-

Räucher-Aal	1 Pfund nur 1.60
-------------	------------------

Fleischwaren

Delikatess-Sülze	1 Pf. 20,-
Teigsalat	1 Pf. 30,-
Schweinskopf in Gelee	1 Pf. 30,-
Gelebein in Gelee	1 Pf. 45,-
Huf- u. Leberwurst	1 Pf. 35,-
Leitwurst	1 Pf. 35,-
Bratwurst	1 Pf. 35,-
Snackwurst	1 Pf. 35,-
Ölmische	1 Pf. 35,-

Teewurst	1 Pf. 50,-
Gaufchleiß sch	1 Pf. 35,-
Schinken-Speck	1 Pf. 35,-
Zervelatwurst	1 Pf. 35,-
Huf- u. Leberwurst	1 Pf. nur 75,-
Carle Knackwurst	1 Pf. nur 75,-
Sardellen-Leberwurst	1 Pf. 40,-
Gek. Schinken	1 Pf. 85,-

Erdbeer-Himbeer-Johannbeer-	
Aufsatz mit Apfel-Marmelade	
Aprikosen-, Erdbeer-, Him-	1 Pf. Pf. 95,-
beer-Konfitüre	2 Pf. Pf. 95,-
Thun., Pfauenmus 2 Pf. Pf. 95,-	
Junil-Honig 8 Pfund 1.00 1 Pfund 35,-	
Apfelerkraut 1-Pfund-Dose 65,-	
Edel-Aufrüttich	1-Pfund-Glas 65,-

Räucher-Aal	1 Pfund nur 1.60
-------------	------------------

In allen übrigen Abteilungen

Jugendausverkauf

Sie wissen,
daß wir in fast allen
Abteilungen
große Leistungen
vollbringen.

Aus der Fülle des Materials greifen wir heute ganz besonders Konfektion, Putz und Wollwaren heraus.

Große Posten Wollwaren	
Damen-Pullovers	Kunstseide, platt, vorzüliche Farben 4.90
Damen-Sportwesten	mit Kunstseide, platt, viele Farben 4.90
Damen-Lumberjack	rot-blau, blau-rot 7.90
Damen-Pullover	Bulgarenmuster 8.90
Herren-Pullover	kräftige Qualitäten, in schwarz 7.90
Damen-Strickkleider	Lumberjack, Rock 9.75
Damen-Strickkleider	bessere Qualitäten, in schwarz 11.75
Kinder-Pullover	Größe 40 3.50 3.50 3.50 3.50

Große Posten Konfektion

Plisseerock 3.00 Kashakleid 8.00

3.90 Tanzkleid 9.00

10.00 Nachmittagskleid 17.50

29.00 Damen-Mäntel 15.00

5.50 Damen-Mäntel 29.00

Große Posten Damen-Hüte

Hüte unsortiert, in Velvet, Slikina, Stroh usw. 75,-

95,- Sledenhüte

Komp. Hüte 1.90

Trotteurs 2.90

Velourhüte 3.90

Filzhüte 5.90

Samthüte 4.90

KAUFHAUS BRÜHL



Es bleibt zunächst mild

Im weitaus größten Teil des mittleren Europa ist die Witterung während der vergangenen Woche erwartungsgemäß mild geblieben. Temperaturen von 6 bis 8 Grad Celsius bildeten, vom norddeutschen Küstengebiet und dem deutschen Nordosten abgesehen, lagsüber die Regel; in Süddeutschland wurden zu Beginn der Woche stellenweise sogar 9 bis 10 Grad Celsius erreicht. Selbst die Nächte waren in den genannten Gebieten frostfrei, und lediglich nordöstlich der Oder kam es um die Mitte der Woche zu leichten, nordöstlich der Weichsel zu mäßigen Fräsen.

Dieser von Skandinavien aus erfolgte Kaltluftstrahlung bildete die einzige bemerkenswerte Erscheinung in der Witterung der vergangenen Woche. Er nahm seinen Ausgang schon vor acht Tagen aus dem Raum von Grönland, woher kalte Luft südwärts über das Nordmeer vordrang, während sich gleichzeitig über der skandinavischen Halbinsel auf der südlichen Rückseite einer nach Nordrußland gezogenen Depression ein Rüttelhoch aufbaute. In Mittelschweden war infolgedessen schon am vergangenen Sonntag das Quellsilber bis auf 24 Grad unter Null gesunken, und Mittwoch hatte sich dort der Frost bis zu -34 Grad Celsius verschärft, wobei der Luftdruck 777 Millimeter Höhe überschritten. Dieses Hoch erstreckte sich südwärts bis nach dem Innern Russlands, wurde aber sowohl an seiner Nordseite wie an der Westseite durch neue Zyklogen schon wieder abgebaut; insbesondere war durch ein Tief aus dem Eismeer die Kaltluftzufluss aus der Polarregion schon wieder abgeriegelt. Die warmen Westwinde, auf der Südseite der Eismeerkyclone hatten in Lappland rasche Wiederwärmung zur Folge, so daß am Nordkap da Thermometer über Null lag, auf Spitzbergen Mittwoch nur drei Grad Kälte herrschten, während gleichzeitig im skandinavischen Gebiete 34 bis 35 Grad unter null verzeichnet wurden. Das skandinavische Hochdruckgebiet ließ zwar die letzte, Sonntag wesentlich von Schottland herkommende Sturmzyklone nicht wie ihre Vorgängerinnen nordostwärts weiterziehen, sondern drängte sie in südöstlicher Richtung, über die deutsche Bucht auf das Festland ab, wo sie unter Verstärkung allmählich ihre Wirkung einbüßte, worauf sie in Gestalt kleiner Rektwirbel durch Polen und Ungarn die Bahn nach dem Schwarzen Meer einschlug; eine ernsthafte Gefahr der Überflutung ganz Mitteleuropas durch die skandinavische Kaltluftmasse bestand aber nie, da auf dem Atlantik eine neue tiefe Depression vorhanden war, die dauernd Warmluftmassen zu uns transportierte. Die neue Zykloide um ein Sturmzentrum unter 715 Millimeter Tiefe, das Mittwoch an der Südspitze von Grönland lag und sich von hier aus Island näherte. Ein gegen die Britischen Inseln vorgeschobener Randwirbel griff südwärts bis zur Bascaya-See vor; die Warmluft auf seiner Vorderseite ließ in Westfrankreich die Temperaturen bis zu 14 Grad Wärme steigen. Sie wird bis zum Beginn der Woche soweit ostwärts vorgedrungen sein, daß sie auch in Ostpreußen noch Schneefällen bis dahin dem Frost wieder ein Ende gemacht haben wird. Ein weiterer Wirbel der neuen Zykloidenfamilie, der Mittwoch noch auf der amerikanischen Seite des Atlantik lag, wird zu Beginn der Woche gleichfalls die europäischen Küsten erreicht haben und die Fortdauer des milden Westwetters zumindest noch einige Tage gewährleisten. Allerdings drängt hinter dem so genannten Wirbel aus dem hohen Norden der Neuen Welt Kaltluft vor, und sofern diese die nordatlantische Zyklonentätigkeit ausnahmsweise abschließen sollte, kann sie in der zweiten Hälfte der Woche auch in Europa zur Ausbildung einer neuen Frostperiode führen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen ist aber im Augenblick noch nicht groß.

Aufwertung von Konsumvereinsparkassen. Guthaben

Das Oberlandesgericht Dresden hat in einer Entscheidung vom 22. September 1927 (veröffentlicht im Sächsischen Justizministerialblatt 1927, S. 143) zu der Frage Stellung genommen, ob die von dem Angestellten eines Konsumvereins bei der Sparkasse dieses Vereins eingezahlten Beträge der Aufwertung nach § 65 des Aufwertungsgesetzes unterliegen. § 65 bestimmt, daß Ansprüche aus einem Kontodorrent oder einer anderen laufenden Rechnung, einschließlich der Ansprüche aus dem Postcheckverkehr, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch Hypothek gestellt sind, unbedacht anderweitiger Berechnungen nicht aufgewertet werden, es sei denn, daß es sich um eine Einlage des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber oder um Ansprüche der im § 63 Abs. 2 bezeichneten Art handelt (also Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen, Gutsüberlassungsverträgen, Gebäudeinstandhaltungsverhältnissen, Unterhaltsansprüchen, Rentenansprüchen aus Gründen von Abfindungen, Auslandserlösen oder Überlassungen, Gebäudewünschen, Gütabenansprüchen bei Fabrik- oder Werksparkassen und Ansprüchen an Betriebspensionskassen). Bei dem vom Oberlandesgericht behandelten Falle handelt es sich um die Aufwertung eines Anspruches, der der Klägerin gegen den beklagten Konsumverein zu stande kam. Grund der Tatsache, daß ihr im September 1927 verstorben Mann von 1899 bis Mitte August 1924 Lagerhalter bei der Beklagten gewesen war und bei Austritt seiner Stellung eine Sicherheit in Höhe von 500 Mark dar geleistet hatte, deren Rückzahlung und Aufwertung sie jetzt als Ersatz verlangte. Die 500 Mark Sicherheit waren auf ein Sparkassenbuch der Konsumvereinsparkasse eingezahlt worden und das Sparkassenbuch war bei der Beklagten hinterlegt worden, damit diese an der Sparkasseneinlage ein Pfandrecht erwerbe. Da die Konsumvereinsparkassen unmittelbar keine öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen sind, sind die Vorschriften des 7. Abschnitts des Aufwertungsgesetzes über die Aufwertung von Sparkassenguthaben nicht anwendbar. Aber auch die Vorschriften des § 64 des Aufwertungsgesetzes über die Aufwertung bei Fabrik- und Werksparkassen und bei Betriebspensionskassen sind unanwendbar, weil nach der Sparkassenordnung des Konsumvereins alle Mitglieder des Konsumvereins und nicht nur dessen Arbeitnehmer zur Benutzung der Spareinrichtungen berechtigt sind. Auch die Vorschriften des § 66 über die Aufwertung von Bankguthaben sind nicht anwendbar, da der Geschäftsbetrieb des beklagten Konsumvereins nicht der Aufzehrung und Darleistung von Geld dient. Dagegen sei die Spareinlage des Lagerhalters möglicherweise durch eine Anzahl verschiedener Einzahlungen kleinere Beträge entstanden, vielleicht auch durch Abhebungen gemindert worden und es sei über sie in zeitlichen Zwischenräumen (etwa am Jahresabschluß) abgerechnet worden; dann handle es sich um einen Anspruch aus laufen-

der Rechnung, der nach § 65 des Aufwertungsgesetzes aufzuwerten sei, da es sich hier um eine Einlage des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber handle. Es komme also ganz auf die Verhältnisse des einzelnen Falles an, ob eine Aufwertung vorzunehmen sei oder nicht.

Mathilde guckt in den Mond

Alle ehemaligen Frontkämpfer, die während eines vierjährigen Krieges vergebens gehofft haben, ihren Feldherrn Ludendorff inmitten des Schlachtfeldes begrüßen zu können, werden demnächst Gelegenheit haben, ihm ihre Bewunderung für sein Durchhaltegenie im Gesicht zu sagen. Ludendorff ist am 26. Januar im Zoologischen Garten zu sehen, allerdings gegen ziemlich hohen Eintrittspreis. Dauerarten und Vorzugskarten des WZG haben keine Gültigkeit. In der gleichen Vorstellung wird seine neue Gemahlin, Frau Dr. Mathilde Ludendorff, auftreten, und beide werden das verehrliche Publikum mit je einem Vortrage erfreuen. Da beide Herrschaffen über eine ziemliche Übung im Entzücken der Geheimnisse von Juden, Freimaurern, roten Dolchköpfen usw. verfügen und ihre Darbietungen auch anderwärts den Besuch des verwöhnten Kaiserpublikums gefunden haben, ist nach dem Urteil von Leuten, die selbst bei dem berühmten Clown-Trio der Fratellini nur bläster lächerlich, ein unterhaltsamer Abend zu erwarten.

Wir halten auch in diesem Falle an dem Brauche fest, internationale Spezialitäten unsern Besuchern ausführlich vorzustellen. Über Herrn Ludendorff sind nicht viel Worte zu verlieren. Er ist, wie er selbst wahrheitsliebend angibt, ein großer Feldherr und Sieger im Weltkriege, außerdem als ehemaliger kaiserlicher General



Drei Budenmat und Hildendorff

der pünktliche Abheber einer republikanischen Pension, an der zwölf gewöhnliche Arbeiter zu stemmen hätten. Herr Ludendorff stemmt sie spielend allein.

Über Frau Ludendorff ist zwar dem pp. Publiko bisher wenig bekannt, doch wird sie nicht versiehen, zur Unterhaltung bestens befähigt. Sie trägt nicht nur vor, sondern stellt auch Schrift. Bei dieser Doppelsättigung hat sie sich gestellt, daß der Volksschule, der arische Mensch (wie der Bühnenausdruck lautet), böse Feinde hat. Mathilde Ludendorff hat diese Feinde „Mondnatur“ genannt. Wie der Mond der Erde immer nur eine Seite zuwende, so wenden nach Frau Mathildes tiefdrückender Erfahrung auch die Mondnatur der Deutschenheit stets nur eine Seite zu.

Den Ursachen kennt sie. Es kommt ihr aber darauf an, die Kehrseite der Mondnatur kennenzulernen, sozusagen tief in den Mond zu gucken. Darum hat sie in Gemeinschaft mit ihrem Gatten eine „Drehscheibe“ erfunden, auf die der Mondmensch gestellt wird. Kurzest man diese Drehscheibe herum, so ist es der Mondnatur nicht mehr möglich, die vielleicht blonde Kehrseite zu verborgen, und Ludendorff hat die Gelegenheit, diese Kehrseite eingehend zu untersuchen. Sie tun das und fordern auch das Publikum auf, unerschrocken sich zu beteiligen. Frau Mathilde Ludendorff kleidet das in folgendem Aufruf:

„Kommt alle an die Kurbel der Drehscheibe, deren Namen Aufklärungsarbeit heißt. Dreht unermüdblich, dreht nicht zu hastig und zu heftig, damit es dem deutschen Volke nicht vor den Augen flimmert, dreht langsam und stetig, damit das Volk die Kehrseite klar erkennt, so klar wie das ganze Mondgesicht. Diese Kehrseite muß jeder vor dem Kampf kennen, denn durch sie wird für alle Zukunft Jude, Jesuit und Freimaurer eine historische Unmöglichkeit, denn Mondnatur können nur solange täuschen und herrschen, als es nicht gelingt, sie auf die Drehscheide zu sehen.“

Man kann nach dem Gesagten der selten Überzeugung sein, daß es niemand gibt, der in der Untersuchung menschlicher Kehrseiten (Weisse ausgeschlossen) eine solche Uebung besitzt wie Frau Mathilde Ludendorff. Ein Phänomen, das seinesgleichen sucht. Keiner, der den Eintrittspreis zum Zoologischen Garten erzwingen will, sollte darum versäumen, diese wirklich seltene Abendunterhaltung zu besuchen. Um etwaigen Anfragen vorzubeugen, sei jetzt schon erwähnt, daß Herr Ludendorff während seines Vertragsabspiels nicht die historische blonde Brille tragen wird, mit der er noch vollbracht hat Sieg in Schweden reiste. Sein blaues, arisches Auge wird tapfer und kegreisch selbst etwa anwanden Judentum entgegenstrahlen, lassen sie sich im Besitz einer rechtmäßigen gelösten Eintrittskarte befinden. Hannes.

Ein bedenkliches Urteil

Vom Zentralverband der Arbeiterversicherung wird uns geschrieben: Am 17. Dezember 1927 fand der Termin in der Sache W. gegen die Deutsche Reichspost statt. Der Kläger wurde abgewiesen. Es wurden ihm 500 Mark Kosten angelegt. Der Sachverhalt ist folgender:

W. war vom Juni 1921 bis mit 5. November 1925 als Postauschreiber tätig. Während seines Dienstes hat sich W. angeblich eine Mittelohrverschmutzung zugezogen. Einen Antrag auf Unfallrente stellte aber W. nicht, weil er glaubte, Postbeamter zu werden. Nachdem W. einsehen mußte, daß seine Aussicht auf diesen Posten

war, denn man verwendete ihn nicht einmal mehr als Auschreiber, stellte er den Antrag auf Unfallrente. Dieser wurde abgelehnt, weil Versicherung vorlag. Bei der Verhandlung wegen der Unfallrente vom Leipziger Oberverfahreneramt erklärte der Vertreter der Post, daß er sich für die Einstellung Ws verantworten wolle. W. zog daraus die Folgerung, daß ihm die Einstellung verboten worden sei. Nachdem die Einstellung aber nicht erfolgte, stellte er auf Schadensertrag. Das Arbeitsgericht behandelte die Angelegenheit. Die Klage wurde abgewiesen und es wiede sich darüber auch kein Mensch erregen, aber die Auslegung von 500 Mark Kosten kann unter keinen Umständen als eine „soziale“ Beurteilung aufgefaßt werden. Da er seit dem 5. November 1925 erwerblos ist und Frau und Kind hat, ist es ihm natürlich vollständig unmöglich, derartige Kosten aufzubringen, wenn er Frau und Kind nicht noch mehr Not leiden lassen will.

Es liegt sicher unglaublich, daß aus einem so einfachen Prozeßverfahren vor Sozialgerichten so normale Kosten entstehen können. Mit solchen Kosten zu operieren heißt doch einfach, die Arbeiter davon abzuschrecken, ihre vermeintliche Recht sich zu erläutern. Zu einer Stärkung des Vertrauens der rechtschaffenden Arbeiter zu den hier einschlägigen Gerichten kann das keineswegs führen.

Konkurrenzkampf der Brüder in Christo

Klingt da ein wohlbelebter Herr an unserer Wohnungstür und überreicht uns ein Exemplar des „Johanniboten“, Mitteilungsblatt der Johanniskirche. Der Herr deutet extra, daß das Blättchen nichts kostet. Über solche Uneigennützigkeit gerührt, nehmen wir den „Boten“ und lesen ihn. Da findet sich eine Notiz, deren Schlüssele wert sind, herausgehoben zu werden. Es steht geschrieben:

„Achtung! Die Glieder der evangelischen Gemeinden werden gewarnt vor Sammlungen der katholischen Vinzentiusbrüder! In Häusern unserer Stadt sammeln diese für ihre Arbeitsgebiete. Wollen evangelische Christen ihre Gaben nicht lieber den mannsfältigen, zum Teil schwer ringenden Unternehmungen evangelischer Liebestätigkeit aufzuführen, statt einer katholischen Organisation? Daher: Prüfen die Geister, auch wenn man um Liebesgaben bittet!“

Die liebe Konkurrenz herrscht also auch in dem Geschäftsbetrieb der kirchlichen Brüder. Da ist es zwischen den Geschlechtern und Geschöpfen aus mit der Liebe in Christo. Den Schlüssel aber mögen sich alle Arbeiter und vor allem alle Arbeiterfrauen merken. Wie oft werden an den Wohnungstüren die Brüder und Sammler aller möglichen heiliger und allerheiligsten Selen und Vereine angeboten, sehr oft nicht ohne Erfolg. Halten die Taschen zu! Jeder gegebene Groschen stärkt den Gegner in seinem Kampfe gegen Auflösung und Fortschritt und wird zur Waffe gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft.“

Neues von der Volksfürsorge

Im Laufe der letzten Tage hatte die Leipziger Rechnungsstelle der Volksfürsorge, wie uns von dieser geschrieben wird, wieder zwei interessante Fälle zu regulieren.

Der Arbeiter Max Uhligsch in Bönnigkow hatte sich im Betriebe eine leichte Verletzung zugezogen, die er anfangs gar nicht weiter beachtete. Die Sache verschlimmerte sich aber und Uhligsch starb am 28. November an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Obwohl bis zum Eintritt des Todes erst 8.—Mark Prämie bezahlt waren, wurde der Witwe durch die Volksfürsorge jetzt die doppelte tarifmäßige Versicherungssumme mit 468.—Mark ausbezahlt.

Der Arbeiter Martin Reinhardt in Trebsen erlitt am 7. Januar im Betriebe einen schweren Unfall mit Schädelbruch und sonstigen Verletzungen. Reinhardt starb noch am selben Tage. Der Verstorbene hatte sich ab 1. April 1927 mit einer Monatsprämie von 2.—Mark und einer Versicherungssumme von 524.—Mark versichert. Reinhardt hatte bis zum Eintritt seines Todes 20.—Mark Prämie bezahlt. Seine Witwe erhält jetzt von der Volksfürsorge, die bei Tod durch Unfall die doppelte Versicherungssumme gewährt, die Summe von 1048.—Mark ausbezahlt.

Die Unfallgefahr ist weit größer, als sie für gewöhnlich eingeschätzt wird und da dieser Gefahr gerade der Arbeiter ganz besonders ausgeföhrt ist, sollte kein Arbeiter und keine Arbeiterin versäumen, seinen Angehörigen gegen die schlimmsten Folgen solcher Unfälle durch eine gute Versicherung bei der Volksfürsorge zu versichern. Nähere Auskunft über die Volksfürsorge bekommt jeder Mann durch die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Leipzig, Zeitzer Straße 82, Zimmer 122.

Die Kunst des Liebesverleihs. Über dieses Thema spricht am Sonntag, 22. Januar, 20 Uhr, im Städtischen Kaufhaus der bekannte Berliner Genosse Dr. Max Hobann. Eine Broschüre Hobanns, die das gleiche Thema behandelt, ist in 100 000 Exemplaren verbreitet, ein Beweis dafür, daß Hobann ein Problem anschnürt, das bei allen denen ein ganz besonderes Interesse steht, die auf gesetzlichem Gebiete aller Präderie und Heuchelei fern sind.

In einer Morgenfeier am gleichen Tage, 22. Januar, im Städtischen Kaufhaus der bekannte Berliner Genosse Dr. Max Hobann. Eine Broschüre Hobanns, die das gleiche Thema behandelt, ist in 100 000 Exemplaren verbreitet, ein Beweis dafür, daß Hobann ein Problem anschnürt, das bei allen denen ein ganz besonderes Interesse steht, die auf gesetzlichem Gebiete aller Präderie und Heuchelei fern sind.

In den Handelsbörsen spricht Hobann über das Thema „Sexualmoral“, das die Besucher des Abendvortrags besonders interessieren dürfte. Die Feier wird durch musikalische Darbietungen umrahmt (Violin: Konzertmeister Leo Schwartz). Der Eintritt zur Morgenfeier ist kostenlos. Die Eintrittspreise für das Kaufhaus sind: 1 Mk für Unterricht, 1,50 Mk für Nichtanerichter, 50 Pf. für Jugendliche und Erwerbslose.

Bolshojschule. Vom Volksbildungsaamt wird mitgeteilt: Der erste Musikalische Abend der Bolshojschule findet am Sonnabend, dem 21. Januar, im Foyer des Neuen Rathauses statt.

Leitung: Dr. Hans Wilmarens (Violon). Mitwirkende: Lotte Mäder-Wohlgemuth (Gesang), Hanna Arens (Klarinet), Eva Klemel (Cello), Klugel: Julius Bühlner. Es kommen Werke von Schubert und Brahms zur Ausführung. Der Eintritt ist frei. Beginn 8 Uhr abends.

Festspielhaus der Freibank. Sonnabend: Freibank I, 2001—5000, 1—1500, Freibank II, 2501—4250, 1—1150. Ab 11 Uhr, freier Verkauf.

Polizeimeldungen

Ein erfundener Erfinder. In einer hiesigen Automobilhandlung erschien am 14. Januar 1928 der 27 Jahre alte Kaufmann Helmut Krause aus Merseburg und kaufte einen Kraftwagen zum Preise von 18 000 Mark, den er am 18. Januar gegen Barzahlung abnehmen wollte. Bei den Kaufverhandlungen erzählte er, um seine Zahlungsfähigkeit nachzuweisen, daß er eine große Erfindung gemacht habe, für die ihm die englische Regierung 10 Millionen Pfund Sterling geboten habe. Auch stellte er mit einem Director der Leunawerke in Verbindung, der ihm bisher 120 000 Mark zur Verfügung gestellt habe. Die Erfindung bestreite einen neuartigen Motor. Die von der Automobilhandlung in der Zeit bis zum Abnahmetag des Kraftwagens eingezogenen Erklärungen ergaben, daß man es zweifellos mit einem Betrüger zu tun hatte. Bei seinem Wiederauftauchen in dem Geschäft übertrug man ihn der Polizei. Er bestreite, betrügerische Absichten gehabt zu haben. Für die Bezahlung des Kraftwagens käme ein Gewährsmann, den er nicht nennen möchte, in Frage. Diesem habe er eine prozentuale Bezahlung für die Erfindung einer Magnetraktfahrmaschine ausgeschert. Auch stelle er wegen der Bewertung der Erfindung mit 4 Gewährsmännern, die nicht genannt sein wollen, in Verbindung. Es muß ongenommen werden, daß durch ähnliche Betrugsmethoden des gestellten Personen noch mehrere Personen geschädigt worden sind. Sie werden gebeten, sich beim Kriminalamt zwecks Anzeigeerstattung zu melden.

Wo ruft die Pflicht?

Gemeindevertreter-Konferenz.

Arbeitsgemeinschaft Großstädteln (Gaußsch.-Dötsch., Marktlee-
berg, Böhmen, Jößigk, Brödel, Probstdeuben, Großdeuben, Gotsch-
witz, Großküdels, Stöhna, Zwönitz, Imnitz, Röschbar, Rüßen,
R.-Storitz, Löbischütz, Jeschwitz). Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr.
Spricht Gen. Flechner. Leipzig über Wohnungsbau und
Finanzen. Vollzähliger Besuch ist Pflicht.

Die Konferenz in Liebertwolkwitz wird auf den 5. Februar
verschoben.

Kunstforen.

Ostbezirk und äußerer Osten. Sonntag, den 22. Januar, 9 Uhr,
im Sophienlöckchen, Konradstraße 20: Wichtige Sitzung. (Berichte
und Neuauflagen.) Alles muss erscheinen.

Südbezirk. Dienstag, den 24. Januar, 20 Uhr im Gasthof
Probstdeuben.

Liebertwolkwitz. Sonntag, den 22. Januar, 10 Uhr, im Wil-
helminkirchen, wichtige Sitzung.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Heere.

Heute, Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Zi. 8, Volkshaus, Haupt-
versammlung. Vierbildvortrag Gen. Braun, Berichte, Wahlen.
Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Vorstandesamt. Heute abend müssen alle unver-
kaufte Karten für die Morgenfeier zu zulässigen werden. Später
ist die Rückgabe ausgeschlossen!

Niederlößnitz. Wir treffen uns am Sonntag, 22. Januar, um 11 Uhr, am Neuen
Theater (Feuerwache). Alle müssen erscheinen. Plätze sind reserviert.
Karten à 30 Pf. am Stellplatz. Für Finanzschwäche wird
nachgezahlt.

Jungsozialisten.

Zentrum. Heute abend 10.30 Uhr im Löpferheim, Vortrag des
Gen. Berenz „Soziale oder politische Demokratie.“

Schule.

Elternratsabende. Besuch mit den Kindern der Jugendweihe
die Ausstellung „Das junge Deutschland“. Karten zu 20 Pf. im
Sekretariat zu erhalten. Führungen mit Angabe des Tages und
der Zeit bitte gleichfalls dem Sekretariat mit melden.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Entwickl. Sonntag kommen alle Kinder von 10 Jahren nach
mittags 12 Uhr ins Heim, Blumenstraße, zu einer Aussprache.

Weselsk. Montag, 23. Januar, 20 Uhr, Helferabend. Natur-
hobbyverein: Gymnastik, Tanz, Theorie.

Südboden. Alle Helfer treffen sich am Sonnabend, 24. Januar, in
der Thonberger Bibliothek zur Helferstaltung. Kommt alle, wichtige
Beschlüsse.

Gruppe Früh Rühl trifft sich am Sonntag um 10 Uhr im
Neuen Theater.

Gruppe Ilse-Willy probt am Sonntag 10 Uhr im Heim,
Schubertstraße.

Medau. Der Aussprache-Abend der neuen Helfer kann am
Samstag nicht stattfinden: Heute zum Helferabend ins Volkshaus,
Samstag, 14.15 Uhr, lustigen Nachmittag im Paradies, Eintritt
frei.

Schönefeld. Montag, den 23. Januar, Helferstaltung im Heim.
Da Neuorganisation, ist es Pflicht aller, zu kommen. Ich möchte
alle Helfer kennenlernen. O hellelo.

UBJ.

Sprech- und Bewegungskor. Heute, 10.15 Uhr, wichtige
Probe für alle.

Mitglieder-Veranstaltungen

Tauza. Morgen Sonnabend, 19.30 Uhr, Jahres-Gene-
ralversammlung im „Reichskanzler“.

Strehla. Sonntag, den 22. Januar, 19.30 Uhr, im Gasthof
„Schwarzbach“, Jahres-Generalversammlung.

Entwickl. Heute Freitag, 8 Uhr, großer Filmabend, im Gele-
richtshof.

Morgen Sonnabend, beteiligen wir uns an der 25. Jahr-
feier in Wiederlößnitz. Abmarsch vom Markt um 7 Uhr. Anfang
8 Uhr, im neuen Gasthof Wiederlößnitz.

Nordbezirk. Der Ortsverein Wiederlößnitz begeht Sonnabend,
den 21. Januar, abends 20 Uhr, im Neuen Gasthof Wiederlößnitz
seine 25-Jahr-Feier. Die Parteigenossen und Genossen des Nord-
bezirks werden erfreut, die Wiederlößnitzer Parteigenossen durch ihren
Bev. zu unterstützen. Die Bezirksvertreter.

Thonberg Neudörfchen. Sonnabend, 20 Uhr, im Restaurant
Himmelsreich, Jahres-Generalversammlung.

Bähnen. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, bei Friedels:
Jahres-Generalversammlung.

Der Zentralverband der Angestellten führt gegenwärtig eine
Werbeaktion durch. Wir empfehlen unseren Lesern die zu diesem
Zwecke der heutigen Ausgabe der L. W. beigelegte Werbeblatt zu
eifrigem Studium und sofortiger Befolgung der darin enthaltenen
Aufforderung.

Herren-Winter-Joppen

Bisher M. 1275 bis 4200

Jetzt M. 975 bis 2900

Herren-Wind-Jacken

Bisher M. 750 bis 3900

Jetzt M. 400 bis 2800

Herren-Sport-Anzüge

Bisher M. 2900 bis 1100

Jetzt M. 1600 bis 7700

Herren-Gummil-Mäntel

Bisher M. 1930 bis 4900

Jetzt M. 1200 bis 3400

Herren-Ulster u. -Paletots

Herren-Anzüge

Herren-Hosen

Manch.-Leibchen-Hosen

Jetzt ... M. 2.50 bis 3.20

Manchester-Knie-Hosen

Jetzt ... M. 4.40 bis 5.40

Leipzig, Rospi. 1
Neben der Markthalle

Aus der Umgebung

Gegen einen Baum gefahren

Gegen einen Baum gefahren ist auf der von Leipzig nach Markt-
ansäßt führenden Staatsstraße ein mit zwei Personen besetzter
Kraftwagen. Durch den heftigen Aufprall wurde der Wagen sehr
stark beschädigt, während der Lenker desselben verletzt ausgefahren wurde. Der andere Insasse, die Frau des Schwerarbeiter, zog sich
eine Verletzung des Beines zu. Beide fanden Aufnahme in einem
Krankenhaus.

Wiederlößnitz. Ein Vierteljahrhundert sozial-
istische Arbeiterbewegung. Die Entwicklung der Arbeiterschaft
zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und ihre Organisierung
als Klasse im Dreieck füllt erst in den Anfang unseres Jahrhunderts.
Sozialistische, „bürgerliche“ Beschränktheit, proletarischer Kleinmu-
sik liegen die Bewegung erst spät reisen, die anderorts schon ein
Vierteljahrhundert hinter sich hatte. Wie schwer es der Arbeiterschaft
in Wiederlößnitz auch unter diesem Zeitpunkt noch gemacht
wurde, geht daraus hervor, dass die Gründungsversammlung in
Entwickl. im Restaurant „Zur Mühle“ abgehalten werden musste.
Zwei Gasthäuser und diverse andere Lokalitäten sahen es wohl gern,
wenn die Arbeiterschaft dort ihr Geh verzehrte, jedoch zu Organisati-
onszwecken wurden die Lokalitäten verworfen. Es war daher
eine Tat, als sich am 28. Dezember 1902 in der „Mühle“ 15 Männer
zusammenfanden, den damals genannten Arbeiterverein zu grün-
den, der sich im Jahre 1907 offiziell zur Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands bekannte. Einer der damaligen Mitgründer, Ge-
nossen Reinhold Bendix, begeht mit der Gründungsfeier zu-
gleich sein 25-jähriges Jubiläum in unentwegter Treue
als Parteifreiter, und wir haben ferner die Genehmigung, auch noch
eine Anzahl der anderen Mitgründer in unserer Kampffront und
in unserer Mitte verweilen zu sehen. Einige sind inzwischen ver-
storben oder durch das Völkermorden 1914/18 aus unserem Kreis
gerissen worden.

Wie notwendig die Gründung eines Arbeitervereins war, geht
aus den Erfolgen hervor, die in der Folgezeit gebucht werden konn-
ten. Schleußig. Stadtverordnetenversammlung. Die erste
Sitzung im neuen Jahre arbeitete durch Agitationstreben der KPD
und durch das Beitreten des Spähmachers Alfred Müller vom Ord-
nungsbloc zu einer Dauerlösung aus. Die Tribüne war überfüllt.
Der Vorsteher Gen. Schulze wiedergewählt in längeren Ausführungen
alle zur Ausführung gelangten größeren und wichtigen Projekte.
Als erster Vorsteher wurde mit den 3 Stimmen der KPD der
Genosse Schulze mit 10 Stimmen wiedergewählt. Der Stadtver-
ordnete Herrmann, Ordnungsbloc, erhielt 9 Stimmen. Mit diesen
9 Stimmen wurde er zum zweiten Vorsteher gewählt. Als Schrift-
führer wurde der Stadtverordnete Meyer, KPD, mit 11 Stimmen
gewählt. Ein Ordnungsblocler hat ihm seine 5 Stimme gegeben. Als Protokollführer wurde mit allen
10 Stimmen der Stadtverordnete Roland gewählt und zugleich vom
Bürgermeister verpflichtet. Sämtliche Kommissionen behalten in
der Hauptrichter ihre Zusammensetzung.

Genosse Behold hält in einer der letzten Sitzungen beantragt,
den Licht- und Kraftstrompreis um circa 11 Prozent zu senken. Diese
Senkung um 11 Prozent war gleichbedeutend mit der Summe, die
der Ordnungsbloc aus den Kassen der städtischen Werke zur Sen-
kung der Realsteuern verwenden wollte. Durch den abschließenden
Umbau des Elektrizitätswerkes vom Gleisstrom zum Dreistrom
entstehen alljährlich große Kosten. Bis zur Errichtung dieses Um-
baus soll von einer Heraufsetzung des Strompreises abgesehen werden.
— Die Übernahme von Bürgerschaften für die 2. Hypotheken
bezüglich der Neubauten der Siedler an der Gleiner Straße und
Umlegung eines Bürgerschaftssicherungsfonds wurde einstimmig ge-
nommen. — In den Sparstellenvorstand wurde der Stadtverordnete
Behold und der Genosse Behold gewählt. — Durch die Neuerte-
lung der Dienstbezüge der Staatsbeamten macht sich die Auflistung
einer neuen Befolgsordnung für die städtischen Beamten und
Angestellten notwendig. Genosse Böhm als Referent schlägt vor,
die vorliegende Vorlage, wonach der Stadtverordnetenversammlung
nach Auflistung durch Magistrat und Finanzkommission nur Kennt-
nis gegeben werden soll, abzulehnen. Zur Annahme empfahl er
einen Auftrag der Beamten und Angestellten, wonach in Gemein-
schaft mit der Vertretung des freien Beamtenbundes der Magistrat
und die Finanzkommission die Befolgsordnung aufstellen und
die Stadtverordnetenversammlung endgültig beschließen. Diesem An-
trag wird einstimmig zugestimmt.

Das Wohnungsbauprogramm, vertreten durch den Genossen
Hölsner, brachte eine lange, zum Teil sehr erregte Aussprache
hervor. Im ganzen sollten in diesem Jahre 24 neue Zwe- und Drei-
zimmerwohnungen gebaut werden. Durch die Gestaltung der Bau-
materialpreise, der Herabsetzung der Hauszinssteuershypotheken auf
3000 Mark und den hohen Einsatz für die zweiten Hypotheken wer-
den die Mieten sehr hoch. Sie schwanken zwischen 800 und 900 Mark.
Über Vorausicht nach werden sich aber die Mietpreise durch beson-
dere Umstände bedeutend senken lassen. Z. B. durch Rücksichtnahme
auf die Baupläne, Erhöhung der Hauszinssteuershypotheken,
Herabsetzung der Mietzinses und dergleichen mehr. Der Referent
sowie seine Fraktion stehen auf dem Standpunkt, dass unter allen
Umständen gebaut werden muss. Die großen Wohnungsnot und der
Arbeitsmarkt erfordern derartige Maßnahmen dringend. Schubert
und Rüdiger, KPD, schadronieren anlässlich das am stärkste
Zeug. Schubert fordert beispielsmäßige Bauten (Baraden), die über
von unsrer Genossen entschieden abgelehnt werden. Auch der
ärme Arbeiter hat Anspruch auf eine menschenwürdige
Wohnung. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Bau
der 24 Wohnungen, die nahezu 300 000 Mark Bauosten ver-
ursachen, in eigener Regie beschlossen.

Ach! Dringlichkeitsanträge waren noch zu erleben. Der Stadt-
verordnete Schubert berichtet über den Anlauf eines Motorwagen-
zuges. Die Kosten betragen einschließlich der Schlüsse 34 000 Mark.
Durch Anbau am Feuerwehrdepot und durch Schaffung zweier Woh-
nungen für die Bedienungsangehörigen erhöht sich diese Summe
auf 60 000 Mark. Wesentliche Beihilfen stehen zur Verfügung. Ein-
stimmig wurde die Anschaffung beschlossen. — Die Fraktion der
SVD ersucht den Magistrat, den Stadtverordneten baldigst eine
Vorlage zu unterbreiten, die die Errichtung von Brau- und
Wannenbädern im alten Wasserwerk vorsieht. Schleußig hat über-
haupt, außer den reichen Leuten, keine Badegelegenheit. Hier
schnellstens Wöhle zu schaffen, ist ein Gebot der Stunde. — Die
meisten übrigen Anträge der KPD hatten durch getroffene Maß-
nahmen ihre Erfüllung gefunden.

Knaben-Mäntel

Bisher M. 825 bis 3400

Jetzt M. 500 bis 2100

Knaben-Anzüge

Bisher M. 750 bis 3100

Jetzt M. 450 bis 1950

Knab.-Manch.-Anzüge

Bisher bis M. 1275

Jetzt M. 850 950 1050

Manch.-Jüngl.-Anzüge

Bisher bis M. 2750

Jetzt M. 1675 bis 2075



bisher bis M.	24.-	33.-	39.-	45.-	54.-	59.-	63.-	70.-	84.-	98.-	120.-
jetzt ... M.	11.50	19.50	29.-	34.-	39.-	45.-	49.-	54.-	59.-	69.-	79.-
bisher bis M.	24.-	36.-	43.-	49.-	59.-	63.-	76.-	85.-	89.-	108.-	135.-
jetzt ... M.	15.-	24.-	29.-	34.-	44.-	49.-	54.-	64.-	69.-	79.-	89.-
bisher bis M.	4.90	6.40	7.50	8.75	9.75	11.50	13.50	15.50	18.-	20.-	24.-
jetzt ... M.	3.50	4.50	5.50	6.50	7.50	8.75	9.75	11.50	13.50	15.-	17.-

Friedrich Treumann

Stoff-Leibchen-Hosen
Jetzt ... M. 0.95 bis 2.45

Stoff-Knie-Hosen
Jetzt ... M. 1.50 bis 4.00



INVENTUR-AUSVERKAUF

Einige Beispiele:

Damen-Brockat-Stoff-Spangen-Schuhe in allen Farben..... von 3.90	Herren-Lack-Halbschuhe, elegante Formen von 9.25
Heißfarb. Dam.-Spang.-Schuhe mit Abs. L. XV. von 5.90	Herren-Rind-Schuhe-Strapszler-Stiefel von 7.90
Damen-Lack-Spangen-Schuhe..... von 6.90	Herren-Tour.-Stiefel 13.25
	In Qualität.....

Versäumen Sie nicht, unsere Schaufenster - Auslagen zu besichtigen!

Varnfagen

Reichsstraße 42-44
(Ecke Brühl)

Stellenangebote

Bewirtschafter

Für unser Vereinshotel (Kino) gesucht. Bewerber müssen Erfahrung im Gastronomiegewerbe, Küche, Keller u. w., bestehen. Parteidienstleistung Voraussetzung.

Bewerbung bis 1. Februar 1928

Näheres durch den Vorstand

G.D.D. Preisverein Quasimodo
Fr. Gottschalk, 1. Vorsteher
Gesuchte müssen mit der Aufschrift Bewerbung versehen sein.

Rebenverdienst!
Verkauf von Schafpeladen in Betrieben. Öffnen unter 8.35 an die Exped. d. Bl. Laudaer Str. 19/21

Lediger zuverlässiger

Zurichter
verleiht auf Maschine u. Bank zum sofortigen Eintritt nach Südbentzland gesucht.

Reisevergütung. Off. unter 0.35 an die Expedition d. Bl. Laudaer Str. 19/21

Verkäufer
Guteschälende Maßanzüge

wie neu, sehr billig. Altmanns Jardineobereyhandlung Braubergstraße 9.1 genenübt. Althoff

Bon-Verkaufsstellen wenig getragene Herrn-Garderobe bill zu verkaufen. Zornhainstr. 12. v. Ein- u. Verkaufsstellen.

Sohn zu verkaufen. Bekleidung von 10 bis 6. Neust. Ludwigstraße 8, III. r.

Wer Verbindung mit der Arbeiterchaft in Leipzig und Umgegend sucht, muß in

der Volkszeitung
intervenieren!

Feinsie Tafelbutter
à 1. Pfd. Stück 1.05,- (aus eigener Molk.), Kämmel-Stangenkäse à Stück 8 Pfd. Frischkäse Spissquark à Pfd. 25 Pf. empfehlenswert.

Walther Vogel, L.-Gohls. Halleische Str. 117

Teilzahlung

Möbel u. Stühle, Betten, Küchen, Schränke, Schreibtische, Tischlerei, Ufa. Schmiede 7

Sprachmaschinen

Anschlag. v. 0.50 an Wochene. v. 1.50 an Schallplatte. a. Markt. Musik "Cubaphon" Uferstr. 12, o. Zoo

Kinderwagen

Klappwagen, Buppenwagen, Kinderstühle, usw. Elterntreue 46. 1

Röcke, Blusen

Kinder-Anzüge, Kleider, Mäntel

Gardinen — Teppiche

Riesen-Auswahl bei

M. Baumgärtel

Königsplatz 9, I., neben Gross-Museum.

Diverses

Verleih von Gesellschaftsanträgen

Baumgärtel Königsplatz 9.

Volkshaus - Fleischerei

Jeden Tag in Qualität frische hausgeschlachtete Wurst

Verkauf auch über die Straße

Katzensprung-Pflaster

gegen Rheuma und Reiben

gar. auf klebend, nur 50,-

Eine Erinnerung, die nie wiederkehrt, ist mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

vom 20. Januar bis 3. Februar

Meine Schaufenster bringen Ihnen den Beweis in Qualität und Preis, wo selbst der Fachmann staunt!

Xamelhaarsstoff - Ohrenschuh für Kinder jetzt 50,-

Filzschnürstiefel in vielen Farben. für Kinder jetzt 75,-

Kamelhaarsstoff - Umschlagschuh Größe 38-40, Marke "Gold" jetzt 1.50

Damenfilzschuh teinfärbig, mit Ledersohle und Absatzflock, alle Größen jetzt 1.95

Groß. Posten Damenspangen-U. Schnürschuh Kinzelpaare, gute Qualität jetzt 3.90

Damenspangenschuh R-Chevr. außer Straßenschuh, alle Größen jetzt 4.75

Schön. Lackspangenschuh mit Blockabsatz, Blatt, durchbrochen jetzt 5.50

Sowie alle Sorten Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe bis zur feinsten Ausführung

Ranstädtfer feinweg 11

Schuh Bahr

Eisenbahnstraße 12

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut * Kunststelle

Alte Handelsbörse. Sonntag, den 22. Januar, 11 Uhr. Morgeneröffnung. Dr. Max Hobann: Segualmoral. Eintritt frei.

Städtisches Kaufhaus. Sonntag, den 22. Januar, 20 Uhr. Dr. Max Hobann: Die Kunst des Viehverkehrs. Anreicher 1.00 Mt., Nichtanreicher 1.50 Mt. Jugendliche 50 Pf.

Altes Theater. Donnerstag, den 2. Februar, 20 Uhr. "Schinderhannes". Bildstättentheatervorstellung. Für gelbe Karten. Einzelplatz 1.75, 1.40 Mt., 3. Rang 1.00 Pf.

Altes Theater. Dienstag, den 7. Februar 20 Uhr. "Schinderhannes". Freie Anrechtsvorstellung. Preise wie vorstehend.

Sinfonie-Konzert. Mittwoch, den 8. Februar, 20 Uhr, im Saale des Konzerthaus. Leitung: Kapellmeister A. Siedler. Das verkäufte Pelzvalzer-Sinfonieorchester. Solist: Rudolf Macudaneck (Klarinet). Vortragsfolge: 1. Joseph Marx: Romanisches Klavierkonzert (um 1. Mai). 2. Richard Strauss: Alpen-Sinfonie. Anreicher 1.00 Mt., Jugendliche und Erwerbslose 50 Pf.

Unser Inventur-Ausverkauf

dauert fort und bringt nach wie vor grosse Preisherabsetzung zum Teil bis 50%

Geppiche Gardinen Decken

Teppich-Engel

Preußergäßchen 1-5, Ecke Petersstr.

Ronettion
beden, beladen Sie mein Etagengeschäft

Sie erhalten auf

Zeitzahlung

Mäntel f. Herren u. Damen.

Knäcke und Kleider für Straße und Gesellschaft.

Regen-Schleierung. Jungen, Hosen u. Berat. Konfektion für Kinder

Bevor Sie Ihren Bedarf an

Zeitzahlung erhalten Sie 10 Proz. Ermäßigung!

Hertlein Eisenbahnstr. 33

II. Etage

für 8 Pfennig

Ausverkauf

Inventur

Solide Lederwaren

Geschenk - Artikel

Kirschbaum

Neumarkt 38



Die Umschau

muss jeder Gebildete

kennen. Sie ist die

beste illustrierte. Wer-

schenschaft in Wis-

senschaft. Technik.

Probeheft 10 sendet

kostenlos d. Verlag

in Frankfurt a. Main.

Niddastrasse 81/83.

Schreiben Sie noch

heute eine Postkarte

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

Inventur-Ausverkauf

Damen-Konfektion

Damen-Kleider aus bedruckter Kunstdose, in hübschen Mustern	jezt	275
Tanz-Kleider aus funkelndem Tafft, in schönen Lichtfarben	jezt	575
1 Poston Mäntel aus Viskos, und warmen Stoffen, teils mit lins. oder Pelz besetzt aus reiner Wolle, reich mit Goldstickerei	jezt	1275
Seal-Blüscher Mäntel a. o. Damast gefüttert jezt		2950

Herren-Artikel

Herr. u. Knb. Sportmäntel aus teuren Stoffen, gesäßige Formen	jezt 1.35	85
Moderne Selbstbinder Regattas und Schleifen 2 Std. jezt		95
Spazierstöcke Manilla-Rohr, extra stark, sensationell bill. jezt 1.45		95
Oberhemd moderne Muster, Klapomanschett. u. Kragen jezt 3.90		275
Damenstrümpfe aus gut halbseide, m. feiner Kante, schw. Grif. Sotim. jezt 4.75		375

Strümpfe/Trikotagen

herren-Soden aus auferfräftiger Baumwolle Vaar jezt 95.88	38
herren-Soden Jacquard, neue Muster Vaar jezt 1.45.95	68
herren-Einsatzhemden mit Rips u. Zopfhaken, gute Rumpfst. jezt 2.45	195
herren-Normalhemden gute wollgemischte Qualität jezt 2.45	195
herren-Normalhosen gute wollgemischte Qualität jezt 2.45	185

Hallo!
Sie können billig kaufen!



A.-G.

Herren-Bantoffeln **195**

Herren-Niedertreter **390**

Herrenstiefel u. Halbschuhe **1050**

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuss des A. D. G. B. Leipzig
Vollzähler, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung
Leipzig Tel. 34021 u. 34011. Geschäftstage, vorm. v. 9-12 Uhr
nachm. 14-17 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr
Schmiede! Heute Freitag, den 20. Januar, 19.30 Uhr, findet
im Vollzähler Versammlung der Schmiede
aller Branchen statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der
Bezirkskonferenz; 2. Wahl der Generalversammlungs-
vertreter.

Familien-Nachrichten

Leipzig, den 18. Januar 1928 Nürnberger Straße 40
Ernst Winkler (Woll-Winkler)
Maria Winkler geb. Langmesser
Vermählte.
Eine gewisse Sorte von Menschen wird sich ja nun
wohl zufrieden geben. Der Obige.

Tieferdrückt uns die Nachricht von dem
Dadurk unteres hochverehrten Chefs. des
Druckereibüros, Herrn

Otto Teubert

Der Entschlafene war uns jederzeit ein wohl-
wollender, edelbündner Chef und ein Vorbild
treuer Pflichterfüllung. Wir werden seiner letzts
danckbar und in Ehren gebeten.

Leipzig C1, Härtelstr. 21, den 19. Januar 1928.
Das Personal der Firma Otto Teubert.

Dank. Allen denen, die uns durch
ihre Teilnahme befunden, daß sie
mit uns fühlen, welche Schmerzen
wir durch den Tod unserer Tochter,
Schwester, Tante und Braut

Gertrud Baumann

erlitten haben, sagen wir hiermit
unsern herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer
Familie Kurt Baumann
Hersberg, Elter
Alfred Höppner als Brüderigam
Leipzig O 28

Wiederum hat unser Verein einen
herben Verlust zu verzeichnen.
Plötzlich und unerwartet entzog uns
der Tod unserer werte, treue und
langjährige Genossin Frau

Lina Stone

Ihr Andenken werden wir jederzeit
in Ehren halten.

Deutsche SV. L. Deutsch

Die Genossinnen u. Genossen trafen
sich Sonnabend, den 21. Januar,
13.30 Uhr, am Krematorium Südfriedhof
zur Trauerfeier

Inventur B. Hirsch-Schneider Ausverkauf

degr. 1899

Samthüte von 4 Mark an
Wollfilzhüte von 3 Mark an

Erstes Modehaus für Damenmode

Petersstr. 39,41

Bei nur erstklassiger Verarbeitung bietet ich jetzt:

Haarfilzhüte von 11 Mark an

Velour soleil von 20 Mark an

Seldenhüte von 6 Mark an

la Qualitäten zu fabelhaft billigen Preisen

Strümpfe

FÜR DAMEN UND HERREN

bis	50-	Bemberg-Seide 195
ermäßigt		Wolle mit Seide 395
		Hemdshosen mit Spitze
		Röcke Atlas
		Schlupfhosen 2.95

Jedem ein Geschenk gratis!

Lady Salon Nicolaist: 2

Allgemeine Ortskrankenkasse Brandis-Wurzen-Land.

Die Wahl des Vorstandes betreffend.

Die Wahl der Vertreter zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Brandis-Wurzen Land erfolgt Sonntag, den 26. Februar 1928 in der Geschäftsstelle Brandis, Große Windmühlengasse 12,

und zwar für die

Versicherer-Vertreter von 10-12 Uhr und die Arbeitgeber-Vertreter von 13-15 Uhr.

Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird auf Grund von Vorschlagslisten nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Zu wählen sind

6 Vertreter der Versicherer und 12 Stellvertreter

3 Vertreter der Arbeitgeber und 6 Stellvertreter.

Die Wahldauer dauert fünf Jahre. Die Wahl der Versicherer- und Arbeitgeber-Vertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen. Wahlberechtigt und wählbar getreten in ihren Gruppen, sind die neu gewählten Ausschungsmitglieder, denen besondere Einladungen zugegangen sind.

Wählbar sind die in § 70 der Kassensatzung bezeichneten Personen.

Es wird hierdurch unter Hinweis auf § 15 der Reichsversicherungsordnung aufgefordert, spätestens vier Wochen vor dem Wahltag Vorschlagslisten beim Vorstand der Kasse, Brandis, Große Windmühlengasse 12, einzureichen.

Später eingehende oder für ungültig erklärte Listen werden nicht berücksichtigt. Die Vorschlagslisten sind gesondert für die beteiligten Versicherer und Arbeitgeber aufzustellen und sollen dreimal soviel Namen enthalten, als Vertreter zu rechnen. Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind berücksichtigt die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder die Verbände solcher Vereinigungen. Diesen Vorschlagslisten stehen, gleich Vorschlagslisten von Versicherern, die von mindestens 120 Wahlberechtigten unterzeichnet sind und Vorschlagslisten von Arbeitgebern, welche Unterschriften von mindestens 80 Wahlberechtigten tragen, die zusammen mindestens 120 Stimmen haben. Daselbe gilt von Vorschlagslisten mit mindestens 2 Unterschriften von Vertretern der Arbeitgeber oder der Versicherer, die der betreffenden Gruppe im neu gewählten Ausschuss angehören. In jeder Vorschlagsliste ist ein Vertreter derselben zu bezeichnen.

Die zugelassenen Vorschlagslisten sind vom 6. bis 11. Februar 1928 während der üblichen Geschäftsstunde zur Einsicht der Beteiligten im Kassenbüro ausgelegt.

Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Jeder Wähler hat nur eine Stimme. Sollen auf gültigen Vorschlagslisten nur soviel wählbare Bewerber benannt werden, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten diese in entsprechender Anwendung des § 10 der Wahlordnung als gewählt.

Bekündete Vorschlagslisten werden nicht angenommen.

Im übrigen finden die Vorschriften der Kassensatzung und der Wahlordnung Anwendung. Drucksätze sind an Kassenstelle kostenlos erhältlich.

Brandis, am 15. Januar 1928.

Der Vorstand,
(ges.) P. Rehm, Vorsitzender.

In unserem
Inventur-Ausverkauf
bringen wir nur morgen Sonnabend

Herren-Halbschuh

745

945

Lack elegante Form, weiß gedoppelt, gute Verarbeitung. Alle Größen. Riesig billig!

Schuhwarenhaus

Sönigsberg

Leipzig

Halle

Haussehnecke Wurstwaren

Pa. Schweinefleisch 100-120

Täglich warme Wurst

W. Meerheim, Louizach.

Karlsstraße, Ecke Weststr.

Reformbetten

Holzbetten - Kinderbetten

Aufliegematten

Rei.-Unterbetten on - Stopdecke.

Solas - Cha'selongues

Teilzahl., ohne Aufschlag, sof. Lieferung

F. Enke, Eisenerstraße 46, I. Eig.

Sport-Spiel & Körperpflege

4. Jahrgang / Beilage zur Leipziger Volkszeitung / Nummer 35

Sportkartei.

Am Sonntag, den 22. Januar, 10 Uhr, im Leipziger Neuen Theater, Wörther Platz der Jugend. Zur Aufführung kommt „Der gescheite Wurst“ von Erwin Schröder. Wer empfehlen unsre Mitglieder den Besuch. — Ausstellung „Das junge Deutschland“. Für diese Ausstellung hat das Sportverein Gütertiefenbach zu ermöglichenden Preisen zur Verfügung. Erwachsene 30 Pf., Jugendliche 20 Pf., Kinder im Kindergartenverein bei Genossen Wulff. Wer empfehlen dringend den Besuch.

Turner.

Begläubigungsparade. Sonntag, den 5. Februar, Beglärung im großen Saale des Volkshauses Leipzig. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, Ende 17 Uhr. Alle Turn- und Sportvereine des Leipziger Bezirks haben zu bespielen: bis zu 150 Mitgliedern. Der Turnverein eines Deutschen, auf weitere 150 Angehörige eines weiteren Deutschen. Deutsches. Über 15 gelten als voll. Als Tagesordnung folgen wir nur: Deutsche, Slawen, Polen, Deutsche, Kreislauf in Dresden, Kreis- und Bundesjugend. Reunions-, Begegnungsgelegenheiten.

Wer erwünscht, darf unter allen Voraussetzungen vollständig antreten und pünktlich zum 20. Februar.

Die Begegnung der Turnpartie. Sonntag, den 5. Februar, Beglärung im großen Saale des Volkshauses Leipzig. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, Ende 17 Uhr. Alle Turn- und Sportvereine des Leipziger Bezirks haben zu bespielen: bis zu 150 Mitgliedern. Der Turnverein eines Deutschen, auf weitere 150 Angehörige eines weiteren Deutschen. Deutsches. Über 15 gelten als voll. Als Tagesordnung folgen wir nur: Deutsche, Slawen, Polen, Deutsche, Kreislauf in Dresden, Kreis- und Bundesjugend. Reunions-, Begegnungsgelegenheiten.

Wer erwünscht, darf unter allen Voraussetzungen vollständig antreten und pünktlich zum 20. Februar.

Die Begegnung der Turnpartie. Sonntag, den 5. Februar, Beglärung im großen Saale des Volkshauses Leipzig. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, Ende 17 Uhr. Alle Turn- und Sportvereine des Leipziger Bezirks haben zu bespielen: bis zu 150 Mitgliedern. Der Turnverein eines Deutschen, auf weitere 150 Angehörige eines weiteren Deutschen. Deutsches. Über 15 gelten als voll. Als Tagesordnung folgen wir nur: Deutsche, Slawen, Polen, Deutsche, Kreislauf in Dresden, Kreis- und Bundesjugend. Reunions-, Begegnungsgelegenheiten.

Wer erwünscht, darf unter allen Voraussetzungen vollständig antreten und pünktlich zum 20. Februar.

Die Begegnung der Turnpartie. Sonntag, den 5. Februar, Beglärung im großen Saale des Volkshauses Leipzig. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, Ende 17 Uhr. Alle Turn- und Sportvereine des Leipziger Bezirks haben zu bespielen: bis zu 150 Mitgliedern. Der Turnverein eines Deutschen, auf weitere 150 Angehörige eines weiteren Deutschen. Deutsches. Über 15 gelten als voll. Als Tagesordnung folgen wir nur: Deutsche, Slawen, Polen, Deutsche, Kreislauf in Dresden, Kreis- und Bundesjugend. Reunions-, Begegnungsgelegenheiten.

Wer erwünscht, darf unter allen Voraussetzungen vollständig antreten und pünktlich zum 20. Februar.

Die Begegnung der Turnpartie. Sonntag, den 5. Februar, Beglärung im großen Saale des Volkshauses Leipzig. Beginn pünktlich 8.30 Uhr, Ende 17 Uhr. Alle Turn- und Sportvereine des Leipziger Bezirks haben zu bespielen: bis zu 150 Mitgliedern. Der Turnverein eines Deutschen, auf weitere 150 Angehörige eines weiteren Deutschen. Deutsches. Über 15 gelten als voll. Als Tagesordnung folgen wir nur: Deutsche, Slawen, Polen, Deutsche, Kreislauf in Dresden, Kreis- und Bundesjugend. Reunions-, Begegnungsgelegenheiten.

Wer erwünscht, darf unter allen Voraussetzungen vollständig antreten und pünktlich zum 20. Februar.

Turnspiele.

Vorlesung zu den Spielen am 22. Januar 1928.

Hoden.

12.30 Uhr: Schönfeld-Baumsdorf (Ober). Die Konzentration der beiden Mannschaften reicht nicht aus, um einen Sieg erringen. Die Gäste werden wohl infolge ihrer besseren Geisteskraft einen Sieg erringen.

13 Uhr: Wettmannsdorf 1—Görlitz 1 (Süd). Die beiden Mannschaften sind mit die spielfähigsten des Bezirks. Die Begegnungen endeten oft unentschieden.

10 Uhr: Görlitz 1—Görlitz 2 (Wettmannsdorf). Der Wettbewerber trifft dies auf einen ebenso klugen und geschicklichen Gegner, doch durch das gegebene technische Können sollte Görlitz knapp den Sieg übernehmen.

11.30 Uhr: Görlitz 1—Oberseifersdorf 2 (Görlitz). Der Görlitzer müsste sein junges Können ausspielen, um gegen die leidenschaftlichen Gäste nicht abzuschneiden. Ein Wettstreit kann auch auf einem blauen Platz immerhin ein Erfolg.

12 Uhr: Wettmannsdorf 2—Wettmannsdorf 1 (Süd). Da sich beide vereidigen, doch den Sieg noch nicht verhindern können.

13 Uhr: Schönfeld-Baumsdorf (Ober). Schon morgens wurde es leichter. Der Schönenfelder habe sie einen guten Sieg erzielen.

11 Uhr: Görlitz 2—Görlitz 1 (Süd). Der Görlitzer sollte in leichter Zeit verhindern, dass die Wettbewerber einspielen. Der Schönenfelder habe sie einen guten Sieg erzielen.

10 Uhr: Görlitz-Görlitz (Süd). Die Spiele beider Mannschaften zeigen verschiedenartig immer guten Sport. Siehe jetzt von Sieg zu Sieg. Auch dieses Mal müssen sie sich nicht geschieden zu sein.

Maffell.

10.30 Uhr: Zahn-Dentist—Görlitz (223). Leider, in allen Teilen seiner Mannschaft gleichmäßig gut besetzt, wurde nach untenen Ergebnissen einen knappen Sieg erringen, doch finden sie in Görlitz einen eben und gleichwertigen Gegner.

11 Uhr: Übelitz—Görlitz-Schönfeld (251). Bei diesem letzten Freundschaftsspiel in S. konnte Görlitz nun einen knappen Sieg erringen. Doch erwartete wir

am Mittwoch Görlitz 1—Übelitz (278). Das Görlitzer sollte es nicht leicht haben.

12 Uhr: Übelitz—Übelitz (178). Beide Mannschaften dominieren zur Zeit als Gruppenmeister. Es darf mit einem interessanten Kampf zu rechnen. Görlitz sollte sieben Minuten nicht auf keinen Preis ihres Platzes erringen sein, erwartet wie ein gleichwertiges Spiel.

13 Uhr: Übelitz—Zschätzsch (138). In diesem Spiel dürften die Gäste nicht ganz zu Übelitz kommen, da d. als Kampfmannschaft sich den Sieg nicht nehmen lassen wird.

14 Uhr: Übelitz—Übelitz (273). In diesem Treffen ein Resultat vorauszusehen, wäre nötig, da beide Mannschaften oft mit Überforderungen ausgestattet. Ein Übereinstimmen wäre toll, am Ende.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (268). Der Sieg geht. Hier nicht in Frage gestellt, so doch die Gäste aus dem herausgeholt, um ehrwürdig abzuhaken.

14 Uhr: Übelitz—Übelitz (282). Auch in diesem Spiel dürften die Höhenunterschiede bemerkbar machen, da Übelitz als sportliche Mannschaft bekannt ist.

14 Uhr: Übelitz—Übelitz (173). Der Görlitzer möchte, nach den letzten Spielen zu schätzen, wieder im Rahmen zu sein. Träumen leben wir Schönenfeld auf Grund einheitlicher Leistungen als Sieger, jumal sie das Spiel auf eigenem Platz bestreiten.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (189). Daß sich, als ehemalige spielfreie Mannschaft, bei in leichter Zeit entstehen, so doch wie dem Wettbewerber ausgeschauten einrücken müssen.

Hennek.

10 Uhr: Übelitz—Übelitz (283). Die Gäste zeigen am vergangenen Sonntag gegen ihr gegenseitiges Können. Siehe es gegen Übelitz ebenso sehr, werden sie wohl eine angenehme Überraschung erleben müssen, denn der Görlitzer gibt nicht so leicht ein Sieg preis.

10.30 Uhr: Übelitz—Übelitz (180). Im Überspiel ist ein interessantes Spiel zu erwarten, heißt es doch, welche von den beiden Mannschaften die bessere ist? Das könnte auch Übelitz-Görlitz 180 sein.

10 Uhr: Übelitz—Übelitz (219). Die Wettbewerber könnten gegen Leipzig 1—Görlitz-Mannschaften immer gut ab. Diesmal verpflichten sie sich einer der beiden mit. Nach wie früher müssen die Spiele knapp für Übelitz laufen.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (273). Wieder haben in Übelitz einen gleichwertigen und guten Gegner. Das letzte Spiel endete 1:1, doch hat der Görlitzer doch mehr Spieler auf Spielerfertigkeit gewonnen, denn das Ergebnis knapp für Übelitz laufen.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (268). Beide Mannschaften müssen in leichter Zeit gute Fortschreibung auf, so doch es einen guten Kampf geben wird. Wenn Görlitz nicht zu überraschen will, muss gegen Übelitz gewinnen.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (268). Die Görlitzer spielen am letzten Sonntag ein gutes Resultat. Görlitz die Spielerin wobei je sein, würde es vielleicht ein Übereinstimmen werden, da Görlitz jetzt lange Zeit aufgewacht hatte.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (268). Nach den letzten Spielen zu urteilen, würden beide Gegner gleichwertig sein.

15 Uhr: Übelitz—Übelitz (118). Auf der Schatzwiese in Übelitz stellen sich beide Ortsvereine dem Unparteiischen. Wie spielt jetzt gut zusammen, so daß es möglich ist, ob Übelitz-Siegessieger werden.

14 Uhr: Übelitz—Übelitz (268). Sollte der Görlitzer wieder mit Erfolg antreten, so würde den Gütern der Sieg sicher sein. Unterstellt aber ein solches Spiel zu erwarten, möcht Übelitz alles aus sich herausgeben.

Wettkampfmeldungen.

Sonntag, 22. Januar 1928, 8.30 Uhr, Wettkampferksammlung im Volkshaus. Jedes Jahr mit Ausgabe und Wettbewerbsbuch.

Mittwoch, 25. Januar 1928, 20 Uhr, Volksbau, Wettbewerbsfestsammlung.

In Anbetracht der Tagesordnung ist das Erstellen einer Wettbewerbsliste nicht möglich.

Zurückgewiesene Mannschaften. Tabelle 1. Iph.; Großpöhl 2. D. Rößel.

Wettkampf-Spiele am 22. Januar 1928, 13 Uhr: Wettbewerbs 1—Übelitz-Görlitz 4 (117); 14.30 Uhr: Sachsen-Gau-Spielerin-Jahndorf (118).

Wettkampf-Spiele, 10.30 Uhr: Wettbewerbs-Vorwurf-Görlitz (119). Einheit 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (120).

Wettkampf-Spiele am 23. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (121).

Wettkampf-Spiele am 24. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (122).

Wettkampf-Spiele am 25. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (123).

Wettkampf-Spiele am 26. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (124).

Wettkampf-Spiele am 27. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (125).

Wettkampf-Spiele am 28. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (126).

Wettkampf-Spiele am 29. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (127).

Wettkampf-Spiele am 30. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (128).

Wettkampf-Spiele am 31. Januar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (129).

Wettkampf-Spiele am 1. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (130).

Wettkampf-Spiele am 2. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (131).

Wettkampf-Spiele am 3. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (132).

Wettkampf-Spiele am 4. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (133).

Wettkampf-Spiele am 5. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (134).

Wettkampf-Spiele am 6. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (135).

Wettkampf-Spiele am 7. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (136).

Wettkampf-Spiele am 8. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (137).

Wettkampf-Spiele am 9. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (138).

Wettkampf-Spiele am 10. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (139).

Wettkampf-Spiele am 11. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (140).

Wettkampf-Spiele am 12. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (141).

Wettkampf-Spiele am 13. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (142).

Wettkampf-Spiele am 14. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (143).

Wettkampf-Spiele am 15. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (144).

Wettkampf-Spiele am 16. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (145).

Wettkampf-Spiele am 17. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (146).

Wettkampf-Spiele am 18. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (147).

Wettkampf-Spiele am 19. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (148).

Wettkampf-Spiele am 20. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (149).

Wettkampf-Spiele am 21. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (150).

Wettkampf-Spiele am 22. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (151).

Wettkampf-Spiele am 23. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (152).

Wettkampf-Spiele am 24. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (153).

Wettkampf-Spiele am 25. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (154).

Wettkampf-Spiele am 26. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (155).

Wettkampf-Spiele am 27. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (156).

Wettkampf-Spiele am 28. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (157).

Wettkampf-Spiele am 29. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (158).

Wettkampf-Spiele am 30. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (159).

Wettkampf-Spiele am 31. Februar 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (160).

Wettkampf-Spiele am 1. März 1928, 10 Uhr: Übelitz-Görlitz (161).

Wettkampf-Spiele am 2. März 1928, 10 Uhr:

Kittauge

Von Erich Gräser.

Das Jahr war schon weit vor und Karl Dobbs hatte wenig Ausicht, daß er noch einen Bau finden würde, auf dem es Arbeit für ihn gab. So wälzte er denn ohne besonderes Ziel durch die Gegend. Sprach da und dort, wo das helle Geräte der Niedhämmer ihm die Nähe einer Fabrik verriet, bei Kollegen vor und war zufrieden, wer er wenigstens von einer neuen Baustelle erfuhr, auf der das Frage- und Antwortspiel von neuem beginnen konnte.

Saß er in die Gegend von Halle. Er machte einen großen Bogen um das Leunawerk, das wie eine Höhle stand, und kam in die Stadt. Beifahrt den Roland am Markt. Und den roten Turm. Kam zum Saaleufer und sah, daß merrigrote Träger über den hellen Fluß sich spannten. Es war Mittag. Der Bau lag still. Nur die Helferinnen räumten. Er fragte einen Niedernungen, der auf einer Werkzeugkiste saß, wo er den Monteur finden könne.

Der ist in die Stadt gegangen.

Und die andern?

Sitzt im Goldenen Minneschalen.

Der Goldene Minneschalen war nicht weit. Schon schaute sein verknöchelter Aushängeschild vor Karl Dobbs ins Winde. Der Duft lederter Eishandschuhe trocknend auf die Straße. Ein niedriger Hut. Eine Tür, hinter der rauhe Stimmen lärmten. Grob solche Stimmen, wie die Brüderbauer sie haben, die immer glauben, daß sie ein Dutzend ratternde Niedhämmer und kreischende Bohrwerke übertröben müssen. Und die feiner versteht, der nicht selbst vom Bau ist.

Karl Dobbs tritt ein. In der düsteren Wirtstube sieht er sich um. Das wie ein Bierloch kostet der Wirt hinter seinem Schanktisch und löst seine Augen über die Tische gleiten, die mit essenden und schwatzenden Männern besetzt sind. Wo er ein leeres Bierglas sieht, wirft er einen Blick wie eine Frage hin und ehe noch ein Auge ihm Antwort gibt, löst er das schäumende Getränk aus dem Krug und sprudeln. Karl Dobbs sieht an ihm vorbei. Dann, als habe er gefunden, was er suchte, macht er drei schnelle Schritte quer durch den Raum und bleibt vor einem stehen, der an nichts als seine Ecken denkt und führt ihn mit hellen Hölle an: Tag Schorsch!

Dem bleibt vor Staunen der Löffel im Halse stecken, als er die bekannte Stimme hört. Und ehe er herausbringt: Ja Mensch, Karl, wie kommst denn du hierher, ist ihm der Löffel in den Brei gefallen, daß die Erbse darin und gelb über den Tisch spritzen. Dann mit beiden Händen ihn begrüßend, steht er auf, guckt den Eingetretenen von oben bis unten an und fragt: Aber nun sag bloß Karl, was du hier in dieser Gegend willst. Ich denke, du bist hinten in Rotterdam und sägt dir's gut sein.

War ich, Schorsch. War ich. Aber jetzt bin ich hier. Und habe Kohlamps. Und wenn dein Monteur Arbeit für mich hat. Ich kann welche brauchen.

Natürlich kriegt du Arbeit. Aber erst jetzt auf deine vier Buchstaben, in einen Teller Erbsen mit und schlüff' dir einen Schluck Bier in den Hals. Und nachher gehst du mit zum Monteur. Haben grad wieder welche in den Sack gehauen. Weißt du, so Mutterlädchen hier aus der Gegend. Die reinen Mehrländer, die kein zölliges Kiel von einem Dreivierteldorn unterscheiden können. Die halten ja nichts ab. Ist ja auch kein Kinderspiel die Maloche hier. Über dafür sind wir schlechtliche Bildenbauer, daß wir, wenn's sein muß, zum Teufel in die Höhle gehen und ihm den Kopf blau knicken. Gestug davon. Erzähl' erst mal, wie du hierher kommst. Ich denke, ihr habt noch eine Zweigstelle in Holland zu tun und nun läuft du Spediteur schon wieder auf der Landstraße herum. Und was macht Kittauge? Du bist doch Daniels zusammen mit ihm fort.

Den haben die Schußflüsse gesprengt. Oder die Kerze.

Wist verdammt, sagte Schorsch und nahm die Milze vom Kopfe, die er während des Essens aufbehalten.

Er ist abgestürzt, erzählte Karl Dobbs weiter. Direkt vor meinen Augen. Mensch, Karl, ich mein, ich hab zweit gestiegen, wie ich das hab' seh'n müssen und hab ihm nicht helfen können.

Kittauge abgestürzt? Das ist schwer zu glauben. Er kletterte doch wie ein Affe.

Früher, als er sein Auge noch hatte. Aber seit ihm damals der Döpper ins Auge gesplittet ist, war das anders. Da gab's schon mal Augenblüte, wo Kittauge auch nicht auf der Höhe war. Er hat sich das nicht immer so merken lassen, aber wenn wir allein waren, sprach er wohl davon. Mensch, Karl, sag' mir mal zu mir, manchmal da ist es mir, als ob ich reine weg blind wäre. Nur so einen Augenblick, weißt du, ja als ob dir einer mit einem Handtuchzippen ins Auge kommt oder der Wind weht die Decke hinein.

Ich habe das leicht genommen. Weißt du, solange du zwei Augen hast, kannst du dir nicht vorstellen, wie das ist, wenn du dich mit einem befreien mußt und das verlässt. Da brauchst du nur mal einen Krampf im Sehnen zu kriegen und du bist blind wie eine neugeborene Rose.

Und du meinst, so wäre das mit Kittauge gekommen?

Genau so.

Aber nun sag mir bloß, warum bist du nicht auf der Baustelle geblieben? Ich war damals gerne mit euch nach Holland gegangen. Lieber als daß ich mich hier herumdrücke. Und gut verdient habt ihr doch auch da unten?

Was das Verdienst angeht, kennst du es so leicht nicht besser kriegen. Aber weißt du, wie das mit Kittauge passiert war, hab ich's nicht mehr ausgehalten da unten.

Das verstehe ich nicht.

Ich verstehe es manchmal selbst nicht. Aber ich kann mir nicht helfen. Wir waren doch schon im fünften Monat in Rotterdam. Der erste Bogen stand. Für den zweiten bauten die Zimmerleute schon das Gerüst. Er sollte noch vor dem Winter fertig werden. Kittauge und ich waren dabei, die Buchsplatten aufzulegen. Eine nach der andern schleppen, wir über die Fahrbahn und possten sie ein. Nun mußt du wissen, daß wir weiter kein Gerüst mehr unter der Fahrbahn hatten. Die Zimmerleute hatten uns das Holz unter dem Hinteren weggeholt und es für das neue Gerüst verbraucht. Wie ich zum Alten sage, wie leicht da mal was passieren könnte, sagt er nur: Seid vorsichtig, dann passiert schon nichts. Er sagte aber auch: Jungens, halte euch zugange. Wenn ihr bis Sonntag fertig seid, schreibe ich jedem zehn Stunden extra an. Na, du weißt ja selbst, was du nicht alles für ein paar Stunden tuft, die du bezahlt kriegst, ohne daß du dich schinden mußt dafür. Na, und wenn er uns nichts versprochen hätte, Hilfe hätten wir so nicht brauchen können bei unserer Arbeit.

Als der Alte fort war, sage ich zu Kittauge: Mensch, sage ich, wenn der Monteur Wort hält, gehen wir Sonntag über in die Stadt und haben uns ordentlich einen. Und Meisjes müssen an jedem Tisch. Zwei Stück für jeden. Wir wollen doch wissen, wofür wir leben.

Also, denn wollen wir mal wieder, sagt Kittauge nur und packt sich die Platte, die wir uns schon zurechtgelegt hatten. Ich schnappe mir das andre Ende, ein Stück und wir hatten die Platte auf dem Ast und zollten los.

Es war Mittag. Von den Werken tutet's und die Boote mit den Arbeitern flitzen über die Maas. Wir wollen Schluss machen, sagte ich. Diese eine Platte noch, sagt Kittauge und hat sie schon in der Hand. Du weißt ja, wie er war. Sonntags voll und bei der Arbeit toll. Ich sagte nicht, sondern schnappe mir mein Ende und raus langsam hinter ihm her. Wie wir auf Brückenmitte sind, keine zehn Meter von der Stelle, wo unsre Platte hin sollte, spürte ich plötzlich einen Ruck, der die Platte nach unten reißt. Da sault sie mir auch schon von der Schnur, ohne daß ich sie halten kann. Ich wollte

fortspringen, da höre ich Kittauge schreien und ehe ich nur begriffen hatte, daß es hier nicht um meine Schiene, sondern um Kittauges Leben ging, sah ich ihn schon unter mir im Wasser verschwinden.

Ich schrie so laut ich konnte um Hilfe und rannte von der Brücke. Der Monteur hatte schon gesehen, was los war und den Wasserschlag alarmiert. Zwei Tage haben sie mit drei Booten nach ihm gesucht und alles abgesucht, aber von Kittauge hat keiner mehr einen Finger gesehen. Die Maas fließt schnell bei Rotterdam. Und das Wasser ist tief da unten. Vielleicht haben die Schiffe ihn in die See verschleppt.

Der Monteur fluchte wie toll. Er jammerte über Kittauge, aber er meinte die Protokolle. Er schrie die Leute an, sie sollten besser aufpassen, aber ich wußte, daß die schlaffen Gerüste ihn quälten. Doch als erst alles aufgeschrieben und berichtet war, war er ruhiger. Der Fall war erledigt. Du weißt ja, wie das in der Fremde geht. Wer schwimmt sich da darum, wenn einer über Bord geht?

Ich aber hatte keine Ruhe. Solange die Rettungsboote noch draußen lagen und ich hoffen konnte, daß sie ihn wenigstens finden würden, hielt ich mich aufrecht. Dann aber brachte schon der Wind, der in den Sieben heulte, mich zum Verzweifeln. Sag' ich auf einem Träger oder trock' ich im Windverband herum, hörte ich Kittauge schreien. Fiel mit einer Schraube ins Wasser und ich sah ihr nach, war es der untergehende Kittauge, um den herum die Wellenlinge sich bildeten. Ich kam nicht los davon. Jede Welle trieb mich hinter sich her, bis die ganze Brücke fortsegelte mit mir in die weite See, die sich öffnete und mir auf ihrem Grund Kittauge zeigte, der sein Glasauge aufschlug und es auf mich gerichtet hielt wie in jenem Augenblick, da ich ihn stützen sah.

Doch ich damals nicht gleich hinabgesprungen war, um ihn rauszuholen aus dem Wasser, das quälte mich sehr. Nicht, daß ich mich schuldig fühlte an seinem Ende. Wenn ich vernünftig war, überlegte ich mit genau, was ich getan und daß ich nichts andres hätte tun können, um ihm zu helfen als ich getan. Aber wir hatten uns zu gut gekannt, als daß das ein Trotz gewesen wäre. Auf zwanzig großen Montagen waren wir zusammen gewesen, wir hatten Batavia und Spanien geschritten und die schöne Schweiz, wie es in unfern Viede heißt, und nun rückt das Schiff uns auseinander. Das war es, was so schwer mich traf. Doch ich mein Ende sah und an meines denken mußte. Und weil ich nicht losran von diesem Spinn, ging ich zum Monteur und sagte ihm, daß ich weg wollte.

Mach keinen Quatsch, sagte der zu mir.

Monteur, sag ich nochmal, gib mir meine Papiere oder du mußt mich bald suchen lassen wie Kittauge.

Karl du spann', sag' er und gibt mir einen Gulden. Da sauf' dir einen an und komm wieder, wenn du nicht mehr bist. Aber Fahr' gleich niezt du nicht. Ist schon schlimm genug, daß Kittauge durch die Dämme ist.

Allso gut, sage ich, wenn ich mein Fahrgeld krieg, geh ich zu Fuß. Mach meine Fleppen fertig.

Karl, dann geh zum Teufel, sagt der Alte. Aber das sag ich dir: Auf meiner Baustelle braucht du deiner Leibigkeit nicht mehr um Arbeit fragen. Du Spötter.

Er gab mir meinen Lohn, aber mit den Extra-Stunden war's aus. Ich ging nach Amsterdam, trieb mich acht Tage mit Chingen und Negern, Matrosen und Weibern in den Kneipen rum und legte mein Geld in Genf an, bis ich blank war. Ja, und dann hab ich mich so durchgeschlagen. Hab alles gemacht. Sogar beim Schott war ich, denn schließlich willst du leben.

Berdamal noch mal, sagte Schorsch. Der arme Kittauge. Aber so geht's uns allen noch mal. Den einen trifft's auf der Landstraße und der andre läuft mit dem Kopf nach unten vom Gerüst ab. Herr Wirt, bringen Sie noch zwei Große für uns. Ich hab's so'n traurigen Geschmack im Hals.

Und du meinst, daß dein Monteur Arbeit für mich hat? sagte Karl Dobbs und wischte sich das Maul ab.

Die hat er. Komm, rinnt aus. Wir wollen gleich zu ihm gehen.

* Gelegenheitsarbeit auf einem Jahrmarkt.

Sun Yat-sen

Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs.
(Herausgegeben und eingeleitet durch eine Darstellung der Entwicklung Sun Yat-sens und des Sun-Yat-senismus von R. A. Witt, juge l. Wien-Berlin, Agis-Verlag.)

Trotz der vielen Bücher, die es bereits über Sun Yat-sen, die bedeutendste Erscheinung der chinesischen Revolution, und seine Lehre gibt, ist es doch für einen gewissenhaften Historiker immer noch ein gewagtes Unternehmen, über Sun zu schreiben. Denn die Literatur über ihn stellt sich, je tiefer man in sie eindringt, um so mehr als widersprüchlich und unzuverlässig heraus, und von dem allerdings enormen Quellenmaterial ist nur ein kleiner Bruchteil bisher überhaupt gesammelt, geschweige denn veröffentlicht worden. Wenn dennoch hier etwas recht Gutes geleistet worden ist, so vor allem deshalb, weil der Verfasser die Grenzen, die der historischen Forschung einzweilen gesetzt, sehr wohl erkannt und sich daraus beschränkt hat, aus dem bisher zugänglichen Material das Wichtigste dem europäischen Leser vorzulegen.

Das Buch enthält ein 1918 erschienenes Werk Sun's, "Der Plan des Staates aufbau's", das bereits in einer allerdings nicht sehr zuverlässigen russischen Übersetzung vorlag, sowie mehrere spätere Abhandlungen und Reden, die für das Verständnis der Entwicklung Sun's in seinen letzten Lebensjahren wichtig sind. Die Übersetzung selbst vermochte ich nicht nachzuprüfen, da mit die Originale nicht zugänglich sind; doch scheint sie noch ihrem ganzen Charakter zuverlässig und wohlgelingt zu sein.

Die umfangreiche Einleitung des Herausgebers sucht das Leben und die geistige Entwicklung Sun's, in der sich fünf Perioden unterscheiden lassen, hand in Hand mit der Entwicklung Chinas in den letzten Jahren zu verstehen und dogmatisch darzulegen. Das nach ist Sun nach einer Jugend mit unklaren, unter dem Eindruck der damals eben niedergeschlagenen Tai-pings-Revolution stehenden sozialen Idealen zuerst der Errichtung einer konstitutionellen Monarchie nachgegangen; seit 1905, dem Jahre, in dem sich durch den Ausgang des russisch-japanischen Kriegs die Stellung Ostasiens zu Europa völlig verschob, stand er auf dem Boden der Republik; nach der Errichtung der chinesischen Republik 1912 begann für ihn infolge der vielseitigen Entwicklungen, die ihm die Folgezeit brachte, eine Periode des Suchens, die ihn mehr und mehr zum Sozialisten führte, dem er in seinen letzten Jahren, 1923/25, sehr nahe kam, wenn man ihn auch noch nicht einen Sozialisten nennen kann — dazu war er mit dem Marxismus wie überhaupt mit der sozialistischen Gedankenwelt zu wenig vertraut. W hat diese Periode und ihre ursächliche Bedeutung sehr klar und scharf herausgearbeitet, sowohl dies eben auf Grund des mangelnden bekanntesten Materials möglich ist, dessen Unzuverlässigkeit, auch bei den eigenen biographischen Angaben Sun's, W im übrigen scharf hervorhebt. Trotzdem hätte er meines Erachtens hier und da noch etwas mehr Stoffs walten lassen können; so ist z. B. der ganze Bericht über Sun's Jugendzeit auf kantoneschem Boden sehr verdächtig, nur ein Minibus zu sein, der gewissermaßen zu seiner Legitimierung erdichtet wurde; wahrscheinlich war Sun in Wirklichkeit ein aus Hawaii geborener Mischling, worauf auch sein — auch von W erwähntes — ungewöhnliches Aussehen hindeuten könnte. Auch die Angabe, Sun's Vater sei Tai-ping und damit bereits Christ gewesen, ist wahrscheinlich nur zu dem Zweck erfunden worden. Sun's Übertritt zum Christentum zu verübersetzen, der der Mehrzahl seiner An-

hänger immer höchst peinlich war. Ueberdies ist es, worauf W allerdings nicht eingehet, interessant, daß Sun's Anschauungen sich in gleichem Maße dem Sozialismus näherten, in dem er sich vom Christentum ab und dem Konfuzianismus wandte, dem er in seinen letzten Jahren wenigstens innerlich wieder angehört haben muß — wie auch sein Begräbnis nach konfuzianischem Ritus stattfand und sein Andenken in einem Gedächtnisstempel ganz nach alter Weise geehrt wird. Der chinesische Gelehrte Tai hat also doch wohl nicht so ganz unrecht, wie W auf S. 145 meint, wenn er Sun's Gedanken als die Fortsetzung der konfuzianischen Tradition bezeichnet; besonders für Sun's letzte Periode, in der die europäische Beeinflussung sichtbar von ihm abseilt, trifft sie meines Erachtens ohne Zweifel zu.

Vertieftes Eindringen in die chinesische Gedankenwelt würde gewiß auch W zu der Anschauung bringen, daß Konfuzianismus und Sozialismus nicht Gegenseite sind, sondern daß der eine sehr wohl als die gedankliche Weiterbildung des andern aufgefaßt werden kann; jedenfalls steht der kollektive geistige Kontinuität zwischen dem Sozialismus sehr viel näher als die individuell orientierten religiösen und philosophischen Systeme des Westens. Die Verbindung Sun's mit dem Konfuzianismus, die ein sehr wesentliches Element seiner Lehre ist, vor allem in ihrer endgültigen Gestalt, kommt bei W. entschieden zu kurz. Sonst kann das Buch recht eindringlich zur Orientierung empfohlen werden, um so mehr, als der Verfasser im Vergleich zu seinen früheren Arbeiten wesentlich ruhiger geworden ist und der Politiker sich nicht mehr so oft vor den Historikern drängt.

e. e.

Der Weg zum Wir

Der Schöpfer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, hat sich immer dagegen verwahrt, daß von allzuhohen seiner Schüler aus der neuen Psychologie eine Weltanschauung gemacht würde. Eine Bescheidung auf die Analyse als eine besonders geeignete Forschungsmethode ist aber bei der Sonderschule, der Individualpsychologie, oft nicht mehr anzutreffen. Alice Kühl-Gerstel hat in dem Verlag, "Am anderen Ufer" ein Buch unter dem obigen Titel erscheinen lassen, das der "Versuch einer Verbindung von Marxismus und Individualpsychologie" sein will. Zweifellos handelt es sich um ein außerordentlich interessantes, geistreiche Werk, das schon aus diesem Grunde lebenswert ist. Es kommt einem bei der Lektüre fast so vor, als möchte man nachträglich noch, wie der Verfasser bei der Arbeit sich anstrengen müsse, um eine Verschmelzung zustandezubringen. Sehr überzeugt wird man gleichwohl nicht.

Die Quintessenz der Rühlschen Beweisführung gipfelt in den zwei Sätzen: "Die Individualpsychologie ist der auf das Seelenleben angewandte Marxismus" und "Der Marxismus ist der auf das Seelenleben angewandte Individualpsychologie". Um jene Vereinigung von Marxismus und Individualpsychologie erreichen zu können, wird zwischen beiden eine weitgehende Parallele gezogen. Der "Politischen Ökonomie" wird die "Neurosenlehre", der "Materialistischen Geschichtsauffassung" die "Allgemeine Seelenlehre", der "Umwälzenden Praxis" "Helden und Bilden" gegenübergestellt. Dabei wird der individualpsychologische Begriff der "Sicherung" in den Marxismus hineingebracht, während anderseits offensichtlich die Individualpsychologie formal dem Marxismus angehört und angepaßt wird. Die "Seele wird dabei zu einer Produktivkraft". Durch diese gegenseitig angeglichene Darstellung wird der Marxismus von vorherhin auf eine Stufe mit der Individualpsychologie gebracht; die "Totalität des gesellschaftlichen Prozesses", die der sogarthe und in der Deutung und Handlung zwei Seiten der gleichen Lebenseinheit sind, kommt ebenfalls kurz. Das, was zu beweisen wäre, wird so zum Beweismittel. Der "Versuch" ist mißglückt.

Zweifellos bildet die Individualpsychologie ein wertloses Hilfsmittel für die Beeinflussung der Massen wie für die sozialistische Erziehung. Wir stehen aber erst in den Kinderschuhen einer brauchbaren Tiefepsychologie, und das wenige und wertvolle an neuen Einsichten und "richtigen", das heißt zu neuen Erkenntnissen führenden Methoden, das uns Freud gegeben hat, ist trotz aller betonten Hinwendung zum Marxismus und trotz aller Bekennisse zum Sozialismus von der Adlerischen Schule nicht ergänzt worden. Dadurch, daß man die Begriffe umbenennt und vereinfacht, wird eine wissenschaftliche Methode nicht unbedingt klarer und schärfer. Und die Heilsweise, beispielweise in der Behandlung von nervös Erkrankten, beweisen nicht eben viel; denn auch in Lourdes oder von Coué oder mit Sympathiemitteln werden echte Heilungen erzielt. Worauf diese Heilungen aber beruhen, das hat bisher doch am klarsten Freud durch die Aufdeckung mancher Mechanismen unseres unbewußten Seelenlebens gezeigt. Alice Kühl tut Unrecht daran, wenn sie den Namen Freuds überhaupt nicht und den seiner Wissenschaft wohl nur eins oder zweimal so ganz nebenbei erwähnt, aber immer von Adler spricht, der als erster irgendwelche Ansichten gehabt haben soll, was der viel beschiedeneren Freud von sich behauptet hat. Der proletarische Adler, der sich mit den Dingen beschäftigt hat, muß nach der Rühlschen Darstellung den Eindruck erhalten, als ob plötzlich ein Adler aus Himmelshöhen irgendwelche Einfälle ohne Zusammenhang mit allem, was vorher war, gehabt hätte, als ob es sich um eine Neuschöpfung, eine geniale Intuition handle. Früher hat Alice Kühl einmal eine Broschüre: "Freud und Adler" geschrieben, die eine objektive, populäre Einführung sein sollte. Auch hier war allzudeutlich die ganz einseitige Parteinahe für Adler herausgestellt.

Bon einer "Durchneurotisierung" der (kapitalistischen) Menschheit zu sprechen, ist eine übertriebene Verallgemeinerung. Gott resigniert Klingt es, wenn dann behauptet wird, daß dieser Durchneurotisierung nur oder fast nur durch Ermutigung begegnet werden könnte. Was "Mut" im Prozeß seelischen Geschehens bedeutet, wird nicht ausgeführt.

Die Psychologie der Zukunft, vorab, wird vermutlich stark von dem her beeinflußt und unterbaut sein, was die heutige Tiefepsychologie anfangt aufzubauen. Heute aber bereits eine Verschmelzung einer Spezialschule (und sicher nicht der wichtigsten) mit dem Marxismus vorzunehmen, würde weder dem Marxismus noch der Individualpsychologie zum Vorteil gereichen und die Gefahr des Verfallens in metaphysische Spekulationen herausbeschwören.

R. L.-n.

Kleine Chronik

"Der ges